

Ministerium der Finanzen des Landes Brandenburg

Bericht

über die Beteiligungen

des Landes Brandenburg

an Unternehmen des privaten und des öffentlichen Rechts

im Jahr 2000

Vorwort

Der vorliegende fünfte Bericht über die Beteiligungen des Landes Brandenburg an Unternehmen des privaten und des öffentlichen Rechts gibt – in turnusmäßiger Fortschreibung der vorangegangenen Beteiligungsberichte – einen Überblick über die Entwicklung der Landesbeteiligungen in den Geschäftsjahren 1999 und 2000 und der Leitlinien der Beteiligungspolitik des Landes mit Stand zum Redaktionsschluss 31.07.2002. Der Bericht soll damit wiederum eine aktuelle Informationsgrundlage für die Öffentlichkeit und die Entscheidungsträger in Politik und Verwaltung bieten.



Der Bericht gliedert sich einmal mehr in zwei Teile, die jedoch gegenüber den früheren Beteiligungsberichten inhaltlich angereichert sind:

- *Teil 1 behandelt die Grundlagen für den Erwerb und die Verwaltung von Landesbeteiligungen und die Leitlinien der Beteiligungspolitik der Landesregierung; er gibt zudem einen Überblick über die Veränderungen im Beteiligungsportfolio des Landes. Neu aufgenommen ist eine Darstellung zu den mittelbaren Beteiligungen.*
- *Teil 2 enthält Einzelbeiträge über die Unternehmen mit Angaben insbesondere zum jeweiligen Unternehmensgegenstand, zur Zusammensetzung der Geschäftsführungs- und Aufsichtsorgane sowie zu wichtigen Unternehmenskennziffern. Ein Schwerpunkt ist nunmehr auf die Darstellung der Gründe für die Landesbeteiligung, insbesondere das wichtige Landesinteresse, gelegt worden. Als weitere Neuerung sind im Bericht tabellarische Übersichten über den Bestand der unmittelbaren und der mittelbaren Landesbeteiligungen mit Stand zum Reaktionsschluss enthalten.*

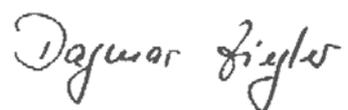
Kernelemente der beteiligungspolitischen Leitlinien der Landesregierung sind eine weitere Straffung des Beteiligungsportfolios und eine Optimierung des Systems der zentralen Beteiligungsverwaltung. Bei der Umsetzung dieser Ziele sind seit dem Erscheinen des letzten Beteiligungsberichts bedeutende Fortschritte erzielt worden:

Der Weg zur – weiteren – Straffung des Portfolios ist durch die Verringerung der Zahl der Landesbeteiligungen um zwei auf 32 gegenüber dem Stand zum Redaktionsschluss des vorausgegangenen Beteiligungsberichts, durch das Vorantreiben von Privatisierungsverfahren oder auch durch Beschlüsse zur Abwicklung von Unternehmen konsequent beschritten worden.

Kernelemente der Konzeption zur Optimierung des Beteiligungsmanagements sind die Einrichtung eines verbesserten Systems der Zielbestimmung und Zielerreichungskontrolle sowie die verstärkte Vernetzung zwischen der zentralen Beteiligungsverwaltung des Ministeriums der Finanzen, den Fachressorts und Aufsichtsräten bei der Begleitung und Überwachung der Unternehmen. Zur Umsetzung dieser Ziele hat das Ministerium der Finanzen eine Verfahrensregelung mit den Fachressorts abgestimmt, die seit dem 01.01.2003 konsequent angewendet wird.

Insgesamt sehe ich damit die Beteiligungspolitik – nach der schwierigen Entscheidung über die Liquidation der Landesentwicklungsgesellschaft – auf einem guten Weg. Dabei stehe ich einer Fortsetzung der beteiligungspolitischen Diskussion sehr aufgeschlossen gegenüber.

Abschließend möchte ich den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der landesbeteiligten Unternehmen für ihre insgesamt gute und erfolgreiche Arbeit danken.

A handwritten signature in black ink, reading "Dagmar Ziegler". The script is cursive and fluid.

*Dagmar Ziegler
Ministerin der Finanzen des Landes Brandenburg*

Inhaltsverzeichnis

Teil 1	Leitlinien der Beteiligungspolitik	9
1.1.	Erwerb von Beteiligungen	10
1.2.	Beteiligungspolitik der Landesregierung.....	13
1.3.	Privatisierung	16
1.4.	Aufgaben und Verantwortung der Organe landesbeteiligter Unternehmen ...	16
	1.4.1. Geschäftsführung.....	17
	1.4.2. Aufsichtsrat.....	18
	1.4.3. Gesellschafterversammlung.....	19
1.5.	Beteiligungen des Landes	20
	1.5.1. Überblick.....	20
	1.5.2. Beteiligungen an Genossenschaften	21
	1.5.3. Abbau von Beteiligungen.....	22
	1.5.4. Abwicklung von Beteiligungsunternehmen.....	23
	1.5.5. Mittelbare Beteiligungen	24
1.6.	Kennzahlen im Überblick.....	26
Teil 2	Einzeldarstellungen der unmittelbaren Beteiligungen des Landes	27
2.0.	Allgemeine Erläuterungen	28
2.1.	Beteiligungen im Bereich des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport	
	2.1.1. FWU Institut für Film und Bild in Wissenschaft und Unterricht gemeinnützige GmbH	29

2.2.	Beteiligungen im Bereich des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kultur	
2.2.1.	Brandenburgische Schlösser GmbH Gemeinnützige Betriebsgesellschaft	32
2.2.2.	HIS Hochschul-Informationen-System GmbH	35
2.2.3.	IHP GmbH - Innovations for High Performance Microelectronics / Institut für innovative Mikroelektronik.....	39
2.2.4.	GKSS – Forschungszentrum Geesthacht GmbH	44
2.2.5.	Kunst- und Ausstellungshalle der Bundesrepublik Deutschland GmbH	50
2.3.	Beteiligungen im Bereich des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen	
2.3.1.	LASA Landesagentur für Struktur und Arbeit Brandenburg GmbH	55
2.3.2.	Ruppiner Kliniken GmbH	59
2.4.	Beteiligungen im Bereich des Ministeriums für Wirtschaft	
2.4.1.	Berlin Brandenburg Flughafen Holding GmbH.....	63
2.4.2.	ZukunftsAgentur Brandenburg GmbH	72
2.4.2.1.	Unternehmensbereich: T.IN.A. Technologie- und Innovations-Agentur Brandenburg GmbH.....	75
2.4.2.2.	Unternehmensbereich: BEA-Brandenburgische Energiespar-Agentur GmbH	81
2.4.2.3.	Unternehmensbereich: Wirtschaftsförderung Brandenburg GmbH	84
2.4.3.	Polnisch-Deutsche Wirtschaftsförderungsgesellschaft Aktiengesellschaft - Polsko-Niemieckie Towarzystwo Wspierania Gospodarki Spółka Akcyjna	90
2.4.4.	BICC - Internationales Konversionszentrum Bonn - Bonn International Center for Conversion GmbH.....	95
2.4.5.	IIC The New German Länder Industrial Investment Council GmbH.....	98

2.4.6.	TMB Tourismus-Marketing Brandenburg GmbH	102
2.4.7.	Trägergesellschaft Deutscher Pavillon mbH i. L.	107
2.5.	Beteiligungen im Bereich des Ministeriums für Landwirtschaft, Umweltschutz und Raumordnung	
2.5.1.	Märkische Entsorgungsanlagen - Betriebsgesellschaft mbH	110
2.5.2.	SBB Sonderabfallgesellschaft Brandenburg/Berlin mbH	114
2.5.3.	Brandenburgische Landgesellschaft mbH i. L.	118
2.6.	Beteiligungen im Bereich des Ministeriums für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr	
2.6.1.	Landesentwicklungsgesellschaft für Städtebau, Wohnen und Verkehr des Landes Brandenburg mbH i. L.	120
2.6.2.	VBB Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg GmbH	131
2.6.3.	DEGES Deutsche Einheit Fernstraßenplanungs- und -bau GmbH	136
2.7.	Beteiligungen im Bereich des Ministeriums der Finanzen	
2.7.1.	InvestitionsBank des Landes Brandenburg	139
2.7.2.	Land Brandenburg Lotto GmbH	154
2.7.3.	Brandenburgische Boden Gesellschaft für Grundstücksverwaltung und -verwertung mbH	159
2.7.4.	Kreditanstalt für Wiederaufbau	163
2.7.5.	Neue Länder Grundstücksverwaltung und Verwaltung GmbH i. L.	170
2.7.6.	LBR Grundstücksverwaltungsgesellschaft Bergholz-Rehbrücke mbH	172
3.	Übersichten	175
3.1.	Tabellarische Übersicht der unmittelbaren Beteiligungen des Landes	177
3.2.	Tabellarische Übersicht der mittelbaren Beteiligungen des Landes	178

TEIL 1

Leitlinien der Beteiligungspolitik

1.1. Erwerb von Beteiligungen

Das Land soll sich an Unternehmen in einer Rechtsform des privaten Rechts nur beteiligen, wenn

- ein wichtiges Landesinteresse vorliegt und sich der mit der Beteiligung angestrebte Zweck nicht besser und wirtschaftlicher auf andere Weise erreichen lässt,
- die Einzahlungsverpflichtung des Landes auf einen bestimmten Betrag begrenzt ist,
- das Land einen angemessenen Einfluss, insbesondere im Aufsichtsrat oder in einem entsprechenden Überwachungsorgan erhält,
- gewährleistet ist, dass der Jahresabschluss und der Lagebericht in entsprechender Anwendung der Vorschriften des dritten Buches des Handelsgesetzbuches für große Kapitalgesellschaften geprüft werden

(§ 65 Absatz 1 Landeshaushaltsordnung - LHO -).

Vor dem Erwerb einer Landesbeteiligung wird das Vorliegen der o. g. Voraussetzungen in mehreren Verfahrensschritten durch voneinander unabhängige Stellen geprüft:

1. Die Initiative für das Eingehen einer Beteiligung geht von dem für das Geschäftsfeld des Unternehmens fachlich zuständigen Ressort der Landesregierung aus. Das Fachressort muss in seinem Antrag an das für den Erwerb und die Verwaltung von Landesbeteiligungen zuständige Ministerium der Finanzen das wichtige Landesinteresse und das Vorliegen der sonstigen Voraussetzungen gemäß § 65 Absatz 1 LHO darlegen. Das Fachressort hat das Ministerium der Finanzen frühzeitig über dort beabsichtigte Beteiligungen zu informieren und es an Verhandlungen zu beteiligen (§ 65 Absatz 2 Satz 3 LHO).

2. In einem zweiten Verfahrensschritt erfolgt eine betriebswirtschaftliche und gesellschaftsrechtliche Prüfung durch die Beteiligungsverwaltung im Ministerium der Finanzen; ferner wird untersucht, ob sich der von dem Fachressort verfolgte Zweck ohne gesellschaftsrechtliche Beteiligung, etwa über die Gewährung von Zuwendungen, besser und wirtschaftlicher verwirklichen lässt.
3. Bevor dem Antrag des Fachressorts entsprochen werden kann, wird in einem dritten Verfahrensschritt unter haushaltsrechtlichen Gesichtspunkten geprüft, ob die Einwilligung zum Erwerb der Beteiligung erteilt werden kann (§ 65 Absatz 2 Satz 1 LHO).

Bevor das Ministerium der Finanzen den Erwerb einer Beteiligung vollzieht, wird regelmäßig die Landesregierung über die Erwerbsabsicht unterrichtet.

Das wichtige Landesinteresse, das die Unternehmen zu erfüllen haben, wird in den Satzungen in Form des Unternehmensgegenstandes verankert und damit zur bindenden Zielvorgabe für die Unternehmenstätigkeit.

Die Beteiligungsverwaltung überprüft turnusmäßig, ob die Voraussetzungen des § 65 Absatz 1 LHO, insbesondere das wichtige Landesinteresse, bei den bestehenden Beteiligungen weiterhin gegeben sind; die Fachressorts haben dazu den Fortbestand dieses Interesses für jedes Unternehmen in ihrem Zuständigkeitsbereich darzulegen; die Feststellung des wichtigen Landesinteresses erfolgt auf Grundlage des Haushaltsgesetzes künftig jährlich.

Bei Unternehmen mit mehrheitlicher Beteiligung des Landes unterliegt der Erwerb von mehr als 25 v. H. der Anteile an einem anderen Unternehmen (mittelbare Beteiligung) regelmäßig dem Zustimmungsvorbehalt der Gesellschafterversammlung und der Zustimmung des Landes als Mehrheitsgesellschafter. Die Beteiligungsverwaltung achtet darauf, dass die mittelbare Beteiligung dem Geschäftszweck der Obergesellschaft dient und betriebswirtschaftlich sinnvoll ist. Vor seiner Entscheidung holt das Ministerium der Finanzen als Beteiligungsverwaltung zudem die Stellungnahme des zuständigen Fachressorts ein.

Einige der unmittelbar landesbeteiligten Unternehmen - z. B. die LASA Landesagentur für Struktur und Arbeit Brandenburg GmbH (LASA), ZukunftsAgentur Brandenburg GmbH (ZAB) - werden vom Land institutionell gefördert; die dafür erforderlichen Mittel sind im Landeshaushalt in den Einzelplänen der jeweils für das Geschäftsfeld der Unternehmen fachlich zuständigen Ressorts veranschlagt.

Andere Unternehmen - wie z. B. die Brandenburgische Boden Gesellschaft für Grundstücksverwaltung und -verwertung mbH (BBG) und die InvestitionsBank des Landes Brandenburg (ILB) - sind eigenwirtschaftlich tätig; bei ihnen hat das Land grundsätzlich nur die Anteile am Nennkapital aus Haushaltsmitteln finanziert.

Daneben gibt es eine Reihe von Landesbeteiligungen - wiederum teilweise institutionell gefördert, teilweise eigenwirtschaftlich arbeitend - für besondere öffentliche Aufgaben; wesentlichen Anteil haben dabei die Unternehmen, an denen sich Brandenburg mit anderen Bundesländern oder dem Bund zum Zweck der gemeinsamen Aufgabenerfüllung beteiligt hat (BICC - Internationales Konversionszentrum Bonn – Bonn International Center for Conversion GmbH, DEGES Deutsche Einheit Fernstraßenplanungs- und -bau GmbH, FWU Institut für Film und Bild in Wissenschaft und Unterricht gemeinnützige GmbH, HIS-Hochschul-Informationen-System GmbH, IIC The New German Länder Industrial Investment Council GmbH, SBB Sonderabfallgesellschaft Brandenburg/Berlin mbH, GKSS – Forschungszentrum Geesthacht GmbH u. a.).

Das Land hat bisher nahezu ausschließlich Anteile an Gesellschaften mit beschränkter Haftung erworben. Ausnahmen bilden lediglich die InvestitionsBank des Landes Brandenburg (Anstalt des öffentlichen Rechts) und die Kreditanstalt für Wiederaufbau (Körperschaft des öffentlichen Rechts), die NKL Nordwestdeutsche Klassenlotterie als Staatslotterie (gemeinschaftlicher Eigenbetrieb öffentlichen Rechts der Trägerländer), sowie die Polnisch-Deutsche Wirtschaftsförderungsgesellschaft AG als Aktiengesellschaft des polnischen Rechts.

1.2. Beteiligungspolitik der Landesregierung

Der Landtag hat mit Beschluss vom 25.01.2001 - LT-Drs. 3/2273-B „Struktur und Aufgaben der Landesgesellschaften“ - die Landesregierung beauftragt, dem Landtag über Maßnahmen der Effizienzsteigerung einschließlich der Bündelung von Aufgaben bei den Landesgesellschaften sowie der Verbesserung von Transparenz und Kontrolle der Landesgesellschaften zu berichten.

Der von der Landesregierung vorgelegte Bericht über Struktur und Aufgaben der Landesgesellschaften – LT-Drs. 3/3739 - wurde vom Landtag in seiner Sitzung am 06. März 2002 zur Kenntnis genommen.

In Anbetracht der Fehlentwicklungen, die 1996 bei der Brandenburgischen Landgesellschaft und 2001 bei der Landesentwicklungsgesellschaft zur Liquidation mit erheblichen Folgen für den Landeshaushalt geführt haben, hat die Landesregierung eine nachhaltige Optimierung der Beteiligungspolitik beschlossen. Sie legt ihrer künftigen Beteiligungspolitik folgende Leitlinien zugrunde:

- (1) Reduzierung der Beteiligungen auf die geringstmögliche Anzahl.
- (2) Grundsätzlich keine neuen Beteiligungen, sondern Nutzung vorhandener Gesellschaften. Wird die Aufgabenerfüllung privatisiert, hat die Vollprivatisierung grundsätzlich Vorrang vor einer Beteiligung des Landes.
- (3) Schaffung eines kleinen, optimierten Zielportfolios.
- (4) Verstärkte Kooperation und gemeinsamer Auftritt der Landesunternehmen.
- (5) Beibehaltung der zentralen Beteiligungsverwaltung zur einheitlichen Wahrnehmung haushaltsrechtlicher Vorgaben.
- (6) Klare Zielvorgaben als Steuerungs- und Kontrollinstrument.
- (7) Effizientes Zusammenwirken von Fachressorts und Beteiligungsverwaltung.
- (8) Transparenz über Aufgaben, Ziele und Unternehmenspolitik.

Hierbei gilt folgendes:

1. Angestrebt wird ein optimiertes Zielportfolio, in dem der Fokus auf den – derzeit – fünf Schlüsselbeteiligungen liegt, die besonders bedeutsame Aufgaben für das Land wahrnehmen und deshalb der besonderen Aufmerksamkeit des Landes bedürfen.

2. Die im Bericht der Landesregierung enthaltene Konzeption der Beteiligungspolitik schließt auch künftig neue Landesbeteiligungen nicht grundsätzlich aus.
3. Zur Verbesserung der Transparenz gegenüber dem Parlament wird die Landesregierung künftig den Ausschuss für Haushalt und Finanzen befassen, bevor Beteiligungsengagements des Landes oder maßgeblich landesbeteiligter Unternehmen eingegangen werden.

Der Bericht enthält das Konzept für eine nachhaltige Optimierung der Beteiligungspolitik. Die Landesregierung wird neben der konsequenten Straffung des Beteiligungsportfolios die organisatorischen Strukturen und Kompetenzen so gestalten, dass einerseits Zielverfehlungen und unwirtschaftliches Handeln möglichst frühzeitig erkannt und unverzüglich Maßnahmen zur Gegensteuerung ergriffen werden können, und andererseits eine Kontrolle des Regierungshandelns durch das Parlament gesichert ist.

Um das Ziel eines schlanken Portfolios zu erreichen, hat die Landesregierung bereits eine Reihe von Straffungsmaßnahmen eingeleitet:

1. Drei Unternehmen (T.IN.A. Technologie- und Innovations-Agentur Brandenburg GmbH, BEA-Brandenburgische Energiespar-Agentur GmbH, Wirtschaftsförderung Brandenburg GmbH) wurden 2001 im Geschäftsbereich des Wirtschaftsministeriums zur Zukunftsagentur Brandenburg GmbH (ZAB) fusioniert.
2. Die Verhandlungen zur Privatisierung der Berlin Brandenburg Flughafen Holding GmbH befinden sich in ihrer Schlussphase.
3. Die Veräußerung der Landesbeteiligung an den Ruppiner Kliniken ist eingeleitet.
4. Die Abwicklung von sieben Unternehmen, darunter die Landesentwicklungsgesellschaft, wird weiterhin forciert betrieben.

Ferner ist beabsichtigt, eine weitergehende Bündelung der Angebote der InvestitionsBank des Landes Brandenburg (ILB), der Zukunftsagentur Brandenburg GmbH (ZAB) und der Landesagentur für Struktur und Arbeit Brandenburg GmbH (LASA),

die sich insbesondere durch eine enge Zusammenarbeit der LASA mit dem Kooperationsverbund ZukunftsAgentur Brandenburg erreichen ließe, vorzunehmen. Eine derart verstärkte Kooperation dieser drei Unternehmen wäre ein weiterer Schritt auf dem Weg zu einer zentralen Anlaufstelle für Investoren im Land Brandenburg.

Neben dieser konsequenten Reduzierung des bestehenden Beteiligungsportfolios ist die zweite große Hauptaufgabe die Schaffung von optimalen organisatorischen Strukturen, die durch Einführung eines zielorientierten Beteiligungscontrollings sowie durch eine optimierte zentrale Beteiligungsverwaltung sichergestellt werden soll. Das bestehende System muss konsequent zur Steuerung und Kontrolle der Landesbeteiligungen eingesetzt werden, um künftig Fehlentwicklungen zu verhindern. Dabei sind Optimierungspotenziale durch die Schaffung eines Systems landespolitischer Zielvorgaben und ein verstärktes Zusammenwirken von Unternehmen, Fachressort und Beteiligungsverwaltung mit dem Ziel einer effizienteren Steuerung zu realisieren. Die fachpolitische Verantwortung für die Tätigkeit der Landesbeteiligungen liegt bei den fachlich zuständigen Ressorts, auf deren Initiative die Beteiligung eingegangen wurde. Die Fachressorts sind für die laufende fachliche Steuerung der Unternehmen verantwortlich.

Bei den wichtigen Beteiligungen, auf die das Land maßgeblichen Einfluss hat, wird ein Zielsystem etabliert, bei dem sog. Zielbilder für die besonders wichtigen Unternehmen als Steuerungs- und Kontrollinstrument eingesetzt werden. Hierzu hat das Fachressort - über die Festschreibung des Unternehmensgegenstandes in den Satzungen hinaus - konkrete Zielvorgaben zu entwickeln. Diese Zielvorgaben werden Grundlage für die mittelfristigen Planungen der Unternehmen und die Aufstellung der Wirtschaftspläne sein. Die Aufgabenerfüllung basiert auf dieser Planung und orientiert sich an den Zielvorgaben. Die Zielvorgaben sind damit Maßstab für die tägliche Arbeit der Unternehmen und für deren Kontrolle.

Die Gesellschafterstellung des Landes soll gestärkt und ein gemeinsames und abgestimmtes Handeln von Fachressorts und Ministerium der Finanzen gesichert werden. Es sind dazu Koordinierungsinstrumente vorgesehen, die

- eine Festlegung von klaren Verantwortlichkeiten in den Fachressorts,
- regelmäßige Abstimmungen zwischen Fachressort und Aufsichtsratsmitglied sowie

- zwischen Beteiligungsverwaltung und Fachressort sicherstellen.

1.3. Privatisierung

Die Landesregierung wird – im Zuge der Aufgabenkritik – in Zukunft verstärkt darauf hinwirken, dass mit der Durchführung von Aufgaben Dritte beauftragt werden (Privatisierung).

Ergibt die aufgabenkritische Prüfung, dass die Erfüllung der Aufgabe privatisiert werden soll, ist grundsätzlich eine Vollprivatisierung anzustreben. Das Land beteiligt sich in diesem Fall nicht.

Eine Beteiligung kann aber ausnahmsweise in Betracht kommen, wenn insbesondere eine verstärkte Einflussnahme auf die Durchführung der Aufgabe erforderlich ist. Der Erwerb von Beteiligungen kommt nur unter den Voraussetzungen des § 65 Abs. 1 Landeshaushaltsordnung in Betracht (vgl. 1.1.).

1.4. Aufgaben und Verantwortung der Organe landesbeteiligter Unternehmen

Die Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH) – als Standardfall der Landesbeteiligung - hat gesetzlich mindestens zwei Organe, nämlich Gesellschafterversammlung und Geschäftsführung. Anders als beim gesetzlichen Regelfall der GmbH, bei der die Gesellschafter sich – selbst wenn ein Aufsichtsrat eingerichtet ist – den maßgeblichen Einfluss vorbehalten, installiert das Land regelmäßig einen Aufsichtsrat und stattet diesen in der Satzung mit weitgehenden Befugnissen aus, um ihm – im Interesse der straffen Begleitung und Überwachung der Gesellschaften in wirtschaftlicher und fachlicher Hinsicht – eine starke Stellung einzuräumen.

Durch die Einführung des Gesetzes zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG) vom 27.04.1998 werden erweiterte Anforderungen an alle Organe gestellt. So wird die Geschäftsführung verpflichtet, für ein angemessenes Risikomanagement und die Einrichtung eines internen Überwachungssystems zu

sorgen, um den Fortbestand des Unternehmens gefährdende Entwicklungen möglichst frühzeitig zu erkennen. Auch die Berichtspflicht der Geschäftsführung gegenüber dem Aufsichtsrat wird dadurch verstärkt, dass nunmehr im Rahmen des sog. Zukunftsberichtes auch über die Unternehmensplanung (insbesondere die Finanz-, Investitions- und Personalplanung) berichtet werden muss. Angestrebt wird auch eine Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen Aufsichtsrat und Abschlussprüfer. Die Pflichten des Aufsichtsrates in Bezug auf den Einsatz und die Überwachung des Abschlussprüfers werden dahingehend erweitert, dass der Prüfauftrag an den Abschlussprüfer nicht mehr von der Geschäftsführung, sondern vom Aufsichtsrat erteilt wird, eine Aushändigung des Prüfungsberichtes an alle Aufsichtsratsmitglieder erfolgt, die Prüfungspflicht des Aufsichtsrates sich erforderlichenfalls auch auf den ggf. notwendigen Konzernabschluss und den Konzernlagebericht erstreckt, der Abschlussprüfer an den Bilanzsitzungen des Aufsichtsrates teilnehmen muss u.a.m. Hierzu korrespondieren Vorschriften, die auf eine Verbesserung der Qualität der Abschlussprüfung zielen.

1.4.1. Geschäftsführung

Die Geschäftsführung ist das aktiv und operativ handelnde Organ der GmbH. Ihre Aufgaben sind insbesondere:

- die Leitung der Gesellschaft zur Verwirklichung des Gesellschaftszwecks;
- die Vertretung der Gesellschaft im Rechtsverkehr;
- die Buchführung sowie die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht.

Als handelndes Organ der GmbH hat die Geschäftsführung die unmittelbare Entscheidung über den Abschluss einzelner Geschäfte zu treffen; ihr obliegt dabei die eigenverantwortliche Beurteilung der Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit der Geschäfte sowie deren Übereinstimmung mit geltendem Recht und den Beschlüssen des Aufsichtsrates und der Gesellschafterversammlung.

Die Geschäftsführungen landesbeteiligter Unternehmen haben insbesondere dafür Sorge zu tragen, dass das jeweilige Unternehmen nach wirtschaftlichen Grundsätzen geführt wird und dass verlustbringende Geschäfte vermieden werden.

1.4.2. Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat ist das Organ, dem die laufende Überwachung der Geschäftsführung obliegt. Die Geschäftsführung hat ihm regelmäßig über die Angelegenheiten der Gesellschaft zu berichten, sie hat dem Aufsichtsrat den Jahresabschluss mit dem Bericht des Abschlussprüfers zur Prüfung vorzulegen und darüber hinaus in einem sog. Zukunftsbericht über Finanz-, Investitions- und Personalplanung zu berichten. Der Aufsichtsrat hat der Gesellschafterversammlung auf Grundlage der Ergebnisse dieser Prüfung Vorschläge zur Feststellung des Jahresabschlusses, zur Ergebnisverwendung sowie zur Entlastung der Geschäftsführer zu unterbreiten.

Den Aufsichtsräten landesbeteiligter Unternehmen gehört stets ein Vertreter des Fachressorts an, dessen Zuständigkeit durch die Tätigkeit des Unternehmens berührt wird. Diese Besetzung soll gewährleisten, dass die Aufsichtsräte die Geschäftspolitik und ihre Übereinstimmung mit den vom Land mit der Beteiligung verfolgten Zielen sachgerecht beurteilen können. Den Vertretern der für den Geschäftsbereich der Gesellschaft zuständigen Fachressorts kommt dabei eine zentrale Rolle als Bindeglied zwischen den Gesellschaften und dem jeweiligen Fachressort, namentlich bei der Bestimmung der Ausrichtung und Schwerpunkte der Geschäftstätigkeit, zu.

Nach der Besetzungspraxis im Land Brandenburg hat das Fachressort, dessen fachliche Zuständigkeit durch die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft im Schwerpunkt berührt wird, das Vorschlagsrecht für die Besetzung des ersten Landesmandates; falls dem Land weitere Mandate zustehen, steht das Vorschlagsrecht dafür in der angegebenen Reihenfolge dem Ministerium der Finanzen und weiteren Fachressorts nach der fachlichen Nähe ihrer Zuständigkeit zum Unternehmensgegenstand zu. Den Aufsichtsräten wichtiger landesbeteiligter Unternehmen gehören daneben regelmäßig auch ausgewiesene externe Fachleute an.

In den Gesellschaftsverträgen maßgeblich landesbeteiligter Gesellschaften sind weitgehende Beschluss- und Zustimmungsvorbehalte zu Gunsten der Aufsichtsräte vorgesehen. Sie betreffen z. B.:

- Bestellung/Abberufung sowie Anstellung/Kündigung der Geschäftsführer,
- jährliche Wirtschaftspläne,
- Erwerb, Belastung und Veräußerung von Grundstücken,

- Erwerb von Beteiligungen bis zu 25 v. H. an anderen Unternehmen,
- Abschluss von Anstellungsverträgen ab einer bestimmten Gehaltshöhe,
- Abschluss sonstiger für die Gesellschaft wirtschaftlich oder nach ihrem Unternehmenszweck bedeutsamer Verträge,
- Beschlussempfehlungen zu den Vorlagen an die Gesellschafterversammlung,
- Erteilung des Auftrages für die Prüfung des Jahresabschlusses an den Abschlussprüfer.

Bei den Aufsichtsräten liegt damit die Zuständigkeit für eine Vielzahl bedeutsamer Entscheidungen der Gesellschaften. Die Aufsichtsräte tragen folglich über das gesetzliche Mindestmaß hinaus Verantwortung für die Überwachung der Geschäftstätigkeit hinsichtlich ihrer Ordnungsmäßigkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit. Die wirksame Wahrnehmung dieser Aufgabe setzt einen engen Informationsaustausch insbesondere zwischen dem Fachressort und seinem Vertreter im Aufsichtsrat voraus; dies müssen die Fachressorts sicherstellen.

Die Mitglieder des Aufsichtsrates üben ihr Mandat grundsätzlich persönlich und eigenverantwortlich aus; sie sollen allerdings bei ihren Entscheidungen im Landesinteresse liegende Belange im Rahmen ihrer Verantwortlichkeit und der satzungsmäßigen Unternehmensziele angemessen berücksichtigen, was auch in den sog. Aufsichtsratshinweisen des Ministeriums der Finanzen hervorgehoben wird. Dies gilt gleichermaßen für Landesbedienstete und Externe in den Aufsichtsräten. Dem einzelnen Aufsichtsratsmitglied kommt damit eine für die Steuerung der Landesbeteiligungen entscheidende Schnittstellenfunktion zu.

1.4.3. Gesellschafterversammlung

Die Aufgaben der Gesellschafterversammlungen konzentrieren sich auf die Angelegenheiten von grundlegender Bedeutung, die dem Eigentümer vorbehalten sind, wie z.B. Änderung des Gesellschaftsvertrages, Auflösung der Gesellschaft, Verschmelzung, Umwandlung, Abschluss, Änderung und Beendigung von Unternehmensverträgen (nicht delegierbare Gesellschafterbefugnisse).

In den Gesellschaftsverträgen der Unternehmen mit maßgeblicher Landesbeteiligung sind regelmäßig folgende Zuständigkeiten der Gesellschafterversammlung vorgesehen:

- Satzungsänderungen,
- Feststellung des Jahresabschlusses und Verwendung des Jahresergebnisses,
- Wahl des Abschlussprüfers,
- Bestellung der Mitglieder des Aufsichtsrates,
- Entlastung der Geschäftsführer und der Mitglieder des Aufsichtsrates,
- Erwerb von Beteiligungen von mehr als 25 v. H. an anderen Unternehmen,
- Zustimmung zur Abtretung von Geschäftsanteilen.

Hinsichtlich der laufenden Geschäftstätigkeit beschränkt sich die Regelzuständigkeit der Gesellschafterversammlungen damit weitgehend auf die nachträgliche Würdigung der erreichten Ergebnisse im Rahmen der Feststellung des Jahresabschlusses und der Entscheidung über die Entlastung der Geschäftsführer sowie der Mitglieder des Aufsichtsrates.

Bei der Wahrnehmung der Aufgaben und Verantwortung der Organe ist im Einzelnen der gesellschaftsrechtliche Einfluss des Landes zu berücksichtigen. Gelingt es den Landesvertretern auch durch abgestimmtes Stimmverhalten nicht, bei der Beschlussfassung im Aufsichtsrat ein wichtiges Landesinteresse zur Geltung zu bringen, steht es dem zuständigen Fachressort offen, den Sachverhalt unter Darlegung des wichtigen Landesinteresses der Beteiligungsverwaltung mitzuteilen. Die Beteiligungsverwaltung prüft, ob die Gesellschafterversammlung mit der Angelegenheit befasst werden soll.

1.5. Beteiligungen des Landes

1.5.1. Überblick

Das Land Brandenburg war **am 31.12.2000 an 33 Unternehmen** unmittelbar beteiligt. In den Geschäftsjahren 1999 und 2000 hat das Land Brandenburg keine Beteiligungen erworben oder veräußert.

Eine nichtunternehmerische Landesbeteiligung ist die Nordwestdeutsche Klassenlotterie (NKL). Diese Staatslotterie beruht auf einem Staatsvertrag der Trägerländer Berlin, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Saarland, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein. Mit der Durchführung der Lotterie haben die Trägerländer ein Konsortium öffentlicher Banken beauftragt;

Konsortialbank für das Land Brandenburg ist die ILB. Die Aufsicht über die NKL üben die Länder über den Lottereausschuss aus; das Ministerium der Finanzen ist in diesem Gremium vertreten.

Nachrichtlich ist anzumerken, dass das Land Brandenburg im Jahr 2001 eine Beteiligung an der fiscus GmbH erworben hat. Die Gesellschaft wurde am 5. April 2001 in das Handelsregister eingetragen. Unternehmensgegenstand dieser Bund-Länder-Gesellschaft ist die Erstellung und Pflege von Software sowie die Beschaffung geeigneter Fremdsoftware für die Steuerverwaltungen der Länder im Rahmen ihrer gesetzlichen Aufgaben, insbesondere für alle Vorgänge des Besteuerungsverfahrens, einschließlich der steuerlichen Nebenleistungen des Straf- und Bußgeldverfahrens in Finanzämtern, Oberfinanzdirektionen, oberen und obersten Finanzbehörden.

Des Weiteren wurden im Sommer 2001 die BEA-Brandenburgische Energiespar-Agentur GmbH, die T.IN.A. Technologie- und Innovations-Agentur Brandenburg GmbH und die Wirtschaftsförderung Brandenburg GmbH zu einer einheitlichen Wirtschafts- und Technologiefördergesellschaft – der ZukunftsAgentur Brandenburg GmbH (ZAB) - gesellschaftsrechtlich verschmolzen.

Aufgrund der o. g. Fusion hat sich **der Bestand der unmittelbaren Beteiligungen des Landes zum 31.12.2001 auf 32 vermindert.**

Im Teil 2 dieses Berichts werden die unmittelbaren Beteiligungen des Landes Brandenburg näher dargestellt.

An den Textteil schließt sich im Teil 3 eine alphabetische Übersicht über sämtliche unmittelbaren Landesbeteiligungen ohne Rücksicht auf die Höhe des Nennkapitals und Umfang der Beteiligung sowie eine Übersicht über die mittelbaren Beteiligungen des Landes Brandenburg an.

1.5.2. Beteiligungen an Genossenschaften

Das Land hat in den Jahren 1995 und 1996 Beteiligungen an mehreren Wohnungsbaugenossenschaften erworben. Ziel war seinerzeit, durch die Sicherung von Bele-

gungsrechten einen wirksamen Beitrag zur Wohnungsfürsorge für Landesbedienstete zu leisten.

Derzeit bestehen noch zwei Landesbeteiligungen an Wohnungsbaugenossenschaften:

- Wohnungsbaugenossenschaft 1903 Potsdam e. G.,
- Wohnungsbaugenossenschaft "Stadt Cottbus" e. G.

Die Wohnungsfürsorge wurde zu einem Zeitraum eingeführt, als die allgemeine Wohnraumbedarfssituation teilweise durch Wohnraummangel gekennzeichnet war. Die Situation auf dem Wohnungsmarkt hat sich zwischenzeitlich grundlegend verändert, z. T. besteht ein Überangebot an Wohnungen. Dies macht die Wohnungsfürsorge des Landes als Dienstherr gegenüber den Landesbediensteten entbehrlich. Das zuständige Fachressort hat die Richtlinie zur Förderung des Wohnungsbaus für Landesbedienstete und die Verwaltungsvorschrift zur Wohnungsfürsorge im Rahmen der Verwaltungsmodernisierung und -optimierung aufgehoben. Eine Beendigung der Landesbeteiligungen an den beiden Wohnungsbaugenossenschaften wird vorbereitet.

1.5.3. Abbau von Beteiligungen

Das Land prüft turnusmäßig, welche bestehenden Beteiligungen zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben noch erforderlich sind.

In den Fällen, in denen das wichtige Landesinteresse wegfallen wird, ist eine Veräußerung der Beteiligung, auch unter dem Gesichtspunkt der Vermögensaktivierung, angestrebt. Im Land Brandenburg ist allerdings kein über Jahrzehnte gewachsener Bestand an Beteiligungen vorhanden; daher ist das Potential für Veräußerungen von Beteiligungen als Beitrag zur Haushaltskonsolidierung begrenzt.

Gleichwohl ist das Land Brandenburg entschlossen, sich auf den Kern seiner Aufgaben zu konzentrieren und Privatisierungen dort voranzutreiben, wo Private die Aufgaben zumindest ebenso gut erfüllen können.

Berlin Brandenburg Flughafen Holding GmbH (BBF)

Der Abschluss des Privatisierungsverfahrens der Berlin Brandenburg Flughafen Holding GmbH wird für Anfang 2003 erwartet. Unter der Beteiligung von privaten Investoren soll der Ausbau des Flughafens Schönefeld zum **Flughafen Berlin-Brandenburg International (BBI)** erfolgen. Die Flughäfen Tempelhof und Tegel sollen mit Rechtswirksamkeit des Planfeststellungsbeschlusses bzw. mit der Eröffnung des BBI geschlossen werden.

Ruppiner Kliniken GmbH

Das Land Brandenburg hat im Gesellschaftsvertrag der Ruppiner Kliniken GmbH zugesagt, seinen Geschäftsanteil an der Gesellschaft nach dem Jahr 2000 zugunsten des Landkreises Ostprignitz-Ruppin zu reduzieren. Derzeit wird die Veräußerung des Geschäftsanteils des Landes an den Landkreis vorbereitet.

1.5.4. Abwicklung von Beteiligungsunternehmen

Neben den im Teil 2 dieses Berichtes dargestellten Unternehmen in Liquidation befinden sich noch folgende Unternehmen mit Landesbeteiligung in Abwicklung:

- Brandenburgische Lotto GmbH i. L.

Die Gesellschaft ist nach Einstellung der Spielarten des früheren Ost-Lotto im Jahr 1992 aufgelöst worden. Die Liquidation der Gesellschaft soll im Geschäftsjahr 2002 beendet werden.

- SMI - System Microelectronic Innovation GmbH i. Gv.

Das Land hatte 1994 über einen beauftragten Treuhänder 51 v. H. der Geschäftsanteile an der SMI erworben, um die von der Treuhandanstalt begonnene Privatisierung des Unternehmens abzuschließen. Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 100.000,- DM; Mitgesellschafter ist ein amerikanisches Unternehmen.

Die intensive Suche nach einem industriellen Investor, der den Geschäftsanteil des Landes erwerben und das Unternehmen fortführen sollte, ist letztlich erfolglos geblieben. Da eine Fortführung des Unternehmens in der bisherigen Form betriebswirtschaftlich nicht möglich war, wurde im Frühjahr 1997 die Gesamtvollstreckung beantragt; am 01.07.1997 ist das Gesamtvollstreckungsverfahren über das Vermögen der Gesellschaft eröffnet worden.

1.5.5. Mittelbare Beteiligungen

Einige unmittelbar landesbeteiligte Unternehmen halten ihrerseits Beteiligungen an weiteren Unternehmen. Eine Übersicht der mittelbaren Beteiligungen ist im Teil 3.2 dargestellt.

Das Land ist bei den sog. mittelbaren Landesbeteiligungen nicht selbst Gesellschafter; Anteile hält nur das jeweils beteiligte Unternehmen. Gesellschaftsrechtlich steht das Land in keiner direkten Beziehung zu diesen Unternehmen, sondern übt seinen Einfluss grundsätzlich über das unmittelbar landesbeteiligte Unternehmen aus.

Demgemäß werden die mittelbaren Beteiligungen nicht von der Beteiligungsverwaltung im Ministerium der Finanzen, sondern von den unmittelbar landesbeteiligten Unternehmen selbst verwaltet. Die Anteile an mittelbaren Beteiligungen werden im Vermögen der unmittelbar landesbeteiligten Unternehmen bilanziert. Für die Steuerung und Überwachung der mittelbaren Beteiligungen sind ausschließlich Geschäftsführung und Aufsichtsrat des unmittelbar landesbeteiligten Unternehmens verantwortlich.

Die Beteiligungsverwaltung konzentriert sich im Rahmen ihrer Gesellschafterfunktion auf zwei Aspekte:

1. Prüfung beabsichtigter Beteiligungsengagements, soweit gemäß § 65 Abs. 3 LHO ein Zustimmungsvorbehalt besteht.
2. Prüfung, ob Geschäftsführung und Aufsichtsrat des unmittelbar landesbeteiligten Unternehmens ihren Verpflichtungen bezogen auf die Steuerung und Überwachung der Beteiligungen ihres Unternehmens ordnungsgemäß nachgekommen sind.

Im Rahmen des Zustimmungsverfahrens gemäß § 65 Abs. 3 LHO sind für den Erwerb mittelbarer Unternehmensbeteiligungen u.a. folgende Gesichtspunkte maßgeblich:

- Beteiligungen müssen in einem Zusammenhang mit dem Hauptzweck der Muttergesellschaft stehen; sie müssen mit dem wichtigen Landesinteresse bezüglich der unmittelbaren Landesbeteiligung (Muttergesellschaft) konform gehen.
- Das mit der mittelbaren Beteiligung verbundene Risiko muss größenordnungsmäßig überschaubar sein und in angemessenem Verhältnis zum angestrebten Erfolg und zu den Kapitalverhältnissen des Unternehmens stehen; das Engagement muss betriebswirtschaftlich sinnvoll sein.

Bezogen auf die mittelbaren Beteiligungen des Landes, wird die Mehrzahl von nur wenigen Unternehmen – u.a. Berlin Brandenburg Flughafen Holding GmbH (BBF) und InvestitionsBank des Landes Brandenburg – gehalten. Für das Eingehen einer Beteiligung können eine Vielzahl von unterschiedlichen Gründe bestehen. Bei der BBF handelt es sich um eine Holding, unter deren Dach insbesondere die beiden operativen Flughafenbetriebsgesellschaften geführt werden. Bei der ILB werden z.B. vom gesetzlichen Auftrag als Strukturbank umfasste, aber nicht in die Organisationsform als Bank integrierbare Aufgaben durch Beteiligungsunternehmen erfüllt.

Die Beteiligungen der mittelbaren Beteiligungsunternehmen – mittelbare Beteiligungen zweiten Grades - werden nicht im Beteiligungsbericht aufgeführt. Eine solche Darstellung der mittelbaren Beteiligungen auf Enkel- oder gar Urenkelebene ist in Anbetracht des vergleichsweise kleinen Beteiligungsportfolios des Landes nicht erforderlich; sie findet sich auch nicht in der Mehrzahl der Beteiligungsberichte der anderen Länder. Nur in wenigen Beteiligungsberichten – regelmäßig bei sehr großen Beteiligungsportfolios (z.B. Bund, HH, BY) - werden auch mittelbare Beteiligungen 2. Grades zumindest in Übersichten erfasst; hierbei bildet jedoch regelmäßig eine Beteiligungsquote von 25 v.H. die Untergrenze.

Informationen zum Unternehmensgegenstand und den Kennzahlen der mittelbaren Beteiligungen enthält Teil 2 des Berichts.

1.6. Kennzahlen im Überblick

Stammkapital

Der Anteil des Landes am Stammkapital der unmittelbaren Beteiligungsunternehmen¹ betrug zum 31.12.2000 rd. 290,3 Mio DM.

Das Stammkapital der Gesellschaften² mit Sitz im Land Brandenburg betrug zum 31.12.2000 rd. 810 Mio DM.

Bilanzsumme

Die Bilanzsumme der unmittelbaren Beteiligungsunternehmen³ belief sich zum 31.12.2000 auf rd. 21.869,3 Mio DM und lag damit um rd. 4.093,2 Mio DM höher als zum 31.12.1998.

Beschäftigte

Im Geschäftsjahr 2000 beschäftigten die in Brandenburg ansässigen unmittelbaren landesbeteiligten Unternehmen (einschließlich Berlin Brandenburg Flughafen Holding GmbH) insgesamt **4.423** Mitarbeiter.

Die landesbeteiligten Unternehmen haben – teilweise über den eigenen Bedarf hinausgehend – auch in 2000 insgesamt 364 Ausbildungsplätze geschaffen, um einen Beitrag zur Lösung der schwierigen Ausbildungsplatzsituation zu leisten.

¹ Ohne Kreditanstalt für Wiederaufbau, Polnisch-Deutsche Wirtschaftsförderungsgesellschaft AG, Wohnungsbaugenossenschaften sowie ohne Gesellschaften in Liquidation im Jahr 2000.

² Ohne Gesellschaften in Liquidation im Jahr 2000.

³ Ohne Kreditanstalt für Wiederaufbau, Polnisch-Deutsche Wirtschaftsförderungsgesellschaft AG, Berlin Brandenburg Flughafen Holding GmbH, Wohnungsbaugenossenschaften sowie ohne Gesellschaften in Liquidation im Jahr 2000.

TEIL 2

Einzeldarstellungen der unmittelbaren Beteiligungen des Landes

2.0. Allgemeine Erläuterungen

Der folgende Textteil enthält Einzelbeiträge über die wichtigsten unmittelbaren Beteiligungen des Landes Brandenburg an Unternehmen des privaten und des öffentlichen Rechts mit Angabe von Kennzahlen aus den Jahresabschlüssen zum 31.12.1999 und zum 31.12.2000 (Tätigkeitsbereiche, wichtiges Landesinteresse, wirtschaftliche Entwicklung, Zusammensetzung der Gesellschaftsorgane).

Die angegebenen Kennzahlen aus den Jahresabschlüssen sind in einzelnen Fällen vorläufig, soweit die Feststellung der Jahresabschlüsse noch nicht erfolgt ist. Die Angaben zur Zusammensetzung der Vorstände bzw. der Geschäftsführungen und Aufsichtsräte entsprechen dem Stand zum **31.07.2002 (Redaktionsschluss)**; soweit sich in den Berichtsjahren 1999/2000 oder bis zum Redaktionsschluss Veränderungen ergeben haben, sind diese mit Datumsangabe kenntlich gemacht.

Das Vorliegen – und der Fortbestand – des wichtigen Landesinteresses gemäß § 65 Absatz 1 LHO, ob der mit der Beteiligung angestrebte Zweck sich nicht besser und wirtschaftlicher auf andere Weise verwirklichen lässt, ist auf der Grundlage der durch die fachlich zuständigen Ministerien übermittelten Begründungen geprüft worden.

2.1.1. **FWU Institut für Film und Bild in Wissenschaft und Unterricht gemeinnützige GmbH**
Bavariafilmplatz 3
82031 Grünwald
Tel.: 089/6497-1
Fax : 089/6497-300
http://www.fwu.de
e-mail: Info-fwu@t-online.de



Gründungsdatum: 06.03.1950

Eintritt des Landes Brandenburg: 09.12.1992

Gegenstand des Unternehmens

Herstellung audiovisueller Medien und Förderung ihrer Verwendung als Lehr- und Lernmittel in Bildung, Erziehung und Wissenschaft. Dazu gehört auch die Beratung bei der Entwicklung und Beschaffung geeigneter Geräte.

Gründe für die Beteiligung (§ 65 Absatz 1 Nr. 1 LHO)

Die FWU ist eine Gesellschaft, an der alle Bundesländer mit gleichen Anteilen beteiligt sind. Sie stellt den Bildungseinrichtungen auch im Land Brandenburg unter Verzicht auf Gewinnorientierung lehrplanbezogene und didaktisch aufbereitete Medien zur Verfügung und leistet mediendidaktische und technische Grundlagenarbeiten sowie Beratungs- und Fortbildungsarbeit. Ein anderes Angebot an kostengünstigen, vornehmlich über ein Verleihsystem angebotenen Lehrmitteln vergleichbarer Qualität besteht nicht, Eigenproduktionen der Länder wären nicht finanzierbar.

Das wichtige Landesinteresse an der Beteiligung besteht daher fort; der angestrebte Zweck lässt sich nicht besser und wirtschaftlicher auf andere Weise verwirklichen, insbesondere setzt die Nutzung der Leistungen der FWU den Gesellschafterstatus voraus.

<u>Stammkapital</u>	TDM	v.H.
Insgesamt	320,0	100,00
<u>davon:</u>		
Land Brandenburg	20,0	6,25
Übrige Bundesländer (je 20 TDM)	300,0	93,75

<u>Kennzahlen</u>	1999	2000
	TDM	TDM
Anlagevermögen	4.529,8	4.252,7
Eigenkapital	263,2	392,4
Bilanzsumme	6.918,7	5.871,9
Umsatzerlöse	10.533,6	9.943,7
Erhaltene Zuwendungen insgesamt	2.188,7	2.682,2
davon: Institutionelle Förderung	850,0	1.644,0
Projektförderung	1.338,7	1.038,2
Personalaufwand (einschließlich Sozialabgaben)	6.672,7	6.225,1
Jahresergebnis	- 56,8	72,4
Mitarbeiter (einschließlich Geschäftsführung)	62	59
Auszubildende	0	0

Kurze Darstellung der Geschäftstätigkeit

Im Jahr 2000 zeigte sich die Situation der FWU gefestigt. Die Qualität der Produkte ist im Bildungsbereich anerkannt; das Angebot umfasst dabei auch innovative Produkte in den Medienarten CD-ROM und DVD-Video.

Die Zusammenarbeit mit staatlichen und kommunalen Medienzentren wurde weiter intensiviert. Infolge von Einsparungs- und Rationalisierungsmaßnahmen sind eine Reihe von Bildstellen und Medienzentren geschlossen worden. Der Umsatzrückgang gegenüber dem Jahr 1999 um 5,6 v.H. ist auch unter diesem Aspekt zu sehen.

Das größte Wachstum verzeichnet die im Herbst 1999 für den Bildungsmarkt erschlossene Medienart DVD-Video. Mit Hilfe eines "Einsteigerpaketes", das neben DVD-Titeln auch ein Abspiel- bzw. Projektionsgerät enthält, konnte der Umsatz hier um 1,3 Mio DM auf 1,6 Mio DM gesteigert werden.

Den bildungspolitischen Intentionen der Länder entsprechend hat die FWU zunehmend auch unterrichtsrelevante Computersoftware in ihr Angebot aufgenommen.

Beteiligungen

Die Gesellschaft hält keine Beteiligungen.

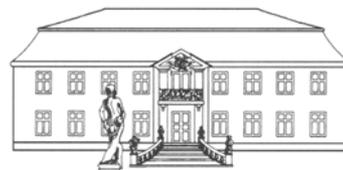
Geschäftsführung

Dr. Uwe L. Haass	(Direktor)
Manfred Gaibinger	(Stellvertretender Geschäftsführer)

Aufsichtsrat

Vorsitzender	Stegmüller, Manfred	Direktor der Bayerischen Landesbodenkreditanstalt für das Bayerische Staatsministerium der Finanzen, München
Stv. Vorsitzender	Meyer-Bahlburg, Hartwig, Dr.	Präsident des Landesamtes zur Regelung offener Vermögensfragen für das Finanzministerium Mecklenburg-Vorpommern, Schwerin
	Fedke, Hubertus	Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport, Berlin
	Happold, Klaus	Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg, Stuttgart
	Hoffmeister, Klaus	Niedersächsisches Finanzministerium, Hannover
	Kindervater, Christina, Dr.	Thüringer Kultusministerium, Erfurt
	Klopsch, Norbert (seit 15.11.2001)	Finanzbehörde der Freien und Hansestadt Hamburg
	Lehnart, Joachim	Hessisches Kultusministerium, Wiesbaden
	Steffen, Gerd-Rüdiger, Dr. (bis 30.09.2001)	Ministerium für Finanzen und Energie Schleswig-Holstein, Kiel

**2.2.1. Brandenburgische Schlösser GmbH
Gemeinnützige Betriebsgesellschaft
Breite Straße 9
14467 Potsdam
Tel.: 0331/27 91 50
Fax: 0331/2 79 15 94
<http://www.schloesser-gmbh.de>
e-mail: info@schloesser-gmbh.de**



BRANDENBURGISCHE SCHLÖSSER GmbH
GEMEINNÜTZIGE BETRIEBSGESELLSCHAFT

Gründungsdatum: 09.12.1992

Gegenstand des Unternehmens

Förderung der Denkmalpflege, insbesondere durch Wiederherstellung, Erhaltung, Pflege und eine den anerkannten Kriterien der Denkmalpflege entsprechende Nutzung Brandenburgischer Schlösser, Herrenhäuser, Parks und Gärten in enger Abstimmung mit den Denkmalschutzbehörden des Landes Brandenburg.

Gründe für die Beteiligung (§ 65 Absatz 1 Nr. 1 LHO)

Das Landschafts- und Ortsbild in Brandenburg wird ganz wesentlich durch die mehr als 500 Schlösser, Herrenhäuser, Burgen und Gärten geprägt. Mit der Einrichtung der Gesellschaft wurde ein Instrument geschaffen, diese bedeutenden märkischen Kulturgüter unterhalb der Kategorie der kurbrandenburgischen und preußischen Königsschlösser zu erhalten.

An dem von der Gesellschaft betriebenen Erhalt und der Wiederherstellung bedeutender Kulturgüter besteht nach wie vor ein wichtiges Landesinteresse. Die Deutsche Stiftung Denkmalschutz leistet als Mitgesellschafterin neben ihrer fachlichen Unterstützung, gleichermaßen wie das Land, einen jährlichen Beitrag zur Finanzierung der Gesellschaft; sie finanziert ferner alle Aufwendungen, die aus der Verwaltung und dem Betrieb der Gesellschaft entstehen.

Das wichtige Landesinteresse an der Beteiligung besteht fort. Der angestrebte Zweck lässt sich nicht besser und wirtschaftlicher auf andere Weise verwirklichen; nur über die institutionelle Form der GmbH unter gesellschaftsrechtlicher Beteiligung des Landes konnte die Deutsche Stiftung für Denkmalschutz als maßgeblicher Mitfinanzier für diese denkmalpflegerisch bedeutsame Aufgabe gewonnen werden.

<u>Stammkapital</u>	TDM	v.H.
Insgesamt	250,0	100,00
<u>davon:</u>		
Land Brandenburg	125,0	50,00
Deutsche Stiftung Denkmalschutz, Bonn	125,0	50,00

<u>Kennzahlen</u>	1999	2000
	TDM	TDM
Anlagevermögen	35.152,5	39.724,7
Eigenkapital	56.849,1	61.068,0
Bilanzsumme	57.563,3	61.752,6
Umsatzerlöse aus Vermietung	209,7	229,3
Sonstige betriebliche Erträge	146,9	357,2
Personalaufwand (einschließlich Sozialabgaben)	902,4	881,1
Jahresergebnis	10.711,0	4.218,9
Mitarbeiter (einschließlich Geschäftsführung)	16	16
Auszubildende	0	0

Kurze Darstellung der Geschäftstätigkeit

In den Jahren 1999/2000 wurden die Sanierungs- bzw. Notsicherungsmaßnahmen an den Brandenburgischen Schlössern Altdöbern, Demerthin, Diedersdorf, Doberlug, Fürstlich Drehna, Großkmehlen, Groß Rietz, Lieberose, Martinskirchen, Reckahn und Steinhöfel begonnen bzw. fortgesetzt. Das Schloss Großkmehlen mit Jägerhaus und der Siedlerhof in Fürstlich Drehna sind im Jahr 2000 in das Eigentum der Brandenburgischen Schlösser GmbH übergegangen.

Im Juli 2000 wurde das Gärtneriehaus Fürstlich Drehna an die Verwaltung des "Naturpark Niederlausitzer Landrücken" übergeben.

Beteiligungen

Die Gesellschaft hält keine Beteiligungen.

Geschäftsführung

Dr. Wolfgang Illert

Aufsichtsrat

Vorsitzender	Ruhnau, Heinz, Prof.	Staatssekretär a. D., Bonn
Stv. Vorsitzender	Pohl, Karl Wilhelm, Dr.	Rechtsanwalt, Vorstandsmitglied Deutsche Stiftung Denkmalschutz, Bonn
	Kiesow, Gottfried, Prof. Dr. (bis 12.04.2000)	Vorstandsvorsitzender der Deutschen Stiftung Denkmalschutz, Bonn
	Eichhorn, Gerhard	Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, Berlin
	Hager, Ulrich	Ministerium für Wirtschaft des Landes Brandenburg, Potsdam
	Neufeldt, Wilhelm, Dr. (bis 31.12.2001)	Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg, Potsdam
	Redlich, Jörg	Ministerium der Finanzen des Landes Brandenburg, Potsdam
	Wanka, Johanna, Prof. Dr. (seit 26.03.2002)	Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg, Potsdam
	Wilcken, Rosemarie, Dr. (seit 20.11.2000)	Bürgermeisterin der Hansestadt Wismar

2.2.2. HIS Hochschul-Informationssystem GmbH
Goseriede 9
30159 Hannover
Tel.: 0511/ 1220-0
Fax : 0511/ 1220-250
<http://www.his.de>
e-mail: ederleh@his.de



Gründungsdatum: 01.04.1969

Eintritt des Landes Brandenburg: 11.12.1991

Gegenstand des Unternehmens

Unterstützung der Hochschulen und der zuständigen Verwaltungen in ihrem Bemühen um eine rationelle und wirtschaftliche Erfüllung der Hochschulaufgaben durch

- a) *Entwicklung von Verfahren zur Rationalisierung der Hochschulverwaltung sowie Mitwirkung bei deren Einführung und Anwendung,*
- b) *Untersuchungen und Gutachten zur Schaffung von Entscheidungsgrundlagen,*
- c) *Entwicklung von Grundlagen für den Hochschulbau,*
- d) *Bereitstellung von Informationen und Organisation von Informationsaustausch.*

Gründe für die Beteiligung (§ 65 Absatz 1 Nr. 1 LHO)

Die HIS GmbH ist eine Gesellschaft in gemeinschaftlicher Trägerschaft des Bundes und aller Bundesländer. Sie stellt den Hochschulen wichtige EDV-Unterstützung für Verwaltungsverfahren zur Verfügung, sorgt in diesem Bereich für Aktualisierungen und Anpassungen und veranstaltet Schulungen. Für das Land sind die sozialwissenschaftlichen Untersuchungen der HIS - z.B. die regelmäßige Sozialerhebung - von großer Bedeutung für die Hochschulplanung; wichtige Entscheidungsgrundlagen bieten zudem die Untersuchungen der Gesellschaft zur Hochschulsteuerung und -finanzierung sowie zu Ausstattungsstandards, auch im Baubereich.

An der Beteiligung besteht damit weiterhin ein wichtiges Landesinteresse. Für die Wahrnehmung der Aufgabe, in gemeinsamer Trägerschaft von Bund und Ländern Serviceleistungen im Bereich der Gemeinschaftsaufgaben nach Art. 91a und 91 b des Grundgesetzes zu erbringen, ist eine bessere und wirtschaftlichere Organisationsform als die HIS GmbH nicht ersichtlich.

<u>Stammkapital</u>	T€¹⁾ / TDM	v.H.
Insgesamt	49,2 ¹⁾ / 96,0	100,00
<u>davon:</u>		
Bundesrepublik Deutschland	16,4 ¹⁾ / 32,0	33,33
Land Brandenburg	2,05 ¹⁾ / 4,0	4,17
Übrige Bundesländer (je 2,05 € / 4TDM)	30,8 ¹⁾ / 60,0	62,50

1) Durch Neufassung des Gesellschaftsvertrages am 15.12.2000 wurde eine Umstellung von DM auf € vorgenommen.

<u>Kennzahlen</u>	1999	2000
	TDM	TDM
Anlagevermögen	1.305,9	1.417,9
Eigenkapital	96,0	96,0
Bilanzsumme	5.988,9	6.774,9
Erträge aus Zuwendungen und Zuschüssen	19.416,2	20.116,2
davon: Institutionelle Förderung	15.050,9	15.562,0
Projektförderung	4.365,3	4.554,2
Personalaufwand (einschließlich Sozialabgaben)	15.488,4	16.066,0
Jahresergebnis	0	0
Mitarbeiter (einschließlich Geschäftsführung)	141	147
Auszubildende	0	0

Kurze Darstellung der Geschäftstätigkeit

Die HIS GmbH ist Hauptanbieter von spezialisierter Software und DV-Supportleistungen für Hochschulverwaltungen. Des Weiteren wurden Datenanalysen, Expertisen und gutachterliche Stellungnahmen auf der Basis von empirischen Erhebungen zu Fragen der Organisation von Studium und Lehre sowie Untersuchungen zur Hochschulsteuerung und -finanzierung durchgeführt, ferner Untersuchungen und Gutachten zu Fragen der Bedarfs-, Nutzungs- und Bauplanung sowie zu Arbeits- und Umweltschutz, zur techni-

schen Versorgung und hochschulverwaltungsbezogenen betriebswirtschaftlichen Fragestellungen.

Im Arbeitsfeld "Informationstechnologie für Hochschulverwaltungen" wurde die Weiterentwicklung einer neuen Generation von Client-Server-Anwendungen für Windows NT-Clients fortgeführt. Der Schwerpunkt der Entwicklungsaktivitäten im Softwarebereich lag in der Ergänzung der HIS-Module um Funktionalitäten, die deren Nutzung aus dem Internet oder Intranet heraus ermöglichen. In den Tätigkeitsfeldern außerhalb des Softwarebereichs haben Projektfragestellungen zur Thematik der Implementation von Globalhaushalten in Hochschulen und der Entwicklung von hochschulstandortübergreifenden Leistungskennzahlen sowie Liegenschafts- und Flächenmanagement weiterhin an Bedeutung gewonnen.

Der Geschäftsverlauf im Berichtszeitraum war wie in den Vorjahren dadurch gekennzeichnet, dass die Nachfrage nach HIS-Leistungen die finanzierungsbedingt nicht beliebig erweiterbaren Kapazitäten überstieg. Als Reaktion hierauf hat die Gesellschaft den Umfang der gegen Entgelt erbrachten Leistungen insbesondere im Bereich DV-Support weiter gesteigert. Die hieraus erwirtschafteten Erlöse belaufen sich auf mehr als 25 v.H. der vom Bund und der Länder gewährten institutionellen Förderung.

Beteiligungen

Die Gesellschaft hält keine Beteiligungen.

Geschäftsführung

Dr. Jürgen Ederleh

Aufsichtsrat

Vorsitzender	Timm, Jürgen, Prof. Dr.	Rektor der Universität Bremen
Stv. Vorsitzender	Palandt, Klaus, Dr.	Niedersächsisches Ministerium für Wissenschaft und Kultur, Hannover
	Beemelmans, Stéphane (seit 20.06.2001)	Sächsisches Staatsministerium der Finanzen, Dresden
	Christl, Walter (bis 29.03.2001)	Bayerisches Staatsministerium der Finanzen, München
	Datzer, Harald	Behörde für Wissenschaft und Forschung der Freien und Hansestadt Hamburg
	Giebeler, Ulrich, Dr.	Ministerium für Städtebau und Wohnen, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf

Klockner, Clemens, Prof. Dr.	Präsident der Fachhochschule Wiesbaden
Knauer, Dieter (seit 20.06.2001)	Bayerisches Staatsministerium der Finanzen, München
Letko, Gerold, Dr. (seit 20.06.2001)	Kultusministerium des Landes Sachsen- Anhalt, Magdeburg
Lömker, Klaus	Bundesministerium für Bildung und Forschung, Bonn
Helm, Christoph, Dr. (bis 10.05.2001)	Kultusministerium des Landes Sachsen- Anhalt, Magdeburg
Rubin, Helmut	Finanzministerium des Landes Nordrhein- Westfalen, Düsseldorf
Wolff, Herbert (bis 31.03.2001)	Sächsisches Staatsministerium der Finanzen, Dresden

**2.2.3. IHP GmbH - Innovations for
High Performance Microelectronics /
Institut für innovative Mikroelektronik
Im Technologiepark 25
15236 Frankfurt (Oder)
Tel.: 0335/56 25-0
Fax: 0335/56 25-300
<http://www.ihp-microelectronics.com>
e-mail: ihp@ihp-microelectronics.com**



innovations
for high
performance

microelectronics

Gründungsdatum: 20.12.1991

Gegenstand des Unternehmens

Forschung und Entwicklung auf dem Gebiet der Mikroelektronik und Informationstechnologie, insbesondere zur Förderung der Innovation bei Hochtechnologien. Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich zivile und unmittelbar gemeinnützige, insbesondere wissenschaftliche Zwecke.

Gründe für die Beteiligung (§ 65 Absatz 1 Nr. 1 LHO)

Die IHP ist eine in der Rechtsform der GmbH gegründete Forschungseinrichtung der Wissenschaftsgemeinschaft W. G. Leibniz ("Blaue Liste"), die auf der Grundlage der Rahmenvereinbarung zwischen Bund und Ländern über die gemeinsame Forschung nach Art. 91 b Grundgesetz in Verbindung mit der Ausführungsvereinbarung zur Rahmenvereinbarung Forschungsförderung über die gemeinsame Förderung von Einrichtungen der wissenschaftlichen Forschung institutionell vom Bund, dem Land Brandenburg und den anderen Bundesländern gefördert wird.

Die Gesellschaft betreibt am Hochtechnologiestandort Frankfurt (Oder) Forschung in der besonderen Verbindung von wissenschaftlicher Grundlagenarbeit, Technologie und Anwendung; sie arbeitet eng mit wissenschaftlichen Einrichtungen, insbesondere der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus, und mit Wirtschaftsunternehmen zusammen. An dieser Tätigkeit besteht ein gewichtiges forschungs- sowie auch ein wirtschaftspolitisches Interesse des Landes. Mit ihrer überregionalen Ausrichtung hat die Gesellschaft eine große Bedeutung für die Entwicklung der Region.

Das wichtige Landesinteresse an der Beteiligung besteht damit fort. Der angestrebte Zweck lässt sich nicht besser und wirtschaftlicher erreichen: Die Rechtsform der GmbH bietet die Grundlage für institutionelle Kooperationen auch mit Wirtschaftsunternehmen. Bei der IHP als gemeinnützige Einrichtung und Mitglied der WGL besteht zu der gesellschaftsrechtlichen Trägerschaft des Landes derzeit keine Alternative.

<u>Stammkapital</u>	T€¹⁾ / TDM	v.H.
Insgesamt	26,0 ¹⁾ / 50,9	100,00
<u>davon:</u>		
Land Brandenburg	26,0 ¹⁾ / 50,9	100,00

1) Durch Neufassung des Gesellschaftsvertrages vom 13.04.2000 wurde eine Umstellung von DM auf Euro vorgenommen.

<u>Kennzahlen</u>	1999	2000
	TDM	TDM
Anlagevermögen	153.701,7	145.397,5
Eigenkapital	59,0	5.860,6
Bilanzsumme	208.519,1	173.624,3
Umsatzerlöse (aus Forschung und Entwicklung)	2.446,3	1.036,3
Erhaltene Zuwendungen insgesamt	128.633,0	63.783,0
davon: Institutionelle Förderung	28.484,0	48.005,0
Projektförderung	100.149,0	15.778,0
Personalaufwand (einschließlich Sozialabgaben)	15.118,5	15.275,6
Jahresergebnis	1,1	5.800,8
Mitarbeiter ¹ (einschließlich Geschäftsführung)	180	188
darunter: Auszubildende	10	12

¹ Einschließlich Drittmittelpersonal und ABM-Mitarbeiter

Kurze Darstellung der Geschäftstätigkeit

Die Gesellschaft beschäftigt sich mit der anwendungsbezogenen Grundlagenforschung auf dem Gebiet der Mikroelektronik, insbesondere der systemorientierten Erweiterung der Siliziumtechnologie. Mit dem Ziel der zeitnahen Einführung seiner Forschungsergebnisse in den Markt und größerer Marktnähe der Forschungstätigkeit des Institutes sind auch Kooperationsprojekte mit Unternehmen begründet worden. Die Forschungs- und Entwicklungsarbeiten werden, vorwiegend grundfinanziert (Bund-/Länderfinanzierung), nach

einem wissenschaftlichen Arbeitsprogramm geführt und durch zeitlich befristete Drittmittelprojekte ergänzt. Sie sind auf Innovationen zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes Brandenburg und des Standortes Deutschland insgesamt ausgerichtet. Hauptarbeitsrichtung sind innovative Systemlösungen für drahtlose Kommunikation und Networking, die aus der Synergie zwischen den Forschungsgebieten Materialforschung, Prozesstechnologie, Schaltkreisentwurf und Systeme erwachsen.

Forschungsschwerpunkte 1999/2000 waren:

- Entwicklung innovativer CMOS-kompatibler Prozessmodule mit deutlicher Wertsteigerung (z.B. Integration eines SiGeC-HBT-Moduls in CMOS) für Anwendungen in der drahtlosen Kommunikation
- Etablierung einer stabilen Basistechnologie als Grundlage für innovative Schaltkreis- und Technologieentwicklungen
- Bereitstellung der entwickelten Technologie für nationale und internationale Partner
- Entwicklung innovativer Lösungen für integrierte Schaltungen in der drahtlosen Kommunikation (z.B. Einchiplösungen für Transceiver durch Integration aller HF-Komponenten einschließlich der passiven induktiven Komponenten)
- Entwicklung von HF-Schaltungen für komplette Systemlösungen in der drahtlosen Kommunikation (z.B. Single-Chip Wireless Engine)
- Entwicklung neuer Systemarchitekturen für drahtlose Kommunikation (z.B. Broadband Wireless Internet)
- Nutzung der Innovation auf Technologie- und Schaltungsebene für Systemlösungen (z.B. SiGeC-basierte Lösungen für Broadband Wireless Internet)
- Halbleiterphysikalische und -technologische Grundlagen zu siliziumbasierenden Materialsystemen (Si, Si-Ge, SiGeC)
- Mitwirkung an Verbund-Projekten (LOTUS, INTAS, WINEGLASS, u. a.)

Beteiligungen

Die IHP GmbH hält folgende Beteiligungen:

1. lesswire Aktiengesellschaft

Sitz des Unternehmens: Frankfurt (Oder)

Gegenstand des Unternehmens: Entwicklung und Vermarktung von Systemen der drahtlosen Kommunikation.

<u>Stammkapital</u>	TDM	v.H.
Insgesamt	195,0	100,00
<u>davon:</u>		
IHP GmbH	49,0	25,10
ATAMA	41,0	20,90
Dr. Meyfarth	24,0	12,30
Übrige	81,0	41,7

<u>Kennzahlen</u>	1999	2000
	TDM	TDM
Anlagevermögen	329,2	597,7
Eigenkapital	80,3	167,0
Bilanzsumme	1.584,6	1.839,5
Umsatzerlöse	800,0	1.350,0
Personalaufwand (einschließlich Sozialabgaben)	529,2	1.555,7
Jahresergebnis	- 17,5	- 1.003,8
Mitarbeiter (einschließlich Geschäftsführung)	14	33
Auszubildende	0	0

2. Communicant Semiconductor Technologies AG

Seit dem 30. August 2001 ist IHP zu 35 v. H. am Grundkapital der Communicant Semiconductor Technologies AG beteiligt. Communicant als neues Unternehmen im Halbleitermarkt ist fokussiert auf drahtlose und Breitbandkommunikation gestützt durch eine führende CMOS-Basistechnologie.

Geschäftsführung der IHP GmbH

Prof. Dr. Abbas Ourmazd

Franz Weini

Aufsichtsrat

Vorsitzender	Helm, Christoph, Dr. (seit 20.12.2000)	Staatssekretär im Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg, Potsdam
	Kleinhans, Ursula, Dr. (bis 19.12.2000)	Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg, Potsdam
Stv. Vorsitzender	Dudenhausen, Wolf-Dieter, Dr. (seit 02.02.2001)	Bundesministerium für Bildung und Forschung, Bonn
	Dietrich, Manfred, Dr. (bis 02.02.2001)	Bundesministerium für Bildung und Forschung, Bonn

Cergel, Lubomir, Dr. (seit 13.04.2000 bis 21.03.2001)	Technology Strategy Europe, Motorola SPS, Genf
Feiler, Klaus	Ministerium der Finanzen des Landes Brandenburg, Potsdam
Knorr, Jürgen, Dr. (bis 12.04.2000)	MEDEA, München
Richter, Harald, Dr.	IHP GmbH, Frankfurt (Oder)
Scheffler, Matthias, Prof. Dr. (seit 13.04.2000)	Fritz-Haber-Institut der Max-Planck- Gesellschaft, Berlin
Sigmund, Ernst, Prof. Dr.	Rektor der Brandenburgischen Technischen Universität, Cottbus
Weinberger, Günter (seit 13.04.2000 bis 21.03.2001)	Infineon Technologies AG, München
Winkler, Wolfgang, Dr.	IHP GmbH, Frankfurt (Oder)

2.2.4. GKSS-Forschungszentrum Geesthacht GmbH
Max-Planck-Straße
21502 Geesthacht
Tel.: 04152/87-0
Fax: 04152/87-1403
<http://www.gkss.de>



Außenstelle Teltow:
Kantstraße 55
14513 Teltow

Gründungsdatum: 18.04.1956

Eintritt des Landes Brandenburg: 01.01.1998

Gegenstand des Unternehmens

Forschung und Entwicklung

- 1. zur Nutzung der Kernenergie, einschließlich der Weiterentwicklung des Kernenergie-Schiffsantriebs,*
- 2. zur Nutzung des Meeres und der Küsten,*
- 3. auf anderen Gebieten der Naturwissenschaft und der Technik.*

Forschungsschwerpunkte dabei sind die Umweltforschung, die Materialforschung und die Trenn- und Umwelttechnik. Bei der Durchführung ihrer Aufgaben arbeitet die Gesellschaft mit den norddeutschen Hochschulen und wissenschaftlichen Instituten eng zusammen. Die Gesellschaft verfolgt nur friedliche Zwecke.

Gründe für die Beteiligung (§ 65 Absatz 1 Nr. 1 LHO)

Das GKSS-Forschungszentrum ist eines der im Helmholtz-Gemeinschaft Deutscher Forschungszentren e.V. (HGF) zusammengeschlossenen nationalen Forschungseinrichtungen. Unter Einsatz von Großgeräten werden Beiträge zur Grundlagenforschung, zu Langzeitprogrammen, Schlüsseltechnologien und zur Vorsorgeforschung geleistet. Die Arbeiten tragen dazu bei, den Wirtschaftsstandort Deutschland zu sichern und dabei ein Zusammenspiel von Ökologie und Ökonomie zu erreichen.

Seit dem 01.01.1992 gehört die Arbeitsgruppe für Membranforschung in Teltow-Seehof als Außenstelle zur GKSS. Die Abteilung Membranforschung bearbeitet wichtige, auch industrierelevante Themen auf dem Gebiet der Trenn- und Umwelttechnik, die in das Gesamtkonzept der GKSS eingebunden sind.

Durch die in 1998 eingegangene Beteiligung an der GKSS konnte der Bestand der Arbeitsgruppe Teltow-Seehof gesichert werden. Die Kooperationsbeziehungen der Gesellschaft mit wissenschaftlichen Einrichtungen und Wirtschaftsunternehmen wirkt sich bei Einrichtungen und Unternehmen im Land Brandenburg insgesamt positiv aus.

Am Bestand des Forschungsstandortes Teltow besteht - nach wie vor - ein wichtiges Landesinteresse. Der angestrebte Zweck lässt sich nicht besser und wirtschaftlicher auf andere Weise erreichen: Es war der ausdrückliche Wunsch der Mitgesellschafter, dass sich das Land Brandenburg im Zuge der Integration der Arbeitsgruppe in Teltow auch gesellschaftsrechtlich an der GKSS beteiligt. Als Mitgesellschafter hat das Land im Übrigen ein Mitspracherecht bei der zukünftigen Gestaltung der Forschungstätigkeit der GKSS.

<u>Stammkapital</u>	TDM	v.H.
Insgesamt	80,0	100,00
<u>Davon:</u>		
Bundesrepublik Deutschland	37,0	46,25
Land Brandenburg	0,5	0,63
Land Niedersachsen	0,5	0,63
Freie und Hansestadt Hamburg	1,0	1,25
Land Schleswig-Holstein	2,0	2,50
Verein der Freunde und Förderer der GKSS e.V.	15,0	18,75
übrige Gesellschafter (22 Firmen und Verbände)	24,0	30,00

<u>Kennzahlen</u>	1999	2000
	TDM	TDM
Anlagevermögen	99.964,7	101.599,1
Eigenkapital	80,0	80,0
Bilanzsumme	409.332,4	432.682,5
Erträge aus Zuschüssen insgesamt	154.846,3	144.800,7
Erlöse und andere Erträge	11.132,0	16.876,2
Personalaufwand (einschließlich Sozialabgaben)	63.301,8	69.830,8
Jahresergebnis	0,0	0,0
Mitarbeiter (einschließlich Geschäftsführung)	695	728
darunter: Auszubildende	42	42

Kurze Darstellung der Geschäftstätigkeit

Das Forschungs- und Entwicklungsprogramm der GKSS konzentriert sich auf drei Forschungsprogrammschwerpunkte:

- Leichtbau in der Verkehrs- und Energietechnik
- Membranen für die Prozess- und Bio-/Medizintechnik
- Lebensraum Küste

und das strategische Projekt GeNF/TESLA.

Mit dem Programmschwerpunkt "Membranen für die Prozess- und Bio-/Medizintechnik" bearbeitet die GKSS im Bereich "Schlüsseltechnologien" ein material- und prozessorientiertes Innovationsfeld, das sowohl im Bereich der Chemie als auch im Bereich der Umwelttechnik eine bedeutende Rolle für die Standortsicherung und die technologische Führungsposition der Forschung und Industrie einnimmt.

Beteiligungen

Die GKSS-Forschungszentrum Geesthacht GmbH hält folgende Beteiligungen:

1. Deutsches Klimarechenzentrum GmbH (DKRZ)

Sitz des Unternehmens: Hamburg

Gegenstand des Unternehmens: Ausbau und Betrieb eines Klimarechenzentrums für Zwecke der Grundlagenforschung und der angewandten Forschung in der Klimatologie und den mit der Klimatologie unmittelbar verwandten Disziplinen.

<u>Stammkapital</u>	TDM	v.H.
Insgesamt	110,0	100,00
<u>davon:</u>		
GKSS Forschungszentrum Geesthacht GmbH	10,0	9,09
Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaft e. V.	60,0	54,55
Freie und Hansestadt Hamburg	30,00	27,27
Alfred-Wegener-Institut für Polar- und Meeresforschung	10,0	9,09

<u>Kennzahlen</u>	1999	2000
	TDM	TDM
Anlagevermögen	1.964,3	1.425,9
Eigenkapital	2.698,9	2.288,9
Bilanzsumme	4.047,1	2.934,9
Erlöse und andere Erträge	9.855,9	7.290,9
Personalaufwand (einschließlich Sozialabgaben)	4.092,8	2.251,8
Jahresergebnis	-698,8	410,0
Mitarbeiter (einschließlich Geschäftsführung)	46	46

2. Geesthachter Innovations- und Technologiezentrum GmbH (GITZ)

Sitz des Unternehmens: Geesthacht

Gegenstand des Unternehmens: Durch Stimulierung und Förderung von technologieorientierten Unternehmensgründungen und andere geeignete Maßnahmen sollen Impulse für eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung der Region gegeben werden.

<u>Stammkapital</u>	T€¹⁾ / TDM	v.H.
Insgesamt	1.020,0 ¹⁾ / 1.994,9	100,00
<u>davon:</u>		
GKSS Forschungszentrum Geesthacht GmbH	204,0 ¹⁾ / 399,0	20,00
Wirtschaftsförderungsgesellschaft im Kreis Herzogtum Lauenburg	316,2 ¹⁾ / 618,4	31,00
Kreissparkasse Herzogtum Lauenburg	214,2 ¹⁾ / 418,9	21,00
Stadt Geesthacht	204,0 ¹⁾ / 399,0	20,00
Industrie- und Handelskammer Lübeck	51,0 ¹⁾ / 99,8	5,00
Dresdner Bank	30,6 ¹⁾ / 59,8	3,00

1) Das Stammkapital wurde gem. Satzung bei der Gründung bereits in Euro ausgewiesen.

<u>Kennzahlen</u>	1999	2000
	Rumpfge- schäftsjahr	
	TDM	TDM
Anlagevermögen	0	2.261,0
Eigenkapital	1.988,2	1.985,1
Bilanzsumme	1.990,6	4.899,6
Umsatzerlöse	0	0
Personalaufwand (einschließlich Sozialabgaben)	0	47,4
Jahresergebnis	-6,8	-1,1

Geschäftsführung der GKSS-Forschungszentrum Geesthacht GmbH

Dr. Günter von Sengbusch

Dr. Wolfgang Jäger
(seit 01.06.2002)

Christian Scherf
(bis 31.05.2002)

Aufsichtsrat

Vorsitzender	Uhlhorn, Christian D., Dr. (seit 12.06.2002)	Bundesministerium für Bildung und Forschung, Bonn
	Ziegler, Hansvolker (seit 22.05.2000 bis 12.06.2002)	Bundesministerium für Bildung und Forschung, Bonn
Stv. Vorsitzender	Hendriks, Birger, Dr.	Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Schleswig-Holstein, Kiel
	Behling, Rolf-Dieter, Prof., Dr.	Gesellschaft zur Förderung des GKSS- Forschungszentrum e.V., Hamburg
	Borgschulte, Klaus, Dr.	Geschäftsführer der Thyssen-Umform- technik Turbinenkomponenten GmbH, Remscheid
	Brückner, Hans-Joachim (bis 27.06.2000)	Direktor bei der Dresdner Bank AG, Ham- burg

Deutschland, Peter	Vorsitzender DGB-Landesbezirk Nordmark, Hamburg
Dietrich, Rudolf-Adolf, Dr. (bis 28.06.2000)	GKSS-Forschungszentrum, Geesthacht
Flöser, Götz, Dr. (seit 30.05.2000)	GKSS-Forschungszentrum, Geesthacht
Holzwrath, Fritz, Dr.	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Bonn
Kleinhans, Ursula, Dr. (bis 29.01.2001)	Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg, Potsdam
Kollatschny, Axel, Dr.	Niedersächsisches Ministerium für Wissenschaft und Kultur, Hannover
Lehmann, Eike, Prof. Dr.	Mitglied des Vorstandes Germanischer Lloyd AG, Hamburg
Lübbert, Eckhard, Dr. (bis 04.04.2000)	Bundesministerium für Bildung und Forschung, Bonn
Meuser, Olaf (seit 27.06.2002)	Mitglied der Geschäftsführung der Deutschen Bank AG, Hamburg
Pistor, Konstanze (seit 08.06.2001)	Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg, Potsdam
Pfuff, Michael, Dr.	GKSS-Forschungszentrum, Geesthacht
Rebe, Bernd, Prof. Dr. (bis 28.06.2000)	Präsident der Technischen Universität Carola-Wilhelmina zu Braunschweig, Braunschweig
Roemer-Mähler, Jürgen, Dr.	Bundesministerium für Bildung und Forschung, Bonn
Scharnagl, Nico, Dr.	GKSS-Forschungszentrum, Geesthacht
Schneider, Gerhard	Behörde für Wissenschaft und Forschung der Freien und Hansestadt Hamburg
Teller, Nicholas (seit 08.06.2000 bis 12.06.2002)	Mitglied der Geschäftsleitung Commerzbank AG, Hamburg

**2.2.5 Kunst- und Ausstellungshalle
der Bundesrepublik Deutschland GmbH
Friedrich-Ebert-Allee 4
53113 Bonn
Tel.: 0228/ 91 71-0
Fax: 0228/23 41 54
<http://www.bundeskunsthalle.de>**



Kunst- und Ausstellungshalle der Bundesrepublik Deutschland

Gründungsdatum: 18.12.1989

Eintritt des Landes Brandenburg: 18.06.1998

Gegenstand des Unternehmens

Betreibung der Kunst- und Ausstellungshalle der Bundesrepublik Deutschland um geistige und kulturelle Entwicklungen von nationaler und internationaler Bedeutung sichtbar zu machen. Dies geschieht durch Ausstellungen, die von der Gesellschaft veranstaltet werden oder – auch im Austausch – übernommen werden sowie durch Vorträge, Diskussionen, Film- und Musikaufführungen und andere Präsentationen.

Gründe für die Beteiligung (§ 65 Absatz 1 Nr. 1 LHO)

An der Gesellschaft sind der Bund und alle Bundesländer als Gesellschafter beteiligt. Die Beteiligung eröffnet dem Land die Möglichkeit, sich in ein nationales - und auch international wirkendes - Forum für die Präsentation von Kultur der Bundesrepublik in ihrer föderalen Vielfalt einzubringen. Wegen der Kulturhoheit der Länder ist ihre Mitwirkung in der Gesellschaft von besonderer Bedeutung. Auch das Land Brandenburg kann so seine Erfahrungen - bereits in der Konzeptionsphase - in die Tätigkeit der Kunst- und Ausstellungshalle einbringen; andererseits sollen von der Tätigkeit der Gesellschaft auch Rückwirkungen auf die Präsentation von Kultur im Land ausgehen.

Das wichtige Landesinteresse an der Beteiligung besteht auch weiterhin. Der angestrebte Zweck lässt sich nicht besser und wirtschaftlicher auf andere Weise verwirklichen: Die Teilhabe an den Leistungen der Gesellschaft setzt den Gesellschafterstatus voraus. Die laufende Tätigkeit der Gesellschaft wird durch den Bund finanziert, das Land Brandenburg leistet keine Finanzierungsbeiträge.

<u>Stammkapital</u>	TDM	v.H.
Insgesamt	82,0	100,00
<u>davon:</u>		
Bundesrepublik Deutschland	50,0	60,98
Land Brandenburg	2,0	2,44
Übrige Bundesländer (je 2 TDM)	30,0	36,58

<u>Kennzahlen</u>	1999	2000
	TDM	TDM
Anlagevermögen	82,0	0,0
Gezeichnetes Kapital	82,0	82,0
Bilanzsumme	3.065,3	4.052,0
Umsatzerlöse	6.219,2	7.474,6
Erhaltene Zuwendungen insgesamt	34.689,1	29.540,0
Personalaufwand (einschließlich Sozialabgaben)	9.916,9	9.793,4
Jahresergebnis	0,0	-1.327,9
Mitarbeiter (einschließlich Geschäftsführung)	109	114
darunter: Auszubildende	10	9

Kurze Darstellung der Geschäftstätigkeit

Thematische Schwerpunkte der Tätigkeit der Gesellschaft sind Ausstellungen aus den Bereichen Kunst und Kultur, sowie Wissenschaft und Technik. Des Weiteren betreibt die Gesellschaft in ihren Räumen eine Bibliothek mit Schwerpunkt zum Themenbereich Ausstellung in Geschichte, Theorie und Praxis.

Im Geschäftsjahr 2000 lag der Schwerpunkt der Tätigkeit im Bereich der Vorbereitung und Durchführung von elf Ausstellungen. Neben den ausstellungsbegleitenden Programmen des Pädagogischen Dienstes der KAH wurde das Veranstaltungsprogramm um Gastspiele in den Bereichen Musik, Tanz, Theater, Medien und Fremdveranstaltungen von Politik, Wissenschaft und Verbänden erweitert.

Das Ausstellungsprogramm des Geschäftsjahres 1999 umfasste zwölf Ausstellungen, von denen acht in 1998 eröffnet wurden. Im Medienkunstraum wurden noch zwei Projekte durchgeführt. Der kontinuierliche Ausstellungsbetrieb in diesem Bereich mit wechselnden Projekten wurde im Jahr 2000 vorläufig aus Kostengründen eingestellt.

Beteiligungen

Die Gesellschaft hält keine Beteiligungen.

Geschäftsführung

Dr. Wenzel Jakob

Kuratorium

Vorsitzender	Nevermann, Knut, Dr.	Bundeskanzleramt, Berlin
Stv. Vorsitzender	Kral, Wolfgang	Ministerium für Städtebau und Wohnen, Kultur und Sport des Landes Nordrhein- Westfalen, Düsseldorf
	Amberg, Hellmuth, Dr. (bis 30.04.2001)	Bayerisches Staatsministerium für Unter- richt, Kultus, Wissenschaft und Kunst, München
	Beilfuß, Burkhard (seit 18.06.2002)	Beauftragter der Bundesregierung für Angelegenheiten der Kultur und der Medien, Bonn
	Carl, Rolf-Peter, Dr.	Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Schleswig-Holstein, Kiel
	Cronenberg, Martin (seit 18.12.2001)	Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, Berlin
	Dreßler, Hans-Heinrich, Dr.	Bundesministerium der Finanzen, Berlin
	Friedrich, Hans Rainer, Prof.	Bundesministerium für Bildung und Forschung, Berlin
	Gerber, Helmut, Dr. (bis 31.12.2000)	Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst des Landes Baden-Württem- berg, Stuttgart
	v. Halem, Gabriele, Dr. (seit 12.12.2000)	Auswärtiges Amt, Berlin
	Hammers-Strizek, Gisela (bis 18.12.2001)	Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, Berlin
	Henkel, Joachim, Dr.	Bundesministerium des Innern, Berlin
	Hünefeld, Hans-Wilhelm (bis 31.12.2000)	Beauftragter der Bundesregierung für Angelegenheiten der Kultur und der Medien, Bonn
	Jörn, Rüdiger (seit 01.12.2000 bis 18.12.2001)	Kulturbehörde der Freien und Hansestadt Hamburg
	Keller, Christoph (seit 01.01.2001 bis 18.12.2001)	Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst des Landes Baden-Württem- berg, Stuttgart

Kirn, Eckard, Dr.	Kultusministerium des Landes Sachsen-Anhalt, Magdeburg
Kisseler, Barbara	Niedersächsisches Ministerium für Wissenschaft und Kultur, Hannover
Knich-Walter, Helga (seit 18.06.2002)	Ministerium für Bildung, Kultur und Wissenschaft Saarland, Saarbrücken
Koch, Hans-Georg (seit 18.06.2002)	Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst des Landes Baden-Württemberg, Stuttgart
Köhler, Gerhard, Dr. (seit 01.01.2001) bis 18.06.2002)	Beauftragter der Bundesregierung für Angelegenheiten der Kultur und der Medien, Bonn
Krautzberger, Michael, Prof., Dr.	Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, Berlin
Lemcke, Enoch, Dr. (seit 31.08.2000)	Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Schwerin
Lettmann, Rolf, Dr. (bis 18.06.2002)	Thüringer Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur, Erfurt
Lorenz, Reiner (bis 31.12.2000)	Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Schwerin
Matheis, Christa (seit 01.10.2001) bis 18.06.2002)	Ministerium für Bildung, Kultur und Wissenschaft Saarland, Saarbrücken
Mehlitz, Bernd	Senatsverwaltung für Wissenschaft, Forschung und Kultur, Berlin
Müller, Heinzjörg, Dr. (bis 30.09.2001)	Ministerium für Bildung, Kultur und Wissenschaft Saarland, Saarbrücken
Müller, Peter, Dr. (seit 18.12.2001)	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Bonn
Neufeldt, Wilhelm, Dr.	Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg, Potsdam
Patermann, Christian, Dr.	Europäische Kommission, Generaldirektion XII für Wissenschaft, Forschung und Entwicklung, Brüssel

Plagemann, Volker, Prof. Dr. (bis 30.11.2000 seit 18.12.2001)	Kulturbehörde Freie und Hansestadt Hamburg
Schacht, Konrad, Dr.	Hessisches Ministerium für Wissenschaft und Kunst, Wiesbaden
Schmid, Toni (seit 01.05.2001)	Bayerisches Staatsministerium für Unter- richt, Kultus, Wissenschaft und Kunst, München
Schumacher, Heidi	Ministerium für Wissenschaft, Weiterbil- dung, Forschung und Kultur des Landes Rheinland-Pfalz, Mainz
Schwander, Annette, Dr. (seit 18.12.2001) bis 18.06.2002)	Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst des Landes Baden-Würtem- berg, Stuttgart
Spanier, Heinrich (bis 18.12.2001)	Bundesministerium für Umwelt, Natur- schutz und Reaktorsicherheit, Bonn
Spiegel, Albert, Dr. (bis 12.12.2000)	Auswärtiges Amt, Berlin
Strömer, Reinhard	Senator für Bildung, Wissenschaft, Kunst und Sport, Bremen
von Trützscher, Werner, Dr. (seit 18.06.2002)	Thüringer Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur, Erfurt
Zimmermann, Reiner, Dr.	Sächsisches Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst, Dresden

**2.3.1. LASA Landesagentur für Struktur und Arbeit
Brandenburg GmbH
Wetzlarer Str. 54
14482 Potsdam
Tel.: 0331/ 600 22 00
Fax: 0331/ 600 24 00
<http://www.lasa-brandenburg.de>
e-mail: office@lasa-brandenburg.de**



Gründungsdatum: 13.08.1990

Eintritt des Landes Brandenburg: 08.03.1991

Gegenstand des Unternehmens

Betrieb einer landesweit tätigen Einrichtung der Arbeitsförderung. Der Unternehmensgegenstand verwirklicht sich durch:

- a) Beratung,*
- b) Qualifizierung und Ausbildung von Zielgruppen und Akteuren der Arbeitsmarktpolitik,*
- c) Umsetzung von arbeitsmarktpolitischen Förderprogrammen einschließlich der dazu gehörigen Bescheiderteilung und Auszahlung der Mittel und – soweit von den Mittelgebern zugelassen – deren treuhänderische Verwaltung; dies umfasst die Verpflichtung zur Prüfung auf antragsgemäße Verwendung der Mittel und erforderlichenfalls Rückforderungen.*

Gründe für die Beteiligung (§ 65 Absatz 1 Nr. 1 LHO)

Die LASA ist ein wesentliches Instrument zur Umsetzung der Arbeitsmarkt- und Strukturförderpolitik des Landes Brandenburg, sie bearbeitet damit ein im Fokus des Landesinteresses stehendes Aufgabenfeld. Nach wie vor groß ist die Nachfrage nach dem Beratungs- und Fortbildungsangebot der LASA, das ergänzt wird durch eine vielbeachtete Veranstaltungs- und Informationstätigkeit. Daneben ist die LASA mit der Umsetzung insbesondere des Landesprogramms - Qualifizierung und Arbeit für Brandenburg (LAPRO) - betraut; diese Aufgabe nimmt der Geschäftsbereich Programmzentrale der Gesellschaft wahr.

Das wichtige Landesinteresse an der Beteiligung besteht fort. Der angestrebte Zweck lässt sich nicht besser und wirtschaftlicher auf andere Weise verwirklichen: Die Organisationsform der GmbH bietet die Vorzüge der Flexibilität und Wirtschaftlichkeit der Aufgabenwahrnehmung. Eine engere Zusammenarbeit mit dem Kooperationsverbund ZukunftsAgentur Brandenburg z.B. bei der Begleitung von Ansiedlungsvorhaben, insbesondere im Hinblick auf eine bedarfsgerechte Qualifizierung und eine Kooperation bei der Analyse des Fachkräftebedarfs, wird angestrebt.

<u>Stammkapital</u>	TDM	v.H.
Insgesamt	300,0	100,00
<u>davon:</u>		
Land Brandenburg	300,0	100,00

<u>Kennzahlen</u>	1999 TDM	2000 TDM
Anlagevermögen	455,7	858,9
Eigenkapital	1.000,0	1.000,0
Bilanzsumme	3.748,1	4.010,0
Umsatzerlöse	17.405,2	17.030,5
Erhaltene Zuwendungen insgesamt	6.634,4	6.883,3
davon: Institutionelle Förderung	2.274,2	2.583,7
Projektförderung	4.360,2	4.299,6
Personalaufwand (einschließlich Sozialabgaben)	13.912,1	14.456,5
Jahresergebnis	523,5	0,0
Mitarbeiter (einschließlich Geschäftsführung)	234	233
darunter Auszubildende	0	1

Kurze Darstellung der Geschäftstätigkeit

Die Rahmenbedingungen für die Tätigkeit der Gesellschaft waren im Jahr 2000 vor allem geprägt durch:

- eine noch stärkere Ausrichtung der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik auf die Bedürfnisse der Wirtschafts- und Strukturentwicklung im Land Brandenburg;
- die Neukonzipierung des Landesprogramms "Qualifizierung und Arbeit für Brandenburg";
- den Kurs der öffentlichen Hand auf Haushaltskonsolidierung;
- die neuen Möglichkeiten der Anwendung von modernen IuK-Technologien.

Die Gesellschaft hat ein neues modernes Unternehmenskonzept "LASA 2006" entwickelt, das eine Verschlankung und Effizienzsteigerung der Organisation beinhaltet. Für den Bereich Programmzentrale ist die Einführung eines interaktiven internetbasierten Fördermittelmanagement-Systems mit elektronischer Signatur und Aktenführung sowie die Einrichtung eines Call-Centers beschlossen worden.

Die Beratungstätigkeit der LASA war in den Berichtsjahren vor allem darauf gerichtet, die Landesarbeitsmarktpolitik so umzusetzen, dass ein Höchstmaß an struktur- und beschäftigungspolitischen Wirkungen entsteht, innovative Ansätze gestärkt und die Qualität arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen gesichert werden.

Ziele waren dabei:

- Beitrag zur Sicherung und Schaffung dauerhafter Arbeitsplätze;
- Verzahnung von Wirtschafts- und Arbeitsförderung;
- Integration von Zielgruppen in den Arbeitsmarkt;
- Vermeidung der Ausgrenzung aufgrund von Dauerarbeitslosigkeit.

Aufgabenschwerpunkt war im Jahr 2000 die beratende Unterstützung der Landkreise und kreisfreien Städte bei der Regionalisierung von Arbeitsmarktpolitik, wie z. B. im Rahmen regionaler Strukturförderprogramme bzw. regionaler Beschäftigungsinitiativen, Beratungen beim Aufbau von Organisations- und Koordinierungsstrukturen für die Landkreise sowie die Wahrnehmung von Motivations- und Vernetzungsaufgaben zwischen den regionalen Akteuren, dem Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen sowie weiteren Fachressorts und deren nachgeordneten Einrichtungen.

Im Laufe des Jahres 2000 wurden 15 Richtlinien des Landesprogramms "Qualifizierung und Arbeit für Brandenburg" bei der LASA Brandenburg GmbH umgesetzt. Insgesamt wurden 10.081 Anträge bearbeitet und rd. 6.176 Zuwendungsbescheide für rd. 38.072 Förderfälle erstellt. Weiterhin wurden ca. 24.000 Verwendungsnachweise geprüft.

Beteiligungen

Die Gesellschaft hält keine Beteiligungen.

Geschäftsführung

Prof. Dr. Wolfgang Kubiczek

Kurt Beckers
(seit 01.08.2000)

Aufsichtsrat

Vorsitzender	Schlüter, Margret (seit 12.09.2001 bis 31.03.2002)	Staatssekretärin im Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen des Lan- des Brandenburg, Potsdam
	Schirmer, Herwig F. (bis 30.04.2001)	Staatssekretär a. D., Potsdam

Stv. Vorsitzender	Schulz-Roloff, Rolf	Ministerium für Wirtschaft des Landes Brandenburg, Potsdam
	Arenhövel, Carla (bis 31.08.2001)	Ministerium für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg, Potsdam
	Huhn, Brigitte	Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr des Landes Brandenburg, Potsdam
	Kautz, Rotraut (seit 12.09.2001)	Ministerium für Landwirtschaft, Umweltschutz und Raumordnung des Landes Brandenburg, Potsdam
	Mattusch, Udo	Ministerium der Finanzen des Landes Brandenburg, Potsdam
	Pfeiffer, Joachim, Dr. (bis 01.04.2001)	Ministerium für Landwirtschaft, Umweltschutz und Raumordnung des Landes Brandenburg, Potsdam

2.3.2. Ruppiner Kliniken GmbH
Fehrbelliner Straße 38
16816 Neuruppin
Tel.: 03391/39 10 01
Fax: 03391/39 10 09
<http://www.ruppiner-kliniken.de>
e-mail: gf@ruppiner-kliniken.de



Eintritt des Landes Brandenburg: 01.01.1996

Gegenstand des Unternehmens

Betrieb eines kommunalen Schwerpunktkrankenhauses mit einer leistungsfähigen Fachpsychiatrie, einschließlich sonstiger Nebeneinrichtungen und Hilfsbetriebe. Hierzu gehören auch die Bereiche für psychisch und geistig Behinderte, der Behandlungsbereich für Suchtkranke sowie die Betriebsführung für den Maßregelvollzug unter Berücksichtigung der Landesplanung.

Gründe für die Beteiligung (§ 65 Absatz 1 Nr. 1 LHO)

Die Gesellschaft ist als Ruppiner Klinikum GmbH gegründet worden; Alleingesellschafter war zunächst der Landkreis Ostprignitz-Ruppin. Sie betrieb seit Beginn der neunziger Jahre das auf dem Gelände der ehemaligen preußischen Landesanstalt für Psychiatrie gelegene somatische Krankenhaus. Zum 01.01.1996 ist die auf dem Gelände benachbarte, seit 1991 als Landeslinik Neuruppin betriebene Fachklinik für Psychiatrie und Neurologie auf die Ruppiner Klinikum GmbH übergeleitet worden; im gleichen Zuge hat das Land vom Landkreis Ostprignitz-Ruppin eine Beteiligung an der Ruppiner Klinikum GmbH erworben, die in Ruppiner Kliniken GmbH umfirmiert wurde. Mit der Zusammenführung ist die wirtschaftliche Verselbständigung der Landeslinik Neuruppin unter Nutzung von Synergieeffekten mit dem somatischen Krankenhaus gelungen.

Im Gesellschaftsvertrag der RKG ist vereinbart worden, dass das Land Brandenburg jenseits des Jahres 2000 nach einer Übergangszeit seinen Anteil unter gegebenen Umständen reduziert. Eine Veräußerung des Landesanteils an der Gesellschaft ist in Vorbereitung (vgl. Punkt 1.4.3.).

<u>Stammkapital</u>	TDM	v.H.
Insgesamt	51,0	100,00
<u>davon:</u>		
Land Brandenburg	13,3	26,08
Landkreis Ostprignitz-Ruppin	37,7	73,92

<u>Kennzahlen</u>	1999 TDM	2000 TDM
Anlagevermögen	66.200,0	90.891,2
Eigenkapital	43.345,1	44.282,3
Bilanzsumme	153.118,8	151.966,4
Erlöse aus Krankenhausleistungen, Wahlleistungen und ambulanten Leistungen	120.173,0	123.165,6
Personalaufwand (einschließlich Sozialabgaben)	73.884,8	75.076,3
Jahresergebnis	1.363,2	937,2
Mitarbeiter (einschließlich Geschäftsführung)	1.123	1.124
darunter Auszubildende	89	79

Kurze Darstellung der Geschäftstätigkeit

Die Ruppiner Kliniken GmbH betreibt ein Krankenhaus der Schwerpunktversorgung in Neuruppin mit 12 somatischen, 2 psychiatrischen Fachabteilungen und 2 Belegabteilungen. Zum 31.12.2000 waren 686 Betten, davon 165 psychiatrische und 36 kinder- und jugendpsychiatrische, im Krankenhaus aufgestellt. Die Gesellschaft betreibt darüber hinaus einen Langzeitbereich, in dem gegenwärtig rd. 80 Personen mit seelischer und/oder geistiger Behinderung, mit einem Durchschnittsalter von über 60 Jahren, finanziert von den Sozialhilfeträgern oder der Pflegekasse, versorgt werden. Die Ruppiner Kliniken GmbH betreibt von ihrer psychiatrischen Abteilung aus eine psychiatrische Institutsambulanz nach § 118 SGB V. Weiterhin verfügt die Gesellschaft über ein Sozialpädiatrisches Zentrum, eine Krankenpflegeschule mit 120 Plätzen, eine Krankenhauschule und einen Bereich Unterbringung nach § 126 a StPO mit 16 Plätzen. Unverändert sind die Ruppiner Kliniken GmbH onkologischer und perinatologischer Schwerpunkt.

Beteiligungen

Die 1995 erworbene Stammeinlage von 12.500,- DM am Stammkapital von 51.000,- DM der **OPR Kabelfernsehen und Videoproduktion GmbH** wurde 1999 vollständig wertberichtigt. Diese Gesellschaft befindet sich in Liquidation.

Die Gesellschaft hält folgende Beteiligung:

RCS Ruppiner Catering & Service GmbH

Sitz des Unternehmens: Neuruppin

Gegenstand des Unternehmens: Herstellung und Lieferung von Verpflegung für Krankenhauspatienten sowie gastronomische Betreuung der Mitarbeiter, Patienten und deren Besucher, die Unterhaltungsreinigung sowie die Landschafts- und Parkpflege, der Transportdienst (Hol- und Bringdienst) und der Mietwagenservice zur Personenbeförderung.

<u>Stammkapital</u>	TDM	v.H.
Insgesamt	200,0	100,00
<u>davon:</u>		
Ruppiner Kliniken GmbH	200,0	100,00

<u>Kennzahlen</u>	1999	2000
	TDM	TDM
Anlagevermögen	1.206,4	1.199,7
Eigenkapital	- 106,5 ¹⁾	194,3
Bilanzsumme	1.855,2	2.297,1
Umsatzerlöse	10.230,9	11.719,1
Personalaufwand (einschließlich Sozialabgaben)	4.790,6	6.098,5
Jahresergebnis	436,0	300,9
Mitarbeiter (einschließlich Geschäftsführung)	129	160
Auszubildende	8	8

¹⁾ Der nicht durch Eigenkapital gedeckte Fehlbetrag entstand durch steuerrechtliche Sonderabschreibungen nach Fördergebietgesetz in 1993

Geschäftsführung der Ruppiner Kliniken GmbH

Horst-Michael Arndt

Verwaltungsrat

Vorsitzender	Gilde, Christian	Landrat des Landkreises Ostprignitz-Ruppin, Neuruppin
Stv. Vorsitzende	Gußmann, Hannelore	Betriebsratsvorsitzende, Neuruppin
	Breier, Herbert	Ministerium der Finanzen des Landes Brandenburg, Potsdam
	Förster, Catleen	Sozialgericht, Alt-Ruppin
	Gronau, Christel	Mitglied des Betriebsrates, Neuruppin
	Hoffmann, Ulrich, Dr. (bis 06.11.2000)	Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen des Landes Brandenburg, Potsdam
	Kretschmer, Ronny (seit 20.03.2002)	Mitglied des Betriebsrates, Neuruppin
	Loewe, Beate (seit 06.11.2000 bis 20.04.2001)	Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen des Landes Brandenburg, Potsdam
	Nimbs, Annegret (seit 04.07.2001)	Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen des Landes Brandenburg, Potsdam
	Salditt, Georg, Dr.	Arbeitsmedizinisches Zentrum, Kyritz
	Schüttig, Helmut	Betriebswirt, Lübeck
	Wegener, Andreas (bis 20.03.2002)	Mitglied des Betriebsrates, Neuruppin

2.4.1. Berlin Brandenburg Flughafen Holding GmbH
Flughafen Schönefeld
12521 Berlin
Tel.: 030/6091-0
Fax: 030/6091-1623
<http://www.berlin-airport.de>
e-mail: pressestelle@bbf.de



Berlin Brandenburg
Flughafen Holding GmbH
Schönefeld – Tegel - Tempelhof

Gründungsdatum: 12.12.1991

Gegenstand des Unternehmens

Unternehmensgegenstand ist das Halten von Beteiligungen an Flughafengesellschaften sowie Planung, Ausbau, Finanzierung, Betrieb und einheitliche Führung von Verkehrsflughäfen im Raum Berlin-Brandenburg.

Gründe für die Beteiligung (§ 65 Absatz 1 Nr. 1 LHO)

Die Entwicklung des Wirtschaftsraums Berlin-Brandenburg wird entscheidend mitbestimmt durch die Leistungsfähigkeit seiner Luftverkehrsinfrastruktur, für deren Fortentwicklung die Gesellschaft ein wesentlicher Faktor ist. Das Land Brandenburg hat ein hohes Interesse daran, dass

- das vorhandene System von Flughäfen mit den Standorten Tegel, Tempelhof und Schönefeld unternehmerisch geführt wird und das Land einen mitbestimmenden Einfluss auf die Entscheidungen zur weiteren Entwicklung dieses Systems ausüben kann,
- der vorgesehene Ausbau des Flughafens Schönefeld zum Single-Flughafen Berlin Brandenburg International mit Einfluss und Mitwirkungsmöglichkeiten des Landes geplant und durchgeführt wird.

Durch den geplanten Ausbau des Flughafens Schönefeld zum Flughafen Berlin Brandenburg International würde die wirtschaftliche Entwicklung der Region Berlin-Brandenburg belebt und die Schaffung neuer Arbeits- und Ausbildungsplätze ermöglicht werden.

Die derzeitigen Gesellschafter beabsichtigten eine kurzfristige Neuordnung der Beteiligungsverhältnisse in Richtung einer Privatisierung.

<u>Stammkapital</u> ¹	TDM	v.H.
Insgesamt	452.162,4	100,00
<u>davon:</u>		
Bundesrepublik Deutschland	151.629,4	33,54
Land Brandenburg	109.750,0	24,27
Land Berlin	190.783,0	42,19

¹ Entgegen den o. g. Stammkapitalanteilen wurden im Gesellschaftsvertrag folgende Stimmrechtsverhältnisse festgelegt: Bund 26.000 Stimmen, Berlin 37.000 Stimmen und Brandenburg 37.000 Stimmen.

1. Konzerndaten

<u>Kennzahlen</u>	1999	2000
	TDM	TDM
Anlagevermögen	894.714,7	865.053,3
Eigenkapital	198.972,9	217.803,5
Bilanzsumme	1.139.855,4	1.155.999,8
Umsatzerlöse	317.693,6	338.020,4
Personalaufwand	140.971,4	148.440,5
Jahresergebnis	- 8.844,9	18.830,6
Mitarbeiter (einschließlich Geschäftsführung)	1.558	1.581
Auszubildende	100	98
Flugbewegungen	217.643	232.183
Fluggäste	12.378.295	13.310.567
Luftfracht (in kg)	35.829.261	39.854.077

2. Jahresabschlüsse der Berlin Brandenburg Flughafen Holding GmbH

<u>Kennzahlen</u>	1999	2000
	TDM	TDM
Anlagevermögen	660.992,0	651.827,1
Eigenkapital	169.150,8	188.132,9
Bilanzsumme	830.251,9	876.923,2
Umsatzerlöse	0,0	0,0
Sonstige betriebliche Erträge	29.754,9	32.514,4
Personalaufwand (einschließlich Sozialabgaben)	15.048,0	14.759,0
Jahresergebnis	- 8.693,1	18.982,4
Mitarbeiter (einschließlich Geschäftsführung)	114	107

Kurze Darstellung der Geschäftstätigkeit

Die insgesamt positive Entwicklung des Verkehrsaufkommens hat sich auch in den Jahren 1999 und 2000 fortgesetzt und findet auch ihren Niederschlag in einer positiven Unternehmensentwicklung. Die BBF kann für das Jahr 2000 erneut ein positives Betriebsergebnis ausweisen. Im Jahr 2001 erfolgte aufgrund der Ereignisse am 11. September 2001 ein Umsatz- und Gewinneinbruch. Nach eintretender Stabilisierung in 2002 wird ein Aufwärtstrend erwartet.

Im Geschäftsjahr 2000 wurde neben einer stark gestiegenen Umschlagkapazität aufgrund eines neuen Frachtzentrums bei den Passagierzahlen ein Rekordergebnis erzielt. Der anhaltende Aufwärtstrend bei den Verkehrsleistungen hat sich auch in 2001 fortgesetzt.

Die Optimierung der Unternehmensstruktur, die wirksamere Handhabung des Marketings und die effektivere Gestaltung des Systems der drei Verkehrsflughäfen bilden wesentliche Schwerpunkte der Unternehmenstätigkeit. Als weitere bedeutende Tätigkeit der BBF im bevorstehenden Jahr sind auch die Fortsetzung der vorbereiteten Maßnahmen für den Ausbau des Flughafens Schönefeld zum Flughafen Berlin Brandenburg International vorgesehen.

Das Verfahren zur Privatisierung der BBF und zur Privatfinanzierung des BBI wurde im Geschäftsjahr 2000 fortgesetzt. Dadurch, dass sich die beiden am Privatisierungsverfahren beteiligten Konsortien auf einen umfassenden Vergleich einigen konnten, ist die Handlungsfähigkeit im Privatisierungsverfahren wieder hergestellt. Der Abschluss des Privatisierungsverfahrens wird für Ende 2002 / Anfang 2003 angestrebt.

Die rasche Realisierung des Flughafens Berlin Brandenburg International wird in den nächsten Jahren das bestimmende Element der Unternehmenspolitik sein, damit die Region Berlin-Brandenburg künftig über schnelle innereuropäische und interkontinentale Luftverbindungen verfügt.

Im Hinblick auf den Gegenstand der mittelbaren Gesellschaften sind innerhalb des Konzernverbundes in 2001/2002 Veränderungen eingetreten, so ist beispielsweise die Projektplanung nicht mehr bei der Projektplanungsgesellschaft mbH für die Entwicklung des Flughafenstandortes Berlin-Schönefeld (PPS), sondern nunmehr bei der Flughafen Berlin-Schönefeld GmbH (FBS) angesiedelt.

Beteiligungen

Die Berlin Brandenburg Flughafen Holding GmbH hält folgende Beteiligungen:

1 Berliner Flughafen-Gesellschaft mbH (BFG)

Sitz des Unternehmens: Berlin, Flughafen Tegel

Gegenstand des Unternehmens: Betrieb und Ausbau der Flughäfen Berlin-Tegel und Berlin-Tempelhof für Zwecke des Luftverkehrs sowie die damit zusammenhängenden Nebengeschäfte.

<u>Stammkapital</u>	Mio. DM	v.H.
Insgesamt	75.000,0	100,00
<u>davon:</u>		
Berlin Brandenburg Flughafen Holding GmbH	75.000,0	100,00

<u>Kennzahlen</u>	1999	2000
	Mio DM	Mio DM
Anlagevermögen	247,6	344,0
Eigenkapital	279,3	279,3
Bilanzsumme	361,6	399,8
Umsatzerlöse	256,1	273,2
Personalaufwand (einschließlich Sozialabgaben)	84,0	85,8
Jahresergebnis	0	0
Mitarbeiter (einschließlich Geschäftsführung und Auszubildende)	986	990

2. Flughafen Berlin-Schönefeld GmbH (FBS)

Sitz des Unternehmens: Schönefeld

Gegenstand des Unternehmens: Betrieb und Ausbau des Flughafens Berlin-Schönefeld für Zwecke des Luftverkehrs sowie die damit zusammenhängenden Nebengeschäfte.

<u>Stammkapital</u>	TDM	v.H.
Insgesamt	50,8	100,00
<u>davon:</u>		
Berlin Brandenburg Flughafen Holding GmbH	50,8	100,00

<u>Kennzahlen</u>	1999	2000
	Mio DM	Mio DM
Anlagevermögen	629,1	602,2
Eigenkapital	354,8	309,4
Bilanzsumme	680,6	654,7
Umsatzerlöse	61,6	64,8
Personalaufwand (einschließlich Sozialabgaben)	40,1	45,8
Jahresergebnis	0	0
Mitarbeiter (einschließlich Geschäftsführung und Auszubildende)	506	519

3. Flughafen Projektplanungsgesellschaft Schönefeld mbH (FPS)

Sitz des Unternehmens: Schönefeld

Gegenstand des Unternehmens: Flächensicherung und der Grunderwerb für den zukünftigen Single-Flughafen Berlin Brandenburg International sowie die Entwicklung der im Flughafenbesitz befindlichen nicht betriebsnotwendigen Flächen und die mit der Errichtung des Flughafens notwendigen Umsiedlungsmaßnahmen.

<u>Stammkapital</u>	TDM	v.H.
Insgesamt	50,1	100,00
<u>davon:</u>		
Berlin Brandenburg Flughafen Holding GmbH	50,1	100,00

<u>Kennzahlen</u>	1999	2000
	Mio DM	Mio DM
Anlagevermögen	4,642	0,033
Eigenkapital	0,048	0,048
Bilanzsumme	7,952	10,179
Sonstige betriebliche Erträge	2,116	2,508
Personalaufwand (einschließlich Sozialabgaben)	0,859	1,112
Jahresergebnis	0	0
Mitarbeiter (einschließlich Auszubildende)	0	7

4. Projektplanungsgesellschaft mbH für die Entwicklung des Flughafenstandortes Berlin-Schönefeld (PPS)

Sitz des Unternehmens: Schönefeld

Gegenstand des Unternehmens: Projektplanung zur Erlangung eines Beschlusses zur Feststellung der Pläne zum Ausbau des Flughafens Berlin-Schönefeld zum Single-Standort für den zukünftigen internationalen Flughafen Berlin/Brandenburg sowie die Vorbereitung des Einsatzes privaten Risiko- bzw. Beteiligungskapitals bei der Verwirklichung dieses Flughafenprojektes.

<u>Stammkapital</u>	TDM	v.H.
Insgesamt	50,8	100,00
<u>davon:</u>		
Berlin Brandenburg Flughafen Holding GmbH	50,8	100,00

<u>Kennzahlen</u>	1999	2000
	Mio DM	Mio DM
Anlagevermögen	0,072	0
Eigenkapital	0,051	0,051
Bilanzsumme	32,887	4,981
Personalaufwand (einschließlich Sozialabgaben)	0,989	0,918
Jahresergebnis	0	0
Mitarbeiter (einschließlich Geschäftsführung und Auszubildende)	10	6

5. Training und Ausbildung Cooperation Berlin Brandenburg GmbH (TRAINICO)

Sitz des Unternehmens: Berlin

Gegenstand des Unternehmens: Organisation und Durchführung von Ausbildung, Fortbildung und Weiterbildung in den Bereichen Dienstleistung und Technik, insbesondere auf dem Gebiet des Luftverkehrs sowie die Durchführung gezielter sonstiger Qualifizierungsmaßnahmen.

<u>Stammkapital</u>	TDM	v.H.
Insgesamt	120,0	100,00
<u>davon:</u>		
Berlin Brandenburg Flughafen Holding GmbH	30,0	25,00
Lufthansa Consulting GmbH	30,0	25,00
Berliner Lufthansa Airport Service GmbH	30,0	25,00
Deutsche Bank AG	30,0	25,00

<u>Kennzahlen</u>	1999	2000
	TDM	TDM
Anlagevermögen	172,2	329,3
Eigenkapital ¹⁾	213,0	293,0
Bilanzsumme	3.450,7	4.081,9
Umsatzerlöse	2.190,9	3.252,8
Personalaufwand (einschließlich Sozialabgaben)	1.163,2	1.526,0
Jahresergebnis	86,4	166,4
Mitarbeiter (einschließlich Geschäftsführung)	16	20
Auszubildende	19	22

Geschäftsführung der Berlin Brandenburg Flughafen Holding GmbH

Dr.-Ing. Götz Herberg (Vorsitzender)

Jörg Rommerskirchen

Andreas Foidl
(bis 30.07.2002)

Ralf Brunhöber
(bis 15.02.2001)

Aufsichtsrat

Vorsitzender	Wowereit, Klaus (seit 23.07.2001)	Regierender Bürgermeister, Berlin
	Diepgen, Eberhard (bis 23.07.2001)	Regierender Bürgermeister a. D., Berlin
Stv. Vorsitzender	Ruhnke, Werner	Vorsitzender der Bezirksverwaltung der ÖTV Brandenburg, Potsdam
	Bojanowski, Helmut	Geschäftsführer der Abt. Luftverkehr und Verkehrsflughäfen der ÖTV Berlin
	Böger, Klaus (seit 01.03.2000)	Senator für Bildung, Jugend und Sport, Berlin
	Büchner, Hans-Joachim	Flughafen Berlin-Schönefeld GmbH, Flughafen Schönefeld, Berlin
	Egger, Gottfried (seit 01.05.2000)	Leiter der Abteilung Recht der Berlin Brandenburg Flughafen Holding GmbH, Berlin
	Ehrig, Malte, Dr. (seit 21.03.2000)	Bundesministerium der Finanzen, Berlin
	Ehritt, Wolfgang (bis 31.04.2000)	Berliner Flughafen Gesellschaft mbH, Flughafen Tegel, Berlin
	Ferner, Elke (bis 15.12.2000)	Staatssekretärin a. D. , Berlin
	Fürniß, Wolfgang, Dr.	Minister für Wirtschaft des Landes Brandenburg, Potsdam
	Gloger, Wolfgang	Berliner Flughafen Gesellschaft mbH, Flughafen Tegel, Berlin

Klemann, Jürgen (bis 08.06.2001)	Senator a. D., Vorstandsmitglied der GEHAG AG, Berlin
Körting, Ehrhart, Dr. (bis 18.01.2000)	Senator a. D., Berlin
Krause, Rainer	Flughafen Berlin-Schönefeld GmbH, Flughafen Schönefeld, Berlin
Krüger, Joachim (bis 01.03.2000)	Bundesministerium der Finanzen, Berlin
Linde, Jürgen, Dr. (bis 01.03.2000)	Minister a. D., Potsdam
Meister-Scheufelen, Gisela, (seit 08.06.2001 bis 23.07.2001)	Staatssekretärin a. D., Berlin
Nagel, Ralf (seit 18.01.2001)	Staatssekretär im Bundesministerium für Verkehr, Bau und Wohnungswesen, Berlin
Padberg, Heinz, Dr.	Staatssekretär a. D., Potsdam
Rehfeldt, Lutz	GlobeGround Berlin GmbH, Berlin
Romberg, Erika (seit 23.07.2001 bis 13.02.2002)	Staatssekretärin a. D., Berlin
Scharf, Uwe	ÖTV-Bezirksverwaltung Berlin, Berlin
Schubert, Walter (seit 17.05.2000)	Vorsitzender des Vorstandes der Mittelbrandenburgischen Sparkasse, Potsdam
Stolpe, Manfred, Dr.	Ministerpräsident a. D., Potsdam
Strauch, Volkmer (seit 01.03.2002)	Staatssekretär bei der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Arbeit und Frauen, Berlin
Wehn, Rudolf	Berliner Flughafen Gesellschaft mbH, Flughafen Tegel, Berlin
Wolter, Ute	GlobeGround Berlin GmbH, Berlin

2.4.2. ZukunftsAgentur Brandenburg GmbH
Steinstraße 104 - 106
14480 Potsdam
Tel.: 0331/660-3000
<http://www.zab-brandenburg.de>



Gründung durch Verschmelzung : 01.01.2001

Im Jahr 2001 wurden die landesbeteiligten Unternehmen T.IN.A., BEA und WFB zu einer einheitlichen Wirtschafts- und Technologiefördergesellschaft – der **Zukunfts-Agentur Brandenburg GmbH (ZAB)** – gesellschaftsrechtlich verschmolzen. Die Verschmelzung erfolgte nach dem Zeitraum, auf den sich dieser Beteiligungsbericht bezieht. Im Folgenden wird die ZAB durch Wiedergabe ihres Unternehmensgegenstandes und der Zusammensetzung ihrer Organe vorgestellt; die folgenden Einzeldarstellungen beziehen sich jedoch auf die in den Berichtsjahren noch gesondert tätigen Vorgängerunternehmen.

Die **ZAB**, die ILB (Bereiche gewerbliche Wirtschaft und wirtschaftsnahe Infrastruktur) und die neu gegründete BC Brandenburg Capital GmbH – Zusammenführung der Seed Capital Brandenburg GmbH (SCB) und der KapitalBeteiligungsgesellschaft für das Land Brandenburg GmbH (KBB) – wurden durch Kooperations- und Geschäftsbesorgungsverträge unter dem Dach des Kooperationsverbundes ZukunftsAgentur Brandenburg zusammengefasst. Der Kooperationsverbund ist als „one-stop-agency“ universeller Ansprechpartner für Unternehmer, Investoren, Ansiedlungswillige und Existenzgründer für sämtliche im Zusammenhang mit dem Projekt des Kunden zusammenhängenden Fragen.

Gegenstand des Unternehmens

Die Gesellschaft bietet als Partner des Kooperationsverbundes ZukunftsAgentur Brandenburg ein integriertes Angebot an Dienstleistungen auf den Gebieten Wirtschaftsförderung und -beratung, Technologieförderung und -beratung sowie Energiesparberatung im Land Brandenburg an. Die Gesellschaft nimmt ihre Aufgaben in Übereinstimmung mit den Leitlinien der Wirtschaftspolitik des Landes Brandenburg wahr.

Aufgabe der Gesellschaft ist die Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Struktur des Landes Brandenburg insbesondere durch

- die Anwerbung und Betreuung im Land Brandenburg anzusiedelnder Unternehmen,
- die Unterstützung der im Land Brandenburg ansässigen Unternehmen bei ihrer Unternehmensentwicklung
- die Unterstützung der Gründung von Unternehmen
- die Unterstützung brandenburgischer Unternehmen bei der Erschließung neuer Märkte im In- und Ausland
- die Förderung von Technologietransfer auch als beliehenes Unternehmen und Innovation im Land Brandenburg
- die Mitwirkung bei der Ausarbeitung und Umsetzung regionaler Innovationsprojekte

- die Beratung und Unterstützung des Landes Brandenburg im Bereich Technologie und Innovation
- die Beratung von Wärme- und Stromerzeugern sowie Wärme- und Stromverbrauchern
- Mitwirkung bei der Umsetzung des Energiekonzeptes im Land Brandenburg.

Gründe für die Beteiligung (§ 65 Abs. 1 Nr. 1 LHO)

Die ZAB ist Dienstleister des Landes in den zentralen Politikfeldern der Wirtschafts- und Technologieförderung sowie im bedeutenden Bereich der Energieeinsparpolitik. Daraus ergibt sich das wichtige Landesinteresse an der Beteiligung; die ZAB ist eine der Schlüsselbeteiligungen des Landes. Der angestrebte Zweck lässt sich nicht besser und wirtschaftlicher auf andere Weise erreichen: Die Organisationsform der GmbH bietet die Vorzüge der Flexibilität und Wirtschaftlichkeit der Aufgabenerfüllung. Weil das Land als Zuwendungsgeber die Gesellschaft nahezu vollständig finanziert, ist die maßgebliche Beteiligung des Landes als Gesellschafter ohne Alternative.

Geschäftsführung der ZukunftsAgentur Brandenburg GmbH

Dr. Detlef Stronk
(seit 15.01.2001)

Prof. Dr. Klaus-Peter Schulze
(bis 31.12.2001)

Aufsichtsrat der ZukunftsAgentur Brandenburg GmbH

Vorsitzender	Fürniß, Wolfgang, Dr. (seit 06.12.2001)	Minister für Wirtschaft des Landes Brandenburg, Potsdam
	Vogel, C. Wolfgang, Dr. (bis 06.12.2001)	Staatssekretär im Ministerium für Wirtschaft des Landes Brandenburg, Potsdam
Stv. Vorsitzender	Kothe, Jürgen (seit 06.12.2001)	Präsident der Industrie- und Handels- kammer Cottbus
	Sigmund, Ernst, Prof. Dr. (bis 06.12.2001)	Rektor der Brandenburgischen Tech- nischen Universität Cottbus
	Albach, Horst, Prof. Dr. (seit 10.06.2002)	Professor an der Wissenschaftlichen Hochschule für Unternehmensführung, Koblenz
	Ebel, Frank (seit 06.12.2001 bis 22.01.2002)	Staatssekretär a. D., Berlin

Friedrich, Wolfgang (bis 06.12.2001)	Leiter der Technologietransferstelle der Handwerkskammer Frankfurt (Oder)
Kleiner, Hartmann, Dr. (seit 06.12.2001)	Hauptgeschäftsführer der Vereinigung der Unternehmensverbände Berlin und Brandenburg
König, Wolfgang, Dr. (seit 06.12.2001)	Hauptgeschäftsführer der Handwerks- kammer Potsdam
Lederer, Klaus, Prof. Dr. (seit 10.06.2002)	Vorstandsvorsitzender der Babcock Borsig AG, Berlin
Licht, Klaus-Dieter (seit 06.12.2001)	Vorstandsvorsitzender der Investitions- Bank des Landes Brandenburg
Linstedt, Joachim, Dr. (bis 06.12.2001)	Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammer Cottbus
Meißner, Eva-Marie (seit 06.12.2001)	Vorsitzende des Landesverbandes deut- scher Unternehmerinnen Brandenburg
Noto, Leonardo G. (bis 06.12.2001)	Geschäftsführer der Wirtschaftsförderung Brandenburg GmbH
Strauch, Volkmar (seit 10.06.2002)	Staatssekretär bei der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Arbeit und Frauen, Berlin
Tag, Jacqueline (bis 06.12.2001)	InvestitionsBank des Landes Brandenburg

2.4.2.1. Unternehmensbereich:

**T.IN.A. Technologie- und Innovations-Agentur
Brandenburg GmbH**

Gründungsdatum der T.IN.A: 24.09.1991

**Umfirmierung zur ZukunftsAgentur Brandenburg GmbH mit Wirkung vom
29.05.2001**

Gegenstand des Unternehmens (T.IN.A.) vor Verschmelzung

Förderung von Maßnahmen zur Intensivierung des Technologietransfers und der Innovation im Land Brandenburg durch Unterstützung und Beratung von Unternehmen und Unternehmensgründern, der Landesregierung und anderer öffentlicher Entscheidungsträger, Begleitung regionaler Innovationsprojekte sowie Übernahme von Projektträgerschaften für staatliche Technologieförderprogramme.

Gründe für die Beteiligung vor Verschmelzung (§ 65 Abs. 1 Nr. 1 LHO)

Die T.IN.A. Brandenburg GmbH war ein wichtiges Instrument zur Umsetzung der Technologie- und Innovationsförderpolitik des Landes. Sie hat bedeutende Beiträge zur Umsetzung einer innovativen Ansiedlungspolitik sowie des Landestechnologiekonzeptes geleistet.

<u>Stammkapital</u>	TDM	v.H.
Insgesamt	135,0	100,00
<u>davon:</u>		
Land Brandenburg	100,0	74,07
Wirtschaftsförderung Brandenburg GmbH	10,0	7,41
Industrie- und Handelskammer Cottbus	5,0	3,70
Industrie- und Handelskammer Potsdam	5,0	3,70
Handwerkskammer Cottbus	4,0	2,96
Handwerkskammer Frankfurt (Oder)	4,0	2,96
Handwerkskammer Potsdam	4,0	2,96
Industrie- und Handelskammer Frankfurt (Oder)	3,0	2,24

<u>Kennzahlen</u>	1999	2000
	TDM	TDM
Anlagevermögen	1.360,1	1.401,9
Eigenkapital	135,0	135,0
Bilanzsumme	4.583,8	3.204,8
Umsatzerlöse	0	0
Erhaltene Zuwendungen insgesamt	9.841,7	8.068,2
Davon: Institutionelle Förderung	4.289,0	4.226,0
Projektförderung	5.553,0	3.842,0
Personalaufwand (einschließlich Sozialabgaben)	5.451,1	5.376,8
Jahresergebnis	0	0
Mitarbeiter (einschließlich Geschäftsführung)	61	62
Darunter Auszubildende	0	0

Kurze Darstellung der Geschäftstätigkeit

Die T.IN.A. hat auch in den Geschäftsjahren 1999 und 2000 den Aufbau eines leistungsfähigen Mittelstandes in Brandenburg unterstützt und dazu beigetragen, Arbeitsplätze zu sichern und neu zu schaffen. Zielgruppen waren dabei wiederum technologieorientierte, innovative kleine und mittlere Unternehmen, Wissenschaftseinrichtungen und Existenzgründer unter anderem in den Branchen Informations- und Kommunikationstechnologien, Produktions- und Verfahrenstechnik, Medientechnologien und Biotechnologie.

Die Gesellschaft verfügte über fünf Geschäftsstellen: Cottbus, Eberswalde, Frankfurt (Oder), Potsdam und Wittenberge. Das Prinzip der fachlichen und regionalen Kompetenz hat sich bei der Wahrnehmung der Aufgaben der Gesellschaft sehr bewährt.

Beteiligungen

Die Gesellschaft hielt in den Jahren 1999 und 2000 folgende Beteiligungen:

1. Seed Capital Brandenburg GmbH

Die T.IN.A. hat ihre Geschäftsanteile im Nennwert von 750 TDM mit Wirkung ab dem **01.01.2001** treuhänderisch an die InvestitionsBank des Landes Brandenburg abgetreten.

Sitz des Unternehmens: Frankfurt (Oder)

Gegenstand des Unternehmens: Förderung von jungen und im Aufbau befindlichen, innovativen Technologieunternehmen durch Einbringung von Beteiligungskapital. Neben dem Erwerb, der Verwaltung und der Verwertung von Beteiligungen berät die Gesellschaft die Technologieunternehmen in allen kaufmännischen und technischen Fragestellungen.

<u>Stammkapital</u>	TDM	v.H.
Insgesamt	2.631,6	100,00
<u>Davon:</u>		
T.IN.A. Brandenburg GmbH	750,0	28,50
InvestitionsBank des Landes Brandenburg	750,0	28,50
Business und Innovation Centre Frankfurt (Oder)	500,0	19,00
Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Berlin-Brandenburg GmbH	500,0	19,00
Technologie-Beteiligungs-Gesellschaft mbH	131,6	0,5

<u>Kennzahlen</u>	1999	2000
	TDM	TDM
Anlagevermögen	13.995,7	19.745,0
Eigenkapital	3.399,8	3.053,5
Bilanzsumme	27.231,3	30.627,3
Umsatzerlöse	2.977,6	3.698,5
Personalaufwand (einschließlich Sozialabgaben)	951,5	1.089,1
Jahresergebnis	430,8	- 346,4
Mitarbeiter (einschließlich Geschäftsführung und Auszubildende)	10	12

2. Gesellschaft für Innovationsförderung und Technologietransfer mbH an der BTU Cottbus (UNITEC)

Sitz des Unternehmens: Cottbus

Gegenstand des Unternehmens: Förderung von Wissenschaft und Forschung sowie die Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur

durch Vermittlung und Weitergabe der in der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus (BTU) erforschten Technologieerkenntnisse.

<u>Stammkapital</u>	TDM	v.H.
Insgesamt	63,0	100,00
<u>Davon:</u>		
T.IN.A. Brandenburg GmbH	3,0	4,76
BTU Cottbus	41,0	65,08
ABB GmbH Cottbus	4,0	6,35
Siegfried Lietzmann	3,0	4,76
Industrie- und Handelskammer Cottbus	3,0	4,76
Philipp Holzmann AG	3,0	4,76
SEMICON GmbH Sensorik und Mikrotechnik Teltow	3,0	4,76
Vereinigung der Unternehmensverbände in Berlin und Brandenburg e.V. (UVB)	3,0	4,76

Der Gesellschafter Philipp Holzmann AG ist in 2000 ausgeschieden; die Anteile hält die UNITEC GmbH vorübergehend selbst.

<u>Kennzahlen</u>	1999	2000
	TDM	TDM
Anlagevermögen	23,0	34,7
Eigenkapital	65,9	77,1
Bilanzsumme	1.222,2	943,8
Umsatzerlöse	707,9	687,9
Sonstig betriebliche Erträge	478,4	529,8
Personalaufwand (einschließlich Sozialabgaben)	0,0*	385,3
Jahresergebnis	9,3	14,1
Mitarbeiter (einschließlich Geschäftsführung)**	8	10

* Personalkosten buchungstechnisch in einer anderen Position berücksichtigt.

** Mitarbeiterzahl schwankt, da nur Projektmitarbeiter mit befristeten Arbeitsverträgen.

3. UP Transfer Gesellschaft für Wissens- und Technologietransfer mbH an der Universität Potsdam

Sitz des Unternehmens: Potsdam

Gegenstand des Unternehmens: Förderung und Durchführung von Wissenschaft, Forschung, Weiterbildung, Bildung und Lehre.

<u>Stammkapital</u>	TDM	v.H.
Insgesamt	50,0	100,00
<u>davon:</u>		
T.IN.A. Brandenburg GmbH	3,0	6,00
Universität Potsdam	38,0	76,00
Industrie- und Handelskammer Potsdam	3,0	6,00
Vereinigung der Unternehmensverbände in Berlin und Brandenburg e.V. (UVB)	3,0	6,00
Struktur- und Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH des Landkreises Teltow-Fläming	3,0	6,00

<u>Kennzahlen</u>	1999	2000
	TDM	TDM
Anlagevermögen	52,0	68,9
Eigenkapital	158,2	238,0
Bilanzsumme	663,8	585,1
Umsatzerlöse	204,0	427,5
Personalaufwand (einschließlich Sozialabgaben)	68,3	338,0
Jahresergebnis	5,0	- 16,8

Geschäftsführung der T.IN.A. Technologie- und Innovations-Agentur Brandenburg GmbH

Prof. Dr. Klaus-Peter Schulze
(bis 31.12.2001)

Dr. Detlef Stronk
(seit 08.01.2001)

Dipl.-Ing. Thomas Seidl
(bis 31.12.1999)

Aufsichtsrat

Vorsitzender	Vogel, C. Wolfgang, Dr. (seit 24.03.2000)	Staatssekretär im Ministerium für Wirtschaft des Landes Brandenburg, Potsdam
Stv. Vorsitzender	Sigmund, Ernst, Prof. Dr.	Rektor der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus
	Buttler, Friedrich, Prof. Dr. (bis 30.08.2000)	Staatssekretär im Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg, Potsdam
	Friedrich, Wolfgang	Leiter der Technologietransferstelle der Handwerkskammer Frankfurt (Oder)
	Linstedt, Joachim, Dr. (seit 24.03.2000)	Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammer Cottbus
	Noto, Leonardo G.	Geschäftsführer der Wirtschaftsförderung Brandenburg GmbH
	Staake, Ulrike (bis 31.12.2000)	Mitglied der Geschäftsleitung, Deutsche Bank AG, Hamburg
	Tag, Jacqueline (seit 24.03.2000)	InvestitionsBank des Landes Brandenburg

2.4.2.2. Unternehmensbereich:

BEA-Brandenburgische Energiespar-Agentur GmbH

Gründungsdatum: 17.12.1991

Verschmelzung auf die ZukunftsAgentur Brandenburg GmbH (ZAB) am 26.09.2001

Gegenstand des Unternehmens vor Verschmelzung

Gewährleistung einer angemessenen Beratung wärme- oder stromerzeugender sowie wärme- oder stromverbrauchender Betriebe, Selbstverwaltungskörperschaften, Behörden oder sonstiger Einrichtungen.

Gründe für die Beteiligung vor Verschmelzung (§ 65 Abs. 1 Nr. 1 LHO)

Mit der Gründung der BEA als Energiesparagentur hatte das Land seine Verpflichtung aus § 9 Absatz 1 Landesimmissionsschutzgesetz erfüllt. Mit ihrer wettbewerbsneutralen und nicht vorrangig auf die Erzielung von Einnahmen ausgerichteten Beratungstätigkeit zur sparsamen und rationellen Energieverwendung sowie zum Einsatz erneuerbarer Energieträger trug die BEA zur Umsetzung einer Energie- und Umweltpolitik nach den Vorgaben des Artikels 39 Absatz 4 der Verfassung des Landes Brandenburg und dem Energiekonzept des Landes bei.

<u>Stammkapital</u>	TDM	v.H.
Insgesamt	100,0	100,00
<u>davon:</u>		
Land Brandenburg	100,0	100,00

<u>Kennzahlen</u>	1999	2000
	TDM	TDM
Anlagevermögen	225,3	203,1
Eigenkapital	100,0	100,0
Bilanzsumme	684,8	524,4
Umsatzerlöse	328,4	174,5
Erhaltene Zuwendungen insgesamt	1.271,7	991,8
davon: Institutionelle Förderung	857,9	904,9
Projektförderung	413,8	86,9
Personalaufwand (einschließlich Sozialabgaben)	881,4	881,6
Jahresergebnis	0,0	0,0
Mitarbeiter (einschließlich Geschäftsführung)	7	7
darunter Auszubildende	0	0
Mitarbeiter im Projekt Energiebeauftragte	1	0
Mitarbeiter in anderen Projekten	2	1

Kurze Darstellung der Geschäftstätigkeit

Zur Erfüllung ihres Gesellschaftszwecks hat die BEA erfolgsorientierte Beratungsleistungen zur Minimierung des Energieeinsatzes angeboten. Die Jahre 1999 und 2000 waren von der Liberalisierung der Strommärkte geprägt.

Im Bereich der Beratung wurde die Kompetenz der BEA-Mitarbeiter für die Fortschreibung des Energiekonzeptes für Brandenburg und zahlreiche energietechnologisch orientierte Förderanfragen verstärkt durch das Wirtschaftsministerium in Anspruch genommen. Mit dem gemeinsamen in Zusammenarbeit mit dem Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen veröffentlichten Basismodul Energiecontrolling für die Wohnungswirtschaft konnte eine Grundlage für die verbesserte Zusammenarbeit mit Wohnungsunternehmen gelegt werden.

Im Bereich des kommunalen Energiemanagements wurde die Position der Vorjahre gehalten und durch Neuaufträge gesichert. Durch den Vorschlag eines Organisationskonzeptes für das Energiemanagement in Landesliegenschaften wurde die Grundlage für eine Fortsetzung der Zusammenarbeit mit der Landesbauverwaltung gelegt.

Zur verstärkten Nutzung der Solarenergie zur Warmwasserbereitung wurde gemeinsam mit Verbandspartnern eine Solarinitiative für Brandenburg in Form einer ARGE ins Leben gerufen. Die auf Solarenergie spezialisierten 160 Handwerksbetriebe des SHK-Handwerks werden auch in Zusammenarbeit mit der bundesweiten Kampagne „Solar na klar“ durch Werbung, Öffentlichkeitsarbeit und Weiterbildungsmaßnahmen unterstützt.

Beteiligungen

Die Gesellschaft hielt in den Berichtsjahren 1999 und 2000 keine Beteiligungen.

Geschäftsführung

Dr. Georg Wagener-Lohse
(bis 26.09.2001)

Dr. Detlef Stronk
(seit 24.01.2001)

Aufsichtsrat

Vorsitzender	Kirch, Norbert, Dr. (bis 26.09.2001)	Ministerium für Wirtschaft des Landes Brandenburg, Potsdam
--------------	---	---

Stv. Vorsitzender	Hälsig, Günter, Dr. (bis 26.09.2001)	Ministerium für Landwirtschaft, Umweltschutz und Raumordnung des Landes Brandenburg, Potsdam
----------------------	---	--

	Bröker, Hans-Georg (bis 26.09.2001)	Ministerium der Finanzen des Landes Brandenburg, Potsdam
--	--	---

2.4.2.3. Unternehmensbereich:

Wirtschaftsförderung Brandenburg GmbH

Gründungsdatum: 19.09.1990

Eintritt des Landes Brandenburg: 22.03.1991

Verschmelzung auf die ZukunftsAgentur Brandenburg GmbH (ZAB) am 26.09.2001

Gegenstand des Unternehmens vor Verschmelzung

Anwerbung und umfassende Betreuung von im Land Brandenburg anzusiedelnder Unternehmen sowie die Betreuung ansässiger Unternehmen außerhalb der laufenden Unternehmensberatung.

Aufgaben der Gesellschaft sind insbesondere

- 1. die Werbung für den Wirtschaftsstandort Brandenburg und die Information über Standortgegebenheiten einschließlich der Maßnahmen zur Wirtschaftsförderung;*
- 2. die Initiierung und Begleitung von Investitionsvorhaben;*
- 3. die Erarbeitung von Analysen über den Wirtschaftsstandort Brandenburg sowie über Fragen des Außenhandels;*
- 4. die Betreuung von Unternehmen zur Förderung des Außenhandels des Landes Brandenburg;*
- 5. die Förderung von Kooperationen vor allem kleiner und mittlerer brandenburgischer Unternehmen mit in- und ausländischen Partnern;*
- 6. das Projektmanagement bei der Realisierung komplexer Vorhaben im Bereich der Investorenansiedlung und der Außenwirtschaft.*

Gründe für die Beteiligung vor Verschmelzung (§ 65 Abs. 1 Nr. 1 LHO)

Die Gesellschaft hat vor ihrer Verschmelzung auf die ZAB die Aufgaben des Dienstleisters für die Umsetzung der Wirtschaftsförderungspolitik des Landes wahrgenommen.

<u>Stammkapital</u>	TDM	v.H.
Insgesamt	200,0	100,00
<u>davon:</u>		
Land Brandenburg	151,4	75,70
Industrie- und Handelskammer Cottbus	5,4	2,70
Industrie- und Handelskammer Frankfurt (Oder)	5,4	2,70
Industrie- und Handelskammer Potsdam	5,4	2,70
Handwerkskammer Cottbus	5,4	2,70
Handwerkskammer Frankfurt (Oder)	5,4	2,70
Handwerkskammer Potsdam	5,4	2,70
Vereinigung der Unternehmensverbände in Berlin und Brandenburg e. V.	16,2	8,10

<u>Kennzahlen</u>	1999 TDM	2000 TDM
Anlagevermögen	167,7	159,9
Eigenkapital	200,0	200,0
Bilanzsumme	1.292,9	1.043,6
Umsatzerlöse	130,7	139,7
Erhaltene Zuwendungen insgesamt	7.426,5	7.344,2
davon: Institutionelle Förderung	5.818,6	6.055,3
Projektförderung	1.607,9	1.288,9
Personalaufwand (einschließlich Sozialabgaben)	3.548,2	3.828,4
Jahresergebnis	0	0
Mitarbeiter (einschließlich Geschäftsführung)	37	38
darunter Auszubildende	0	0

Kurze Darstellung der Geschäftstätigkeit

In den Geschäftsjahren 1999 und 2000 hat die Gesellschaft 133 Investitionsvorhaben mit einem Investitionsvolumen von insgesamt 2,2 Mrd. DM abgeschlossen. Damit wurden insgesamt 6.745 neue Arbeitsplätze geschaffen und weitere 333 durch Betriebsübernahmen gesichert.

Der industrielle Sektor der Brandenburger Wirtschaft konnte weiter gestärkt werden. Durch intensive Beratungstätigkeit gelang es, wichtige Ansiedlungs- und Struktureffekte auch außerhalb des Berliner Umlandes zu realisieren. Zwei Drittel der neu gewonnenen Arbeitsplätze wurden im Dienstleistungsbereich geschaffen. Ansiedlungserfolge verzeichnete die Gesellschaft in den Branchen Logistik, Handel, Call Center und Medien-dienstleister.

Die Wirtschaftsförderung Brandenburg GmbH half mittelständischen Firmen bei der Erschließung neuer Märkte und Absatzwege u.a. durch die Initiierung von branchen- bzw. projektbezogenen Firmenzusammenschlüssen zu Netzwerken mit dem Ziel, im globalen Wettbewerb als Systemanbieter agieren zu können. Ferner wurden von der Gesellschaft zahlreiche Veranstaltungen und Messebeteiligungen für die brandenburgische Wirtschaft initiiert.

Beteiligungen

Die Gesellschaft hielt in den Berichtsjahren folgende Beteiligungen:

1. Wirtschaftsförderung Uckermark GmbH

Mit Abtretungsvertrag vom 18.06.2001 hat die Wirtschaftsförderung Brandenburg GmbH ihren Geschäftsanteil an die Wirtschaftsförderung Uckermark GmbH abgetreten.

Sitz des Unternehmens: Prenzlau

Gegenstand des Unternehmens: Förderung der wirtschaftlichen Struktur und Leistungskraft des Landkreises Uckermark entsprechend den Leitlinien der Wirtschaftspolitik des Landes Brandenburg und des Landkreises Uckermark.

<u>Stammkapital</u>	TDM	v.H.
Insgesamt	70,0	100,00
<u>Davon:</u>		
Wirtschaftsförderung Brandenburg GmbH	5,0	7,14
Landkreis Uckermark	30,0	42,86
Sparkasse Uckermark	20,0	28,57
Wirtschaftsförderung Uckermark GmbH	10,0	14,29
Stadt Prenzlau	5,0	7,14

<u>Kennzahlen</u>	1999	2000
	TDM	TDM
Anlagevermögen	5,2	3,5
Eigenkapital	106,3	109,9
Bilanzsumme	118,5	130,0
Sonstige betriebliche Erträge	455,5	496,2
Personalaufwand (einschließlich Sozialabgaben)	403,4	425,4
Jahresergebnis	- 32,6	3,6
Mitarbeiter (einschließlich Geschäftsführung und Auszubildende)	6	6

2. World Trade Center Frankfurt (Oder) GmbH

Die ZAB hat mit Wirkung zum 01.01.2002 den Geschäftsanteil an die Stadt Frankfurt (Oder) übertragen.

Sitz des Unternehmens: Frankfurt (Oder)

Gegenstand des Unternehmens: Bereitstellung von Dienstleistungen zur Förderung der Wirtschaft unter Ausschluss aller politischen, konfessionellen und weltanschaulichen Gesichtspunkten, die Vertretung in der World Trade Center Association, New York, aufrechtzuerhalten und zu pflegen.

<u>Stammkapital</u>	TDM	v.H.
Insgesamt	250,0	100,0
<u>Davon:</u>		
Wirtschaftsförderung Brandenburg GmbH	10,0	4,00
Stadt Frankfurt (Oder)	217,0	86,80
Stadt Slubice	10,0	4,00
InvestitionsBank des Landes Brandenburg	9,0	3,60
Sparkasse Frankfurt (Oder)	4,0	1,60

<u>Kennzahlen</u>	1999	2000
	TDM	TDM
Anlagevermögen	0,4	3,3
Eigenkapital	108,5	56,9
Bilanzsumme	154,6	99,7
Umsatzerlöse	132,7	113,9
Personalaufwand (einschließlich Sozialabgaben)	523,8	438,6
Jahresergebnis	- 69,0	- 51,6
Mitarbeiter (einschließlich Geschäftsführung und Auszubildende)	6	6

Geschäftsführung der Wirtschaftsförderung Brandenburg GmbH

Knut Solzbacher
(bis 26.09.2001)

Leonardo G. Noto
(bis 31.05.2001)

Dr. Detlef Stronk
(seit 29.01.2001)

Aufsichtsrat

Vorsitzender	Licht, Klaus-Dieter (bis 26.09.2001)	Vorsitzender des Vorstandes der InvestitionsBank des Landes Brandenburg, Potsdam
Stv. Vorsitzender	Stimming, Victor, Dr. (bis 26.09.2001)	Industrie- und Handelskammer Potsdam

Baesecke, Helmut (bis 26.09.2001)	Ministerium der Finanzen des Landes Brandenburg, Potsdam
Hoormann, Josef, Dr. (bis 26.09.2001)	Deutscher Gewerkschaftsbund Landesbe- zirk Berlin-Brandenburg
Kleiner, Hartmann, Dr. (bis 16.06.2001)	Vereinigung der Unternehmensverbände Berlin - Brandenburg e.V., Berlin
Kohnert, Peter, Dr. (bis 26.09.2001)	Ministerium für Wirtschaft des Landes Brandenburg, Potsdam
König, Wolfgang (bis 26.09.2001)	Handwerkskammer Potsdam
Liepelt, Volker (seit 21.06.2000 bis 26.09.2001)	Staatssekretär a. D., Berlin
Orwat, Detlef (bis 30.04.2000)	Staatssekretär a. D., Berlin
Schülke, Gundolf (bis 26.09.2001)	Industrie- und Handelskammer, Frankfurt (Oder)
Vollpracht, Hans-Joachim (bis 26.09.2001)	Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr des Landes Brandenburg, Potsdam
Watzlaw, Jürgen (bis 26.09.2001)	Handwerkskammer Frankfurt (Oder)

**2.4.3. Polnisch-Deutsche Wirtschaftsförderungsgesellschaft Aktiengesellschaft/
Polsko-Niemieckie Towarzystwo Wspierania
Gospodarki Spółka Akcyjna/
ul. Kobyłogórska 68
PL-66-400 Gorzów Wlkp.
Tel.: 00 48 95/720 83 40
Fax: 00 48 95/720 83 41
<http://www.twg.pl> oder www.infopolen.de
e-mail: twg@twg.pl**

Gründungsdatum: 17.03.1994

Gegenstand des Unternehmens

Förderung der Entwicklung der polnisch-deutschen wirtschaftlichen Zusammenarbeit, insbesondere in der grenznahen Region der Republik Polen und der Bundesrepublik Deutschland durch die Förderung von Investitions- und Kooperationsinitiativen und Wirtschaftsvorhaben sowie die Entwicklung kleiner und mittlerer Unternehmen.

Gründe für die Beteiligung (§ 65 Absatz 1 Nr. 1 LHO)

Die Beteiligung an der TWG ist mit dem Ziel der Förderung der deutsch-polnischen wirtschaftlichen Zusammenarbeit im Grenzraum übernommen worden. Das Land erwartet von der Gesellschaft Impulse für die Entwicklung der grenznahen Regionen Brandenburgs – insbesondere im Vorfeld der Integration Polens in die Europäische Union – und für den Außenhandel mit Polen. Mit den persönlichen Kontakten, die aus der Vermittlung grenzüberschreitender Geschäftsbeziehungen erwachsen, soll zudem ein Beitrag zur Verständigung geleistet werden.

Das wichtige Landesinteresse an der Beteiligung besteht derzeit noch fort. Der angestrebte Zweck lässt sich nicht besser und wirtschaftlicher auf andere Weise erreichen: Der Gründung der Gesellschaft ist eine eingehende Untersuchung der nach dem Recht der Republik Polen möglichen Organisationsformen vorausgegangen; nach dem Ergebnis war die Rechtsform der Aktiengesellschaft ohne Alternative.

Mit einer Aufnahme der Republik Polen in die Europäische Union würden sich die Rahmenbedingungen für die Gesellschaft fundamental ändern; im Hinblick darauf hat die deutsche Seite im Aufsichtsrat der Gesellschaft erklärt, die Finanzierung der Gesellschaft nur noch bis zum Jahr 2005 fortzuführen. Der Fortbestand des wichtigen Landesinteresses an der Beteiligung wird im Hinblick darauf erneut zu prüfen sein.

<u>Grundkapital</u>	PLN	v.H.
Insgesamt	1.600.000,-	100,0
<u>davon:</u>		
a) Aktionäre auf deutscher Seite		50,0
Land Brandenburg	395.000,-	24,7
Land Berlin	395.000,-	24,7
Land Mecklenburg-Vorpommern	5.000,-	0,3
Freistaat Sachsen	5.000,-	0,3
b) Aktionäre auf polnischer Seite		50,0
Minister des Staatsschatzes	800.000,-	50,0

<u>Kennzahlen</u>	1999 (in PLN)	2000 (in PLN)
Anlagevermögen	1.454.145,18	2.323.502,89
Eigenkapital	2.353.149,17	2.368.375,32
Bilanzsumme	4.152.606,94	4.604.397,14
Umsatzerlöse	- 973,19	44.885,52
Personalaufwand (einschließlich Sozialabgaben)	3.540.285,15	3.628.545,20
Jahresergebnis	- 82.541,94	85.811,82
Mitarbeiter (einschließlich Geschäftsführung)	34	34

Kurze Darstellung der Geschäftstätigkeit

Schwerpunkt der Tätigkeit der TWG war auch in den Jahren 1999 und 2000 die konkrete projektbezogene Beratung, das Vermitteln von Wirtschaftskontakten zwischen deutschen und polnischen Unternehmern und die Initiierung, Förderung und Begleitung von Kooperations- und Ansiedlungsvorhaben beiderseits der Grenze.

Gleichzeitig wurde die Gesellschaft mit einer Vielzahl individueller Anfragen zu fast allen Bereichen der Wirtschaftstätigkeit in Polen und Deutschland konfrontiert und um Informationen und Beratungsleistungen, vor allem zu Marktchancen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen gebeten. In der Beratungstätigkeit der TWG stand die Einschätzung von Produktions-, Beschaffungs- und Absatzchancen im Nachbarland im Vordergrund.

Besonderes Interesse bestand an Informationen, Analysen und Recherchen zu einzelnen Branchen, den Möglichkeiten und Bedingungen von Unternehmensgründungen, den Rahmenbedingungen des Arbeitsmarktes, den Bedingungen für Kredite und Chancen für Fördermittel, den Möglichkeiten der Sonderwirtschaftszonen und den Bedingungen und Formen von Genehmigungsverfahren.

Die Nachfrage nach TWG-Leistungen lag im Monatsdurchschnitt des Jahres 2000 bei 100 Hilfeersuchen. Insgesamt hat die Gesellschaft bis Ende 2000 ca. 7500 Unternehmen und Institutionen durch Information, Beratung, Geschäftspartnersuche, Gewerbeimmobilienvermittlung, Beschaffungs- und Absatzaktivitäten, Kooperationsanbahnung und Hilfe bei Investitionsvorhaben und Joint-Venture-Gründungen helfen können.

Beteiligungen

Die Polnisch-Deutsche Wirtschaftsförderungsgesellschaft Aktiengesellschaft hält keine Beteiligungen.

Vorstand

Dr. Jacek Robak

Dr. Reinhard Klein

Aufsichtsrat

Vorsitzender	Olszyński, Józef, Dr. (seit 18.12.2001)	Handelsschule, Institut für Weltwirtschaft, Warschau
--------------	--	---

Stv. Vorsitzender	Schlegel, Jörg,	Stv. Hauptgeschäftsführer der IHK Berlin, Sprecher der Geschäftsführung der BAO Berlin-Marketing Service GmbH
----------------------	-----------------	---

Bochenek, Ignacy (seit 01.12.2001)	Vizewojewode, Wojewodschaft Dolnośląski, Wrocław (Breslau)
Fedko, Edward (seit 01.12.2001)	Wojewode der Wojewodschaft Lubuskie
Gdański, Jacek (bis 20.06.2001)	Ministerium der Finanzen der Republik Polen, Warschau
Gieros, Aleksandra (seit 20.06.2001 bis 08.09.2001)	Ministerium der Finanzen der Republik Polen, Warschau
Iwan, Stanisław, Dr. (seit 15.05.2000 bis 01.12.2001)	Wojewode der Wojewodschaft Lubuskie
Jankowski, Grzegorz (bis 01.12.2001)	Vizewojewode der Wojewodschaft Zachodniopomorskie
Kapuścińska, Joanna	Stv. Direktorin der Abteilung Europäische Integration und internationale Zusammen- arbeit, Ministerium für Innere Angelegen- heiten und Verwaltung, Warschau
Kosiniak-Kamysz, Zenon (bis 20.06.2001)	Leiter der Handelsabteilung der Botschaft der Republik Polen, Berlin
Król, Józef (bis 01.12.2001)	Vizewojewode, Wojewodschaft Dolnośląski, Wrocław (Breslau)
Licht, Klaus-Dieter	Vorsitzender des Vorstandes der Investiti- onsBank des Landes Brandenburg, Potsdam
Majchrowski, Jan, Dr. (bis 14.04.2000)	Wojewode der Wojewodschaft Lubuskie
Mikołajczyk, Urszula	Direktorin der Abteilung Prozessvertretung Ministerium des Staatsschatzes der Republik Polen, Warschau
Osowski, Karol (seit 01.12.2001)	Vizewojewode der Wojewodschaft Zachodniopomorskie
Pieroth, Elmar (bis 20.06.2001)	Osteuropabeauftragter des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Berlin
Romberg, Erika (seit 15.07.2001 bis 08.02.2002)	Staatssekretärin bei der Senatsverwaltung für Wirtschaft und Technologie, Berlin

Schelling, Thilo	Wirtschaftsministerium des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Schwerin
Senftleben, Axel	Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, Berlin
Strauch, Volkmar (seit 08.02.2002)	Staatssekretär bei der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Arbeit und Frauen, Berlin
Vehse, Wolfgang, Dr.	Staatssekretär im Sächsischen Staats- ministerium für Wirtschaft und Arbeit, Dresden
Vogel, C. Wolfgang, Dr.	Staatssekretär im Ministerium für Wirt- schaft des Landes Brandenburg, Potsdam
Załobka, Sławomir (seit 23.11.2001)	Ministerium der Finanzen der Republik Polen, Warschau

**2.4.4. BICC - Internationales
Konversionszentrum Bonn -
Bonn International Center
for Conversion GmbH
An der Elisabethkirche 25
53113 Bonn
Tel.: 0228/911 96-0
Fax: 0228/24 12 15
<http://www.bicc.de>
e-mail: bicc@bicc.de**



BONN INTERNATIONAL CENTER FOR CONVERSION
B·I·C·C

Gründungsdatum: 13.09.1994

Gegenstand des Unternehmens

Die Gesellschaft befasst sich auf der Grundlage von Forschung und Wissenschaft mit den durch die Umstellung militärischer auf zivile Aktivitäten und Strukturen entstehenden Fragen und Problemen und stellt die Ergebnisse der Öffentlichkeit zur Verfügung. Konversion soll als operativer Teil der Abrüstung und der praktischen Umsetzung von Demilitarisierung den notwendigen Transformationsprozess beschleunigen, die Umstellungszeit verkürzen und die entstehenden Kosten mindern.

Gründe für die Beteiligung (§ 65 Absatz 1 Nr. 1 LHO)

Durch eine Beteiligung an der Gesellschaft wird dem Land Brandenburg ermöglicht, die spezifischen Erfahrungen und Probleme des von der Konversion besonders betroffenen Landes in die internationale Behandlung von Konversionsaufgaben - z.B. bei der EU - einzubringen und gleichzeitig aus dem Zugang zum internationalen Konversionswissen des BICC Nutzen zu ziehen. Die Gesellschaft leistet dem Land Brandenburg auch unterstützende Dienste dabei, internationale Kontakte für die im Land Brandenburg entstandene Konversionsbranche zu knüpfen, die letztlich Markteinstiegschancen für brandenburgische Unternehmen der Konversionsbranche insbesondere Ostmitteleuropa und hier vor allem der künftigen EU-Beitrittsländer darstellen.

Das wichtige Landesinteresse an der Beteiligung besteht weiterhin. Der angestrebte Zweck lässt sich nicht besser und wirtschaftlicher auf andere Weise verwirklichen: Die Gesellschafterstellung verschafft dem Land den vollen Zugang zu den Arbeitsergebnissen der BICC; dabei ist das Land von Beiträgen zur laufenden Finanzierung der Gesellschaft freigestellt.

<u>Stammkapital</u>	TDM	v.H.
Insgesamt	50,0	100,00
<u>davon:</u>		
Land Brandenburg	7,5	15,00
Land Nordrhein-Westfalen	27,5	55,00
Westdeutsche Landesbank Girozentrale, Düsseldorf/Münster	7,5	15,00
Landesentwicklungsgesellschaft NRW	7,5	15,00

<u>Kennzahlen</u>	1999 TDM	2000 TDM
Anlagevermögen	204,6	250,3
Eigenkapital	421,3	422,4
Bilanzsumme	4.474,4	6.262,1
Umsatzerlöse	3.252,7	3.172,0
Personalaufwand (einschließlich Sozialabgaben)	2.397,2	2.974,6
Jahresergebnis	179,8	1,0
Mitarbeiter (einschließlich Geschäftsführung)	33	41
darunter Auszubildende	1	1

Kurze Darstellung der Geschäftstätigkeit

Als internationaler „Think Tank“ auf dem Gebiet der Konversion erarbeitet die BICC Forschungsberichte und Hintergrundanalysen und leistet Politikberatung, u. a. zum Vergleich von Verteidigungsbudgets, zur internationalen Situation überschüssiger Waffen sowie zur Konversion im Bereich der militärischen Forschung und Entwicklung. Mit ihrer Arbeit versteht sich die BICC als Informationsvermittler für Personen und Organisationen, Universitäten und wissenschaftliche Einrichtungen, Betriebe, Kommunen, Regierungsstellen und Nichtregierungsorganisationen, die in den unterschiedlichen Feldern der Konversion wissenschaftlich und praktisch tätig sind.

Die sechs Arbeitsfelder der BICC sind:

- Staatliche Verteidigungsausgaben und ihre Verwendung im Sinne einer „Friedensdividende“
- Zivile Anwendungsmöglichkeiten militärischer Forschung und Entwicklung
- Umstrukturierung der Rüstungsindustrie und beschäftigungspolitische Alternativen
- Demobilisierung und Reintegration ehemaliger Militärangehöriger
- Erschließung und zivile Nutzung militärischer Standorte
- Entsorgung überschüssiger Waffen.

Daneben bietet die Gesellschaft Beratung und Managementhilfe bei der Durchführung von Modellprojekten, z. B. für Regionen und Kommunen bei der zivilen Umnutzung ehemaliger Militärliegenschaften. Im Auftrag des Landes führte die BICC eine Evaluierung der Konversion in Brandenburg durch.

Beteiligungen

Die Gesellschaft hält keine Beteiligungen.

Geschäftsführung

Dr. Herbert Wulf

Aufsichtsrat

Vorsitzender	Krebs, Hartmut (seit 16.08.2000)	Ministerium für Schule, Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein- Westfalen, Düsseldorf
	Lieb, Wolfgang, Dr. (bis 13.07.2000)	Ministerium für Schule, Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein- Westfalen, Düsseldorf
Stv. Vorsitzender	Fleischer, Peter, Dr. (bis 28.02.2001)	Investitions-Bank NRW Zentralbereich der WestLB, Düsseldorf
	Deitmer, Michael	Ministerium für Wirtschaft und Mittelstand, Energie und Verkehr des Landes Nord- rhein-Westfalen, Düsseldorf
	Hatzfeld, Ulrich, Dr.	Ministerium für Arbeit und Soziales, Qualifikation und Technologie des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf
	Mungen, Edgar,	Landesentwicklungsgesellschaft Nord- rhein-Westfalen
	Roos, Birgit, Dr. (seit 15.05.2001)	Bankdirektorin der Westdeutschen Landesbank Girozentrale, Düsseldorf
	Rubin, Helmut	Finanzministerium des Landes Nordrhein- Westfalen, Düsseldorf
	Vogt, Roland	Ministerium für Wirtschaft des Landes Brandenburg, Potsdam

**2.4.5. IIC The New German Länder
Industrial Investment
Council GmbH
Charlottenstraße 57
10104 Berlin
Tel.: 030/20 94-56 60
Fax: 030/20 94-56 65
<http://www.iic.de>
e-mail: info@iic.de**



INDUSTRIAL INVESTMENT COUNCIL

Gründungsdatum: 12.12.1996

Gegenstand des Unternehmens

Investorenwerbung zur Förderung der Wirtschaft für den Standort "Neue Bundesländer" einschließlich Berlins durch gezielte Akquisition ausländischer, insbesondere größerer Unternehmen, um die industrielle Entwicklung in dieser Region durch konkrete Ansiedlungserfolge zu stärken und neue Arbeitsplätze zu schaffen.

Gründe für die Beteiligung (§ 65 Absatz 1 Nr. 1 LHO)

Die IIC soll zur Entwicklung des Industriestandorts Brandenburg und zur Schaffung neuer Dauerarbeitsplätze beitragen. Eine besondere Chance, dieses Ziel zu erreichen, liegt in der Bündelung der Kräfte des Bundes und der neuen Bundesländer in der gemeinsamen Gesellschaft. Die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft ist bis Ende 2004 befristet.

Bis zur Beendigung besteht, vor dem Hintergrund eines zunehmend steigenden Standortwettbewerbs der Regionen untereinander, das Landesinteresse an einer Akquisition internationaler Investoren für Brandenburg fort. Derzeit ist keine wirtschaftlichere Form der Umsetzung des Interesses bei gleicher Effektivität erkennbar, da sich die IIC durch mehrjährige Tätigkeit im Bereich der Investorenakquisition ein weitreichendes Netzwerk zu internationalen Unternehmen und Entscheidungsträgern aufgebaut hat.

<u>Stammkapital</u>	TDM	v.H.
Insgesamt	1.000,0	100,00
<u>davon:</u>		
Bundesrepublik Deutschland	300,0	30,00
Land Brandenburg	112,7	11,27
Land Berlin	56,8	5,68
Land Mecklenburg-Vorpommern	83,9	8,39
Freistaat Sachsen	207,4	20,74
Land Sachsen-Anhalt	125,1	12,51
Freistaat Thüringen	114,1	11,41

<u>Kennzahlen</u>	1999	2000
	TDM	TDM
Anlagevermögen	497,9	529,7
Eigenkapital	18.179,0	8.159,0
Bilanzsumme	19.252,9	9.477,1
Sonstige betriebliche Erträge	423,6	161,8
Personalaufwand (einschließlich Sozialabgaben)	5.110,9	4.936,2
Jahresergebnis	- 10.305,8	- 10.020,1
Mitarbeiter (einschließlich Geschäftsführung)	32	31
darunter Auszubildende	0	0

Kurze Darstellung der Geschäftstätigkeit

Die Gesellschaft unternimmt Marketing-Aktivitäten, sie erarbeitet Marktanalysen und führt Branchenpräsentationen durch. Im Laufe des Jahres 1999 sind durch die Tätigkeit der Gesellschaft insgesamt 19 Ansiedlungs- und Investitionsentscheidungen ausländischer Unternehmen, verbunden mit einem Investitionsvolumen von rd. 1,7 Mrd. DM, herbeigeführt worden. Mit diesen Investitionen wurden ca. 4.300 direkte Arbeitsplätze geschaffen. Als Zielländer werden verstärkt die USA und England bearbeitet. Dort wird die Arbeit durch IIC-eigene, kleine Büros unterstützt. Einen weiteren Schwerpunkt bildet Asien, vor allem Japan.

Im Geschäftsjahr 2000 entschieden sich 32 von der IIC betreute Unternehmen für eine Ansiedlung in den neuen Bundesländern, das geplante Investitionsvolumen betrug rd. 508 Mio DM; rd. 6.460 neue Arbeitsplätze sollten unmittelbar in den Betrieben entstehen. 50 weitere Projekte befanden sich in Bearbeitung. Die Gesamtbilanz der Gesellschaft beläuft sich per 31.12.2000 auf 60 Ansiedlungen mit einem Investitionsvolumen von rd. 4,17 Mrd. DM und über 13.000 Arbeitsplätze.

Nachdem die IIC in den Vorjahren lediglich eine kleinere Ansiedlung in Brandenburg bewirken konnte, ist es im Jahr 2000 gelungen, in Brandenburg fünf Unternehmen mit rd. 52,1 Mio DM Investitionsvolumen und 805 direkten Arbeitsplätzen anzusiedeln.

Beteiligungen

Die Gesellschaft hält keine Beteiligungen.

Geschäftsführung

Dr. Horst Dietz
(ab 01.08.2002)

Dr. Hans Christoph von Rohr
(bis 31.07.2002)

Dr. Stefan Feuerstein
(bis 30.03.2001)

Cornelius Brand
(seit 23.07.2001)

Aufsichtsrat

Vorsitzender	Werner, Dietmar, Prof. Dr.	ehem. Mitglied des Vorstands der BASF AG, Ludwigshafen
Stv. Vorsitzender	Schwanitz, Rolf	Staatsminister im Bundeskanzleramt, Berlin
	Branoner, Wolfgang (bis 19.08.2001)	Senator a.D., Berlin
	Budde, Katrin (seit 29.03.2001 bis 21.04.2002)	Ministerin für Wirtschaft und Technologie des Landes Sachsen-Anhalt, Magdeburg
	Ebnet, Otto, Dr. (seit 20.08.2001)	Wirtschaftsminister des Landes Mecklen- burg-Vorpommern, Schwerin
	Eggert, Rolf, Prof. Dr. (bis 19.08.2001)	Wirtschaftsministerium des Landes Meck- lenburg-Vorpommern, Schwerin
	Fleischer, Peter, Dr. (seit 20.08.2001)	Vorstandssprecher der Deutschen Aus- gleichsbank, Bonn
	Forster, Carl-Peter (seit 16.01.2002)	Vorstandsvorsitzender der Adam Opel AG, Rüsselsheim
	Freifrau von Friesen, Juliane (seit 20.08.2001 bis 17.01.2002)	Senatorin a. D., Berlin
	Friderichs, Hans, Dr.	Bundesminister a. D., Mainz
	Fürniß, Wolfgang, Dr.	Minister für Wirtschaft des Landes Bran- denburg, Potsdam

Gabriel, Matthias (bis 28.03.2001)	Minister a. D., Magdeburg
Gillo, Martin, Dr. (seit 02.07.2002)	Staatsminister für Wirtschaft und Arbeit des Freistaates Sachsen, Dresden
Groot, Bart (seit 16.01.2002)	Vorsitzender der Geschäftsführung Buna Sow Leuna Olefinverbund
Gysi, Gregor, Dr. (seit 23.07.2002 bis 31.07.2002)	Senator a. D., Berlin
Hendry, Robert W. (seit 14.06.2000 bis 15.01.2002)	ehem. Vorstandsvorsitzender der Adam Opel AG, Rüsselsheim
Herman, David J. (bis 14.06.2000)	Vorsitzender des Vorstands General Motors Corp., Moskau
Mangold, Klaus, Dr. (bis 29.02.2000)	Vorsitzender des Vorstands Daimler- Chrysler Service (debis) AG, Stuttgart
Maucher, Helmut O., Dr. (bis 22.03.2002)	Präsident des Verwaltungsrates Nestlé AG, Bad Homburg
Odewald, Jens, Dr. (bis 15.01.2002)	Verwaltungsratsvorsitzender der Odewald & Compagnie GmbH, Bergisch-Gladbach
Rehberger, Horst, Dr. (seit 02.07.2002)	Minister für Wirtschaft und Technologie des Landes Sachsen-Anhalt, Magdeburg
von Rohr, Cristoph (ab 01.08.2002)	ehemaliger Geschäftsführer IIC
Schommer, Kajo, Dr. (bis 18.04.2002)	Staatsminister für Wirtschaft und Arbeit des Freistaates Sachsen, Dresden
Schulmeyer, Gerhard (seit 16.01.2002)	CEO, Siemens Corporation, New York
Schuster, Franz	Staatsminister für Wirtschaft, Arbeit und Infrastruktur des Freistaates Thüringen, Erfurt

**2.4.6.1. TMB Tourismus-Marketing
Brandenburg GmbH
Am Neuen Markt 1 - Kabinetthaus
14467 Potsdam
Tel.: 0331/2 98 73-0
Fax: 0331/2 98 73-73
<http://www.reiseland-brandenburg.de>
e-mail: tmb@reiseland-brandenburg.de**



Gründungsdatum: 25.02.1998

Gegenstand des Unternehmens

Die umfassende Entwicklung und Vermarktung der touristischen Angebote im Land Brandenburg insbesondere:

1. *Marktforschung und -analyse,*
2. *Entwicklung von Marketingstrategien,*
3. *Zielgruppendefinition und -ansprache,*
4. *Produktentwicklung und -vertrieb,*
5. *Binnenmarketing,*
6. *Marktentwicklung und -sicherung, Lizenzvergaben,*
7. *Reservierungs- und Zimmervermittlungsservice,*
8. *Grenzüberschreitende Tourismus-Marketing-Kooperation.*

Gründe für die Beteiligung (§ 65 Absatz 1 Nr. 1 LHO)

Angesichts der wesentlichen Bedeutung der Förderung des Tourismus für den Wirtschaftsstandort Brandenburg ist es für das Land von besonderem Interesse, die im Tourismus tätigen Unternehmen, Verbände und Kommunen darin zu unterstützen, ein leistungsstarkes Marketing auf den Weg zu bringen. Die Gesellschaft arbeitet mit den nationalen Spitzenverbänden des Tourismus, den regionalen Anbietern touristischer Leistungen sowie den Tourismus-Marketing Organisationen anderer Bundesländer, insbesondere Berlins, zusammen.

Das wichtige Landesinteresse an der Beteiligung besteht weiterhin. Der angestrebte Zweck lässt sich nicht besser und wirtschaftlicher auf andere Weise erreichen: Die Mitwirkung des Landes als Gesellschafter in der TMB ist derzeit noch erforderlich. Jedoch wird eine schrittweise Reduzierung der Landesbeteiligung nach Wegfall dieses Erfordernisses angestrebt.

<u>Stammkapital</u>	TDM	v.H.
Insgesamt	200,0	100,00
<u>davon:</u>		
Land Brandenburg	76,0	38,00
Tourismusverband Land Brandenburg e. V. Vereinigung der brandenburgischen Tourismuswirtschaft e. V.	52,0	26,00
Vereinigung der brandenburgischen Verbände und Körperschaften zur Förderung der brandenburgischen Tourismuswirtschaft GbR	20,0	10,00

<u>Kennzahlen</u>	1999	2000
	TDM	TDM
Anlagevermögen	171,7	127,8
Eigenkapital	199,0	201,0
Bilanzsumme	946,8	968,2
Umsatzerlöse	741,3	1.285,6
Erhaltene Zuwendungen	5.401,4	5.191,5
Personalaufwand (einschließlich Sozialabgaben)	849,9	833,8
Jahresergebnis	6,0	2,1
Mitarbeiter (einschließlich Geschäftsführung)	7	7
Auszubildende	0	1

Kurze Darstellung der Geschäftstätigkeit

Aufbauend auf den Erfahrungen des Jahres 1998 und den Marktforschungsanalysen wurde in den beiden Berichtsjahren 1999 und 2000 die Marketingarbeit der TMB im Interesse des Reiselandes Brandenburg zielgerichtet ausgebaut.

Um eine klare Positionierung bei der Vermarktung der touristischen Angebote des Landes zu erreichen, wurde die Wortbildmarke "Stadt-Land-Fluss" entwickelt und seither durch sämtliche Marketingaktivitäten der TMB konsequent eingesetzt.

Die TMB ist Betreiber des landesweiten Informations- und Reservierungssystems (IRS) ReiseLand Brandenburg, bei dem 13 Reisegebiete und touristisch relevante Orte als Vermarkter und Vermittler im Sinne eines touristischen Kooperations- und Vertriebsnetzwerks miteinander verbunden sind. Ziel des entstandenen Buchungsverbundes ist die Buchbarkeit auf örtlicher, regionaler und Landesebene sowie deutschlandweit und international auf Reisebüro- und Internet-Ebene zu ermöglichen. Im Berichtszeitraum waren rund 30 örtliche und regionale Informations- und Reservierungsstellen mit der zentralen Angebotsdatenbank bei der TMB vernetzt. Diese touristischen Angebote des Reiselandes Brandenburg wurden auch in verschiedenen Broschüren mit Schwerpunktthemen veröffentlicht. Darüber hinaus 38 Messen im In- und Ausland und 17 Promotion-Veranstaltungen durchgeführt.

Als besonderes Instrument des Binnenmarketings wurde die "TMB-Info" eingerichtet, die über aktuelle touristische Nachrichten und Termine, Marktforschungsergebnisse und praktische Informationen zum Tourismusmanagement informiert. Außerdem führte die TMB zur Weiterbildung touristischer Fachkräfte aus dem Reiseland Brandenburg im Jahr 1999 drei Seminare zu den Themen "Produktentwicklung", "Reklamationsmanagement" und "Telefonmarketing", im Jahr 2000 vier Seminare mit den Inhalten "Pressearbeit", "Besucherbetreuung auf Messen", "Gästezufriedenheit und Kundenbindung" sowie "Produktentwicklung" durch.

Beteiligungen

In den Berichtsjahren 1999 und 2000 hielt die Gesellschaft folgende Beteiligung:

DIRG - Deutschland Informations- und Reservierungsgesellschaft mbH i. L. (in Liquidation seit 01.07.2000)

Gegenstand des Unternehmens: Aufbau und Betrieb eines nationalen deutschen Informations- und Reservierungssystems.

<u>Stammkapital</u>	TDM	v.H.
Insgesamt	120,0	100,00
<u>davon:</u>		
TMB Tourismus-Marketing Brandenburg GmbH	5,0	4,17
Deutscher Tourismusverband e.V.	10,0	8,33
Deutscher Hotel und Gaststättenverband e.V.	5,0	4,17
Deutscher Reisebüro- und Reiseveranstalter- Verband e.V.	5,0	4,17
asr Bundesverband Mittelständischer Reiseunter- nehmen e.V.	5,0	4,17
Tourismusverbände der einzelnen Bundesländer	je 5 TDM	75,00

<u>Kennzahlen</u>	1999
	TDM
Anlagevermögen	26,0
Eigenkapital	120,0
Bilanzsumme	573,0
Umsatzerlöse	1.582,0
Personalaufwand (einschließlich Sozialabgaben)	492,0
Jahresergebnis	2,0
Mitarbeiter (einschließlich Geschäftsführung) - durchschnittlich -	6

* Für das Geschäftsjahr 2000 liegen keine Angaben vor; die Gesellschaft ist am 01.07.2000 in Liquidation gegangen.

Geschäftsführung der TMB - Tourismus-Marketing Brandenburg GmbH

Dieter Hütte

Aufsichtsrat

Vorsitzender	Vogel, C. Wolfgang, Dr.	Staatssekretär im Ministerium für Wirtschaft des Landes Brandenburg, Potsdam
Stv. Vorsitzender	Linde, Jürgen, Dr.	Minister a. D., Potsdam
	Badstübner, Thomas (seit 06.07.2000)	Vereinigung der brandenburgischen Verbände und Körperschaften zur Förderung der Brandenburgischen Tourismuswirtschaft GbR, Potsdam
	Bentrop, Hans-Hermann, Dr. (bis 31.05.2000)	Staatssekretär im Ministerium für Landwirtschaft, Umweltschutz und Raumordnung des Landes Brandenburg, Potsdam
	Franzen, Gerhard	Vereinigung der brandenburgischen Tourismuswirtschaft e. V., Potsdam
	Hoppe, Harald, Dr. (seit 11.12.2000)	Ministerium für Landwirtschaft, Umweltschutz und Raumordnung des Landes Brandenburg, Potsdam

Krsynowski, Bert
(bis 10.05.2000)

Vereinigung der brandenburgischen Ver-
bände und Körperschaften zur Förderung
der Brandenburgischen Tourismuswirt-
schaft GbR, Potsdam

Naujokat, Detlef

Vereinigung der brandenburgischen
Tourismuswirtschaft e. V., Potsdam

Stephan, Peter

Landestourismusverband Brandenburg
e. V., Potsdam

**2.4.7. Trägergesellschaft Deutscher Pavillon mbH i. L.
 c/o Messe Düsseldorf GmbH
 Postfach 101006
 40001 Düsseldorf
 Tel.: 0211/4560 01
 Fax: 0211/4560 8542**

Gründungsdatum: 30.04.1997

Liquidation: 01.01.2001

Gegenstand des Unternehmens

Planung, Errichtung und Betrieb des Deutschen Pavillons auf der Weltausstellung Expo 2000 in Hannover und alle damit zusammenhängenden Geschäfte. Dazu zählen insbesondere:

- *die Sicherstellung und Koordinierung der Finanzierung des Deutschen Pavillons,*
- *die Realisierung von Präsentationen und Veranstaltungen im Deutschen Pavillon,*
- *die Einrichtung eines Forums der Länder,*
- *die Verankerung von dezentralen Projekten der Länder.*

Gründe für die Beteiligung

Mit der Beteiligung an der TDP GmbH hat das Land Brandenburg eine Gesamtpräsentation Deutschlands auf der Expo 2000 unterstützt. Die Gesellschaft hat im Jahr 2000 ihre Aufgaben erfüllt.

<u>Stammkapital</u>	TDM	v.H.
Insgesamt	113,3	100,00
<u>davon:</u>		
Land Brandenburg	1,0	0,88
Bundesrepublik Deutschland	79,1	69,81
EXPO Beteiligungsgesellschaft der Deutschen Wirtschaft mbH & Co. KG	3,3	2,91
Übrige Bundesländer	29,9	26,39

<u>Kennzahlen</u>	1999	2000
	TDM	TDM
Anlagevermögen	0,0	0,0
Eigenkapital	112,0	62,6
Bilanzsumme	6.875,7	21.293,1
Kostenerstattungen und Bereitstellungen	37.295,6	127.837,0
Personalaufwand (einschließlich Sozialabgaben)	1.606,1	2.499,4
Jahresergebnis	- 1,4	- 49,6
Mitarbeiter (einschließlich Geschäftsführung)	10	14
darunter Auszubildende	0	0

Kurze Darstellung der Geschäftstätigkeit

Die Gesellschaft hat im Geschäftsjahr 2000 ihre von den Gesellschaftern vorgegebenen Aufgaben erfüllt und ihre Tätigkeit wie vorgesehen am 31.12.2000 eingestellt. Mit dem Beginn der Weltausstellung am 01.06.2000 haben alle Bereiche der TDP so gearbeitet, wie es in der Planung vorgesehen war.

Die Liquidation der Gesellschaft soll bis zum Ende des Jahres 2002 abgeschlossen sein.

Beteiligungen

Die Gesellschaft hielt in den Berichtsjahren 1999 und 2000 keine Beteiligungen.

Geschäftsführung

Prof. Claus Groth
(bis 31.12.2000)

Liquidator

Messe Düsseldorf GmbH
(seit 01.01.2001)

Aufsichtsrat

Vorsitzende	Breuel, Birgit (bis 31.12.2000)	Generalkommissarin der Weltausstellung EXPO 2000, Hannover
Stv. Vorsitzender	Schneider, Michael (bis 31.12.2000)	Generalbevollmächtigter der LfA – Bayerische Förderbank, München
	Gabriel, Matthias (bis 31.12.2000)	Minister a. D., Magdeburg
	Grote, Birgit, Dr. (bis 31.12.2000)	Staatssekretärin im Ministerium für Wirt- schaft, Technologie und Verkehr des Landes Niedersachsen, Hannover
	Hoffmann Johannes Joachim (bis 31.12.2000)	Staatskanzlei Thüringen, Erfurt
	Jordan, Erwin (bis 31.12.2000)	Staatssekretär a.D., Bonn
	Klimmt, Reinhard (bis 31.12.2000)	Bundesminister a. D., Berlin
	Mosdorf, Sigmar (bis 31.12.2000)	Parlamentarischer Staatssekretär im Bun- desministerium für Wirtschaft und Techno- logie, Berlin
	Naumann, Michael, Dr. (bis 31.12.2000)	Staatsminister a. D. beim Bundeskanzler, Berlin
	Prewo, Wilfried, Dr. (bis 31.12.2000)	Geschäftsführer der EXPO-Beteiligungs- gesellschaft der deutschen Wirtschaft mbH & Co. KG, Hannover
	von Wartenberg, Ludolf, Dr. (bis 31.12.2000)	Hauptgeschäftsführer des Bundesver- bandes der Deutschen Industrie e. V., Köln

**2.5.1. Märkische Entsorgungsanlagen-
Betriebsgesellschaft mbH**
Tschudistraße
14476 Neu Fahrland
Tel.: 033208/60-0
Fax: 033208/60-235
<http://www.meab.de>
e-mail: meab@meab.de



Gründungsdatum: 01.07.1990

Eintritt des Landes Brandenburg: 30.06.1993

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand der Gesellschaft sind

- a) *Deponierung, Lagerung, Aufbereitung und Umwandlung von Abfällen jeglicher Art einschließlich Vermarktung der Materialien;*
- b) *Planung, Errichtung und Betrieb von Behandlungs- und Entsorgungsanlagen jeglicher Art einschließlich erforderlicher Sicherungs-, Sanierungs-, Rekultivierungs- und Nachsorgemaßnahmen;*
- c) *Erbringung von Bau-, Projektierungs- und Überwachungsleistungen auch gegenüber Dritten;*
- d) *Erbringung von Laborleistungen auf dem Gebiet der Umweltanalytik und deren Bewertung auch gegenüber Dritten;*
- e) *Vermittlung der Verbringung von Abfällen jeglicher Art;*
- f) *Sammeln und Transport von Abfällen jeglicher Art;*
- g) *Beratungs- und Schulungsmaßnahmen im Zusammenhang mit vorgenannten Leistungen.*

Gründe für die Beteiligung (§ 65 Absatz 1 Nr. 1 LHO)

Die Länder Berlin und Brandenburg haben Beteiligungen in Höhe von jeweils 50 v. H. an der MEAB von der Treuhandanstalt erworben, um die abfallwirtschaftliche Zusammenarbeit auf partnerschaftlicher Grundlage zu festigen und zu vertiefen. Dies war im Hinblick auf die hohen Altlastenrisiken und den erheblichen Finanzbedarf für die Sicherung, Sanierung, Rekultivierung und Nachsorge der im Land Brandenburg gelegenen Deponien sowie im Interesse der Entsorgungssicherheit geboten. Die Länder haben vereinbart, grundsätzlich auf die Ausschüttung von Dividenden zu verzichten und der Gesellschaft Überschüsse zur Erfüllung ihrer Aufgaben zu belassen.

Das wichtige Landesinteresse an der Beteiligung besteht fort. Der angestrebte Zweck lässt sich nicht besser und wirtschaftlicher auf andere Weise verwirklichen: Die Beteiligung des Landes ist erforderlich, um die ordnungsgemäße Erfüllung der im öffentlichen Interesse liegenden Aufgabe der Deponiesanierung – und den bestimmungsgemäßen Einsatz der dafür angesammelten Finanzmittel – sicherzustellen.

<u>Stammkapital</u>	TDM	v.H.
Insgesamt	50.000,0	100,00
<u>davon:</u>		
Land Brandenburg	25.000,0	50,00
Land Berlin	25.000,0	50,00

<u>Kennzahlen</u>	1999¹	2000¹
	TDM	TDM
Anlagevermögen	50.792,9	44.219,5
Eigenkapital	120.916,8	164.785,4
Bilanzsumme	951.740,2	984.761,7
Umsatzerlöse	58.273,7	48.036,9
Personalaufwand (einschließlich Sozialabgaben)	20.467,0	19.212,0
Jahresergebnis	14.637,0	43.868,6
Mitarbeiter (einschließlich Geschäftsführung)	273	275
darunter: Auszubildende	17	17

¹ Vorläufiger Jahresabschluss

Kurze Darstellung der Geschäftstätigkeit

Die MEAB mbH deponiert Siedlungsabfälle/Gewerbeabfälle, Bauschutt und Asbestabfälle auf ihren Deponien. Sonderabfälle werden in der Sonderabfallverbrennungsanlage Schöneiche thermisch behandelt bzw. auf der Deponie Röthehof abgelagert. Neben der Deponierung von Abfällen werden auch Abfallstoffe im Unternehmen verwertet. Zusätzlich zur Deponierung, Verbrennung und Verwertung von Abfallstoffen besteht eine wesentliche Aufgabe in der Sicherung, Sanierung und Rekultivierung der Deponien. Im Berichtszeitraum hat die Gesellschaft die Planungen für die Deponiesicherung und –sanierung weitergeführt; auch sind die Sicherungs- und Sanierungsarbeiten bereits angelaufen.

Im Geschäftsjahr 1999 hat sich die Gesellschaft zudem mit der operativen Umsetzung grundlegender Strategieentscheidungen befasst. Schwerpunkt dieser Entwicklung ist die Ergänzung der bisherigen Geschäftstätigkeit, der ausschließlichen Abfallbeseitigung, um Verwertungsaktivitäten. Ziel ist es, künftig auch Beratungs-, Bau- und Sortierleistungen anzubieten.

Die Ertragslage der Gesellschaft hat sich im Geschäftsjahr 2000 trotz rückläufiger Umsätze positiv entwickelt. Die Entwicklung der Anlieferungsmengen und Umsätze der MEAB zeigt allerdings, dass der Umbruch in der Branchenentwicklung, dem Rückgang der andienungspflichtigen Abfälle zur Beseitigung und der verstärkten Annahme von Abfällen zur Verwertung, mit seinen Auswirkungen auf die Gesellschaft noch nicht abgeschlossen ist.

Beteiligungen

Die Gesellschaft hält folgende Beteiligung:

SBB Entsorgungswirtschaft GbR

Sitz des Unternehmens: Potsdam

Gegenstand des Unternehmens: Zweck der Gesellschaft ist es, bei der SBB Sonderabfallgesellschaft Brandenburg/Berlin mbH eine Stammeinlage und ggf. später weitere Geschäftsanteile aus Kapitalerhöhungen zu übernehmen und die so erworbenen Geschäftsanteile als Gesamt-handvermögen zu verwalten.

<u>Stammkapital</u>	TDM	v.H.
Insgesamt	3.000,0	100,00
<u>Davon:</u>		
MEAB – GmbH	39,0	1,30

Geschäftsführung der Märkischen Entsorgungsanlagen-Betriebsgesellschaft mbH

Dipl.-Kfm. Dipl.-Ing. Winfried Polch
(bis 18.12.2001)

Werner Brücklmeier

Aufsichtsrat

Vorsitzender	Lehmann-Tolkmitt, Sigurd, Dr.	Würzburg
Stv. Vorsitzender	Schikora, Andreas, Dr.	Senatsverwaltung für Finanzen, Berlin
	Damm, Andreas, Dr.	Ministerium der Finanzen des Landes Brandenburg, Potsdam
	Remde, Bernhard	Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt- schutz und Raumordnung des Landes Brandenburg, Potsdam
	Volland, Ingo	Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Berlin

**2.5.2. SBB Sonderabfallgesellschaft
Brandenburg/Berlin mbH
Berliner Straße 27 a
14467 Potsdam
Tel.: 0331/27 93 - 0
Fax: 0331/27 93 - 20
<http://www.sbb-mbh.de>
e-mail: pr@sbb-mbh.de**



Gründungsdatum: 03.11.1994

Gegenstand des Unternehmens

Organisation der Entsorgung besonderer überwachungsbedürftiger Abfälle in den Ländern Berlin und Brandenburg mit dem Ziel, die Entsorgungssicherheit für Gewerbe und Industrie zu gewährleisten. Dazu ist die Vermeidung von besonderer überwachungsbedürftiger Abfälle zu fördern und - soweit dies nicht möglich ist - eine ordnungsgemäße und umweltverträgliche Verwertung oder Beseitigung dieser Abfälle langfristig zu sichern.

Das Unternehmen ist die zentrale Einrichtung im Sinne der Landesabfallgesetze der beteiligten Länder. Zu ihren Aufgaben gehören insbesondere:

- 1. die Zuweisung der von den Abfallbesitzern ordnungsgemäß angedienten besonders überwachungsbedürftigen Abfälle in dafür zugelassene und aufnahmebereite Abfallentsorgungsanlagen,*
- 2. die Sicherung ausreichender Entsorgungsmöglichkeiten, vor allem durch den Abschluss von langfristigen Entsorgungsverträgen und wenn es notwendig ist auch durch die Beteiligung, die Errichtung und den Betrieb von eigenen Abfallentsorgungsanlagen,*
- 2. die Überprüfung der ordnungsgemäßen Entsorgung von besonders überwachungsbedürftigen Abfällen im Rahmen der übertragenen Befugnisse,*
- 4. die Information und Beratung von Abfallbesitzern und Abfallentsorgungsunternehmen über die Möglichkeiten der Vermeidung und Verwertung von besonders überwachungsbedürftigen Abfällen,*
- 5. die Mitarbeit an Entsorgungskonzepten.*

Gründe für die Beteiligung (§ 65 Absatz 1 Nr. 1 LHO)

Die SBB ist durch die Sonderabfallentsorgungsverordnung vom 03.05.1995 mit Wirkung zum 01.07.1995 zur zentralen Einrichtung für die Organisation der Entsorgung von besonders überwachungsbedürftigen Abfällen im Land Brandenburg bestimmt worden. Das Land Berlin hat die SBB gleichfalls zur zentralen Einrichtung bestimmt.

Das in dieser Rechtsvorschrift zum Ausdruck kommende wichtige Landesinteresse am Bestehen der SBB als zentrale Einrichtung ist unverändert gegeben.

Der angestrebte Zweck kann nicht besser und wirtschaftlicher auf andere Weise erreicht werden: Um sicherzustellen, dass die SBB die ihr übertragenen hoheitlichen Aufgaben mit der gleichen Zuverlässigkeit wie eine Behörde erfüllt, halten die Länder Berlin und Brandenburg zur Sicherung eines maßgeblichen Einflusses eine Beteiligung in Höhe von jeweils 25 v.H. Die Gesellschafter haben bei Gründung der Gesellschaft in einem Konsortialvertrag vereinbart, bis zum Ablauf des Jahres 1998 die Beteiligungsverhältnisse zu überprüfen. Im Ergebnis haben sich alle Gesellschafter übereinstimmend für eine Beibehaltung der Beteiligungsverhältnisse ausgesprochen, da sich die Zusammenarbeit unter diesen Bedingungen bewährt hat. Eine Beendigung der Landesbeteiligung kommt danach nicht in Betracht.

<u>Stammkapital</u>	TDM	v.H.
Insgesamt	3.000,0	100,00
<u>davon:</u>		
Land Brandenburg	750,0	25,00
Land Berlin	750,0	25,00
SBB Entsorgungswirtschaft GbR	750,0	25,00
SBB Abfallerzeuger GbR	750,0	25,00

<u>Kennzahlen</u>	1999	2000
	TDM	TDM
Anlagevermögen	273,9	2.293,5
Eigenkapital	3.940,8	3.298,5
Bilanzsumme	4.626,4	3.981,0
Umsatzerlöse	3.596,4	3.513,1
Personalaufwand (einschließlich Sozialabgaben)	2.775,5	2.993,5
Jahresergebnis	- 839,0	-642,3
Mitarbeiter (einschließlich Geschäftsführung)	32	33
darunter: Auszubildende	0	1

Kurze Darstellung der Geschäftstätigkeit

Zum Jahreswechsel 1998/1999 wurde bundesweit der Europäische Abfallkatalog eingeführt. Nachweise, die ab dem 01.01.1999 weiterhin benutzt werden sollten, waren auf die Abfallschlüssel und die Abfallbezeichnungen des Europäischen Abfallkataloges umzustellen. Die EAK-Umstellung konnte fristgerecht realisiert werden.

In Anpassung an die aktuelle Rechtsentwicklung wurden die Andienungspflichten an die SBB in den Ländern Berlin und Brandenburg auf besonders überwachungsbedürftige Abfälle zur Beseitigung beschränkt; gleichzeitig wurde die Entscheidungskompetenz der SBB hinsichtlich der Einordnung eines Abfalls zur Beseitigung oder Verwertung gestärkt: Die SBB kann in Abstimmung mit den zuständigen Fachbehörden der beiden Länder die Andienung eines konkreten besonders überwachungsbedürftigen Abfalls kostenpflichtig anordnen.

Zum 01.05.2000 setzten beide Länder Gebührenverordnungen für die Tätigkeit der SBB in Kraft. Damit wurde die bisherige Kostenerhebung der SBB (teils Entgelte, teils Gebühren) auf eine einheitliche Basis gestellt. Die bisherigen Entgeltregelungen wurden der Höhe nach im Wesentlichen beibehalten.

Der Geschäftsverlauf im Jahr 2000 war in hohem Maße analog zum Vorjahr. Die Anzahl der Verwaltungsvorgänge in Form von Entsorgungsnachweisen und Andienungen in der Zentralen Stelle im Geschäftsjahr 2000 reduzierte sich zwar gegenüber 1999, jedoch stiegen die von der SBB im Bereich Begleitscheinwesen/Faktura bearbeiteten Vorgänge jährlich und erreichten im Jahr 2000 das 1,6fache des Jahres 1998.

Die der Zuständigkeit der SBB unterliegenden entsorgten Sonderabfälle sind mengenmäßig gegenüber den jeweiligen Vorjahren stetig gestiegen. Dabei zeigte sich eine unterschiedliche Tendenz zwischen Bausonderabfällen und sonstigen Sonderabfällen; während bei den Nicht-Bauabfällen im Jahr 2000 das zweite Jahr in Folge ein Mengenrückgang bis zu 10 v.H. zu verzeichnen ist, wird diese Entwicklung durch Zuwächse bei den Bauabfallmengen mehr als kompensiert.

Beteiligungen

Die Gesellschaft hält keine Beteiligungen.

Geschäftsführung

Berend Wilkens

Aufsichtsrat

Vorsitzender	Bergfelder, Wolfgang	Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Berlin
Stv. Vorsitzender	Konczalla, Martin, Dr.	SBB Entsorgungswirtschaft GbR
	Alberts, Detlef (seit 20.03.2000 bis 09.06.2001)	SBB Abfallerzeuger GbR
	Bresinsky, Eberhard, Dr. (bis 31.12.2001)	SBB Abfallerzeuger GbR
	Eisermann, Reinhard, Dr.	SBB Entsorgungswirtschaft GbR
	Gembus, Hans-Jürgen	Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Berlin
	Hübel, Dieter, Dr. (seit 08.03.2002)	SBB Abfallerzeuger GbR
	Jarchow, Peter (seit 22.11.2001)	SBB Abfallerzeuger GbR
	Knippenberg, Burkhard, Dr.	Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt- schutz und Raumordnung des Landes Brandenburg, Potsdam
	Petrick, Hans-Jürgen	Ministerium für Wirtschaft des Landes Brandenburg, Potsdam
	Wittke, Jürgen (bis 19.03.2000)	SBB Abfallerzeuger GbR

**2.5.3. Brandenburgische Landgesellschaft mbH i.L.
Hauptallee 116/6
15838 Wünsdorf-Waldstadt
Tel.: 03377/388-101
Fax: 03377/388-110**

Gründungsdatum: 20.02.1991

Liquidation: 01.01.1996

Gegenstand des Unternehmens

Abschluss der laufenden Geschäfte, im Wesentlichen die Verwaltung und Verwertung des noch vorhandenen Vermögens der Gesellschaft, insbesondere des Grundvermögens.

Gründe für die Beteiligung

Die Gesellschaft ist durch Beschluss der Gesellschafterversammlung zum 01.01.1996 aufgelöst.

Das Land trägt als Hauptgesellschafter dafür Sorge, dass die Abwicklung der Geschäfte weitestmöglich im Einklang mit den landespolitischen Zielen der Entwicklung des ländlichen Raumes erfolgt; aus diesem Grund besteht das wichtige Landesinteresse an der Beteiligung bis zum Abschluss des Liquidationsverfahrens fort.

<u>Stammkapital</u>	TDM	v.H.
Insgesamt	51.681,0	100,00
<u>davon:</u>		
Land Brandenburg	51.680,0	99,98
InvestitionsBank des Landes Brandenburg	1,0	0,02

<u>Kennzahlen</u>	1999	2000
	TDM	TDM
Anlagevermögen	4.129,8	2.338,0
Eigenkapital	- 14.366,7	- 33.414,1
Bilanzsumme	68.231,4	66.941,3
Umsatzerlöse	2.002,2	3.240,8
Personalaufwand (einschließlich Sozialabgaben)	0,0	0,0
Jahresergebnis	- 4.997,3	- 19.047,3
Mitarbeiter (einschließlich Geschäftsführung)	0	0

Kurze Darstellung der Geschäftstätigkeit

Der Unternehmensgegenstand – im ländlichen Raum Siedlungs-, Agrarstrukturverbesserungs- und Landesentwicklungsmaßnahmen durchzuführen – wird überlagert von dem Zweck des Liquidationsverfahrens, die laufenden Geschäfte zu beenden, die Verpflichtungen der Gesellschaft zu erfüllen, ihre Forderungen einzuziehen und das Vermögen der Gesellschaft in Geld umzusetzen (§ 70 GmbH-Gesetz).

Nachdem der Bestand der Beschäftigten im Laufe des Jahres 1998 auf Null reduziert worden ist, wird die Durchführung der restlichen Liquidationsarbeiten in Kooperation mit der Brandenburgischen Boden Gesellschaft für Grundstücksverwaltung und –verwertung mbH von Wünsdorf aus veranlasst.

Die Liquidation der Gesellschaft wurde im Jahr 2000 planmäßig fortgeführt; besonders schwierig gestaltet sich die Abwicklung der Bodenbevorratungsverträge. Es wird angestrebt, die Liquidation der Gesellschaft bis zum Jahresende 2005 abzuschließen.

Beteiligungen

Die Gesellschaft hält keine Beteiligungen.

Liquidatoren

Andreas Seer
(bis 01.04.2000)

Brandenburgische Boden Gesellschaft für
Grundstücksverwaltung und -verwertung mbH
(seit 01.04.2000)

Beirat

Pfeiffer, Jochen, Dr.	Ministerium für Landwirtschaft, Umweltschutz und Raumordnung des Landes Brandenburg, Potsdam
Kleemann, Dieter	InvestitionsBank des Landes Brandenburg, Potsdam
Michael, Hans-Werner	Ministerium der Finanzen des Landes Brandenburg, Potsdam

2.6.1. **Landesentwicklungsgesellschaft
für Städtebau, Wohnen und Verkehr
des Landes Brandenburg mbH i.L.
Seeburger Chaussee 2
14476 Groß Glienicke
Tel.: 033201/27-0
Fax: 033201/27-450
<http://www.leg-brandenburg.de>
e-mail: landesentwicklungsgesellschaft@leg-brandenburg.de**



Gründungsdatum: 21.10.1991

Liquidation: 01.11.2001

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die Planung, Vorbereitung und Durchführung von Maßnahmen der Landesentwicklung in den Bereichen Städtebau, Wohnen und Verkehr sowie Umwelt- und Naturschutz auf dem Gebiet des Landes Brandenburg, ferner die Verwertung eigener Rechte.

Gründe für die Beteiligung

Die Gesellschaft ist aufgrund eines Beschlusses der Gesellschafterversammlung zum 01.11.2001 aufgelöst. Der Unternehmensgegenstand wird danach überlagert von dem Zweck des Liquidationsverfahrens, die laufenden Geschäfte zu beenden, die Verpflichtungen der Gesellschaft zu erfüllen, ihre Forderungen einzuziehen und das Vermögen der Gesellschaft in Geld umzusetzen (§ 70 GmbHG).

Das Land trägt als Gesellschafter dafür Sorge, dass die Abwicklung der Geschäfte weitestmöglich im Einklang mit Zielen der Landesentwicklung erfolgt; aus diesem Grund besteht das wichtige Landesinteresse fort.

<u>Stammkapital</u>	TDM	v.H.
Insgesamt	100.000,0	100,00
<u>davon:</u>		
Land Brandenburg	100.000,0	100,00

1. Konzerndaten der LEG-Gruppe

<u>Kennzahlen</u>	1999 ¹	2000 ¹
	TDM	TDM
Anlagevermögen	137.095,1	117.099,9
Eigenkapital	51.372,7	1.418,6
Bilanzsumme	424.389,0	445.661,2
Umsatzerlöse	66.024,6	27.431,2
Personalaufwand (einschließlich Sozialabgaben)	14.684,7	15.973,0
Jahresergebnis	- 52.322,0	- 49.954,1

¹ Vorläufig

2. Jahresabschlüsse der Gesellschaft LEG

<u>Kennzahlen</u>	1999 ¹	2000 ¹
	TDM	TDM
Anlagevermögen	146.344,4	163.969,8
Eigenkapital	77.142,7	14.385,1
Bilanzsumme	331.033,0	367.102,4
Umsatzerlöse	72.827,0	23.238,4
Personalaufwand (einschließlich Sozialabgaben)	12.899,9	13.040,7
Jahresergebnis	- 38.731,5	- 62.757,6
Mitarbeiter (einschließlich Geschäftsführung)	154	131
darunter: Auszubildende	11	8

¹ Vorläufig

Kurze Darstellung der Geschäftstätigkeit

Wirtschaftliche Schwierigkeiten und Verluste der LEG in den Jahren 1999 und 2000 haben die Landesregierung veranlasst, am 09.10.2001 zu beschließen, dass die LEG zu liquidieren ist. Auf dieser Grundlage hat die Gesellschafterversammlung am 01.11.2001 mit Wirkung zum gleichen Tag die Liquidation der LEG beschlossen.

Als Überwachungsorgan wurde am 23.11.2001 anstelle des bisherigen Aufsichtsrates zur straffen Begleitung der Liquidatoren ein sechsköpfiger Beirat eingesetzt.

In der Liquidationsphase sollen die laufenden Projekte – soweit wirtschaftlich vertretbar – geordnet zu Ende geführt werden.

Beteiligungen

Die Gesellschaft hielt in den Geschäftsjahren 1999 und 2000 folgende Beteiligungen:

1. Entwicklungsgesellschaft Waldstadt Wünsdorf / Zehrendorf mbH

Sitz des Unternehmens: Wünsdorf

Gegenstand des Unternehmens: Baureifmachung, Entwicklung, Vermietung, Verkauf und Verwaltung von Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten im Bereich der vormals vom Oberkommando der Westgruppe der russischen Truppen in Wünsdorf/Zossen genutzten und einem Sondervermögen des Landes Brandenburg zugeführten WGT-Liegenschaft einschließlich immobiliennaher Dienstleistungen und Vermittlungstätigkeiten auch im fremden Namen und für fremde Rechnung. Hierzu gehören alle Arten von Grundstücksentwicklung und städtebaulichen Maßnahmen.

<u>Stammkapital</u>	TDM	v.H.
Insgesamt	8.500,0	100,00
<u>Davon:</u>		
LEG	8.480,0	99,76
Gemeinde Wünsdorf	9,0	0,11
Struktur- und Wirtschaftsförderungsgesellschaft	11,0	0,13

<u>Kennzahlen</u>	1999	2000
	TDM	TDM
Anlagevermögen	2.459,8	2.250,1
Eigenkapital	5.144,6	5.734,6
Bilanzsumme	127.703,3	104.998,7
Umsatzerlöse	10.613,3	3.767,9
Personalaufwand (einschließlich Sozialabgaben)	1.784,8	1.650,5
Jahresergebnis	- 3.352,5	590,1
Mitarbeiter (einschließlich Geschäftsführung) - durchschnittlich -	20	19

2. LEG Landesentwicklungsgesellschaft Berlin-Brandenburg mbH

Sitz des Unternehmens: Potsdam

Gegenstand des Unternehmens: Vorbereitung und Durchführung städtebaulicher Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen. Ferner sollen Aufgaben im Wohnungswesen und bei der Entwicklung von Gewerbestandorten wahrgenommen werden. Der räumliche Tätigkeitsbereich umfasst insbesondere das Gebiet der Länder Berlin und Brandenburg. Die Gesellschaft darf für die Länder Berlin und Brandenburg, die Gemeinden, Gemeindeverbände und andere Auftraggeber für städtebauliche Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen sowie Maßnahmen der Strukturverbesserung tätig werden. Die Gesellschaft kann ihre Aufgabenerfüllung ständig durch Grundstücksbevorratung für eigene und fremde Rechnung sichern.

<u>Stammkapital</u>	TDM	v.H.
Insgesamt	100,0	100,00
<u>Davon:</u>		
LEG	50,0	50,00
BLEG Berliner Landesentwicklungsgesellschaft mbH	50,0	50,00

<u>Kennzahlen</u>	1999	2000
	TDM	TDM
Anlagevermögen	51,4	52,7
Eigenkapital	838,0	841,8
Bilanzsumme	2.336,2	1.577,3
Umsatzerlöse	694,5	554,5
Personalaufwand (einschließlich Sozialabgaben)	430,5	449,6
Jahresergebnis	228,0	231,8
Mitarbeiter (einschließlich Geschäftsführung) - durchschnittlich -	7	8

3. Grundstücksverwaltungsgesellschaft "Grundbesitz Premnitz, Döberitz und Rathenow" GbR

Durch Ausübung einer Kaufoption hat die LEG am 01.04.2001 die übrigen von der LEG-Wohnen gehaltenen Anteile an der GbR erworben. Die Vereinigung aller Gesellschaftsanteile bei der LEG führte zur Auflösung der Gesellschaft und damit zur Anwachsung ihrer Vermögensgegenstände und Schulden bei der LEG.

Sitz des Unternehmen: Groß Glienicke

Gegenstand des Unternehmens: Halten, Verwalten und Verwerten bestimmter Grundstücke.

<u>Festkapital</u>	TDM	v.H.
Insgesamt	39.680,0	100,00
<u>Davon:</u>		
LEG	22.347,8	56,32
LEG Wohnen/DKB Wohnen	17.332,2	43,68

<u>Kennzahlen</u>	1999	2000
	TDM	TDM
Anlagevermögen	26.064,6	25.857,7
Eigenkapital	24.891,1	24.370,2
Bilanzsumme	78.153,3	77.346,7
Umsatzerlöse	5.452,1	9.216,5
Personalaufwand (einschließlich Sozialabgaben)	269,7	239,8
Jahresergebnis	746,4	- 520,9

4. Projektentwicklungsgesellschaft Potsdam Verwaltungs-GmbH

Sitz des Unternehmens: Potsdam

Gegenstand des Unternehmens: Erwerb und die Verwaltung von Beteiligungen sowie die Übernahme der persönlichen Haftung und der Geschäftsführung bei Handelsgesellschaften, insbesondere die Beteiligung als persönlich haftende Gesellschafterin an der Projektplanungsgesellschaft Potsdam mbH & Co. KG, sowie der Erwerb eines Grundstückes auf dem Gebiet des sogenannten Potsdam Centers sowie die Entwicklung von Bau- und Verwertungskonzeptionen zur baulichen Überarbeitung, Bebauung und Verwertung dieses Grundstückes.

Anmerkung: Mit notariellem Vertrag vom 22.03.2000 wurden die Geschäftsanteile der Nuthe-Auen-Beteiligungs-GbR an die LEG veräußert. Der Vertrag wurde mit der Zustimmung der Gesellschafterversammlung der LEG am 08.01.2001 rechtskräftig.

<u>Stammkapital</u>	TDM	v.H.
Insgesamt	600,0	100,00
<u>Davon:</u>		
LEG	598,5	99,75
Nuthe-Auen-Beteiligungs GbR (NAB)	1,5	0,25

<u>Kennzahlen</u>	1999	2000
	TDM	TDM
Anlagevermögen	5,2	3,5
Eigenkapital	- 97,0	- 284,9
Bilanzsumme	4.098,5	4.463,6
Umsatzerlöse	126,7	543,3
Personalaufwand (einschließlich Sozialabgaben)	0	417,7
Jahresergebnis	- 241,3	- 187,9
Mitarbeiter (einschließlich Geschäftsführung) - durchschnittlich -	0	2

5. Projektentwicklungsgesellschaft Potsdam mbH & Co. KG

Sitz des Unternehmens: Potsdam

Gegenstand des Unternehmens: Ausarbeitung, Entwicklung und Umsetzung von Aufgaben der Stadt- und Landesentwicklung des Landes Brandenburg in den Bereichen Städtebau, Wohnen und Verkehr sowie Umwelt- und Naturschutz auf dem Gebiet der Landeshauptstadt Potsdam und ihrer Umgebung sowie die Übernahme und Ausführung entsprechender Aufgaben und Leistungen für die Landesentwicklungsgesellschaft für Städtebau, Wohnen und Verkehr des Landes Brandenburg mbH (LEG). Gegenstand des Unternehmens ist des Weiteren die Entwicklung, Erschließung, Bauvorbereitung und Verwertung von Grundbesitz, die Verwaltung eigenen und fremden Grundbesitzes sowie die Betreuung der Durchführung von Hochbaumaßnahmen von Bauvorhaben auf dem Gebiet der Landeshauptstadt Potsdam und ihrer Umgebung.

<u>Stammkapital</u>	TDM	v.H.
Insgesamt	9.779,2	100,00
<u>davon:</u>		
LEG	9.779,2	100,00

<u>Kennzahlen</u>	1999	2000
	TDM	TDM
Anlagevermögen	28.303,0	32.110,2
Eigenkapital	9.211,6	487,8
Bilanzsumme	40.841,2	54.136,3
Umsatzerlöse	64,6	1.501,0
Personalaufwand (einschließlich Sozialabgaben)	0	864,0
Jahresergebnis	- 567,6	- 8.723,7
Mitarbeiter (einschließlich Geschäftsführung) - durchschnittlich -	0	10

6. GbR Neu Döberitz

Sitz des Unternehmens: Dallgow-Döberitz

Gegenstand des Unternehmens: Erwerb, Entwicklung, Erschließung bis zur Baureife und die Veräußerung des Gebietes Neu Döberitz.

<u>Festkapital</u>	TDM	v.H.
Insgesamt	1.000,0	100,00
<u>davon:</u>		
LEG	500,0	50,00
RSE Projektmanagement AG	500,0	50,00

<u>Kennzahlen</u>	1999	2000
	TDM	TDM
Anlagevermögen	1.334,8	1.334,8
Eigenkapital	1.497,4	2.103,0
Bilanzsumme	80.952,8	74.563,1
Umsatzerlöse	8.791,7	997,2
Jahresergebnis	653,5	729,6

7. Brandenburgische Landeswohnungsbaugesellschaft - LEG Wohnen - mbH

Die LEG hat ihre Anteile an der LEG Wohnen zum **01.01.2001** an die **DKB Deutsche Kreditbank AG** veräußert.

Da die LEG mit Wirkung ab diesem Zeitpunkt nicht mehr Gesellschafterin der LEG-Wohnen ist, hat sie an der Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.12.2000 der LEG-Wohnen nicht mehr mitgewirkt.

Sitz des Unternehmens: Groß Glienicke

Gegenstand des Unternehmens: Erwerb, Errichtung bzw. Modernisierung und Instandsetzung, die anschließende Veräußerung sowie die Betreuung, Bewirtschaftung und Verwaltung von Wohnbauten in allen Rechts- und Nutzungsformen.

<u>Stammkapital</u>	TDM	v.H.
Insgesamt	80.000,0	100,00
<u>davon:</u>		
LEG	40.000,0	50,00
DKB Deutsche Kreditbank AG	40.000,0	50,00

<u>Kennzahlen</u>	1999
	TDM
Anlagevermögen	166.294,7
Eigenkapital	77.074,9
Bilanzsumme	313.122,3
Umsatzerlöse	146.680,1
Personalaufwand (einschließlich Sozialabgaben)	8.056,1
Jahresergebnis	- 2.925,1
Mitarbeiter (einschließlich Geschäftsführung) - durchschnittlich -	92

Die LEG ist weiterhin an den Grundstücksfondsgesellschaften Heroldplatz Nr.1 Grundstücksgesellschaft b.R. mit 5,99 v.H. und an der Heroldplatz Nr.2 Grundstücksgesellschaft b.R. mit 5,85 v.H. beteiligt sowie an der LEG Wohnpark Waldstadt Grundstücksgesellschaft b.R. mit 0,32 v.H. . Diese Gesellschaften wurden mit dem Ziel gegründet, potentielle Anleger für bestimmte Immobilien zu gewinnen.

Geschäftsführung der LEG i.L.

Rainer-Maria Geisler
(seit 01.04.2000)
bis 31.10.2001)

Germanus Pause
(bis 20.06.2000)

Wolfgang Heitmann
(bis 31.03.2000)

Liquidatoren

Caren Berg
(seit 01.11.2001)

Peter Leonhardt
(seit 23.01.2002)

Aufsichtsrat

Vorsitzender	Appel, Clemens (bis 23.11.2001)	Staatssekretär im Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr des Landes Brandenburg, Potsdam
Stv. Vorsitzender	Schröder, Burkhard, Dr. (bis 17.04.2001)	Landrat des Landkreises Havelland, Rathenow
	Baesecke, Helmut (bis 03.07.2001)	Ministerium der Finanzen des Landes Brandenburg, Potsdam
	Giesecke, Peer (bis 23.11.2001)	Landrat Landkreis Teltow-Fläming, Luckenwalde
	Kleemann, Dieter (bis 23.11.2001)	Mitglied des Vorstandes der Investitions-Bank des Landes Brandenburg, Potsdam
	Kohnert, Peter, Dr. (bis 25.10.2001)	Ministerium für Wirtschaft des Landes Brandenburg, Potsdam
	Krug, Wolfgang (bis 31.01.2001)	Mitglied des Vorstandes der Deutschen Kreditbank AG, Berlin
	Leirich, Hans-Dieter, Dr. (bis 23.11.2001)	Wirtschaftsprüfer, Berlin

Mader, Hans-Joachim, Dr. (bis 23.11.2001)	Ministerium für Landwirtschaft, Umweltschutz und Raumordnung des Landes Brandenburg, Potsdam
Puchta, Rudi (bis 23.11.2001)	Generalbevollmächtigter a. D. der Dresdner Bank
Rischke, Carl Gottfried (bis 01.06.2000)	Vorsitzender des Vorstandes der LBS Ostdeutsche Landesbausparkasse AG, Potsdam
Schackmann-Fallis, Karl-Peter, Dr. (seit 24.08.2001 bis 23.11.2001)	Staatssekretär im Ministerium der Finanzen des Landes Brandenburg, Potsdam

Aufgrund des Beschlusses zur Liquidation der Gesellschaft wurde der Gesellschaftsvertrag am 01.11.2001 geändert; der **Beirat** übernimmt die Funktion der Überwachung des Liquidators.

Beirat der LEG i.L.

Vorsitzender	Appel, Clemens (seit 23.11.2001)	Staatssekretär im Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr des Landes Brandenburg, Potsdam
	Feiler, Klaus (seit 23.11.2001)	Ministerium der Finanzen des Landes Brandenburg, Potsdam
	Kleemann, Dieter (seit 23.11.2001)	Mitglied des Vorstandes der Investitionsbank des Landes Brandenburg, Potsdam
	Mader, Hans-Joachim, Dr. (seit 23.11.2001)	Ministerium für Landwirtschaft, Umweltschutz und Raumordnung des Landes Brandenburg, Potsdam
	Muth, Michael, Dr. (seit 23.11.2001)	Ministerium des Innern des Landes Brandenburg, Potsdam
	Neumann, Frank, Dr. (seit 23.11.2001)	Ministerium für Wirtschaft des Landes Brandenburg, Potsdam

2.6.2. VBB Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg GmbH
Hardenbergplatz 2
10623 Berlin
Tel.: 030/254 14 - 0
Fax : 030/254 14 – 112
<http://www.vbbonline.de>
e-mail: info@vbbonline.de



Verkehrsverbund
Berlin-Brandenburg GmbH

Gründungsdatum: 8.12.1994

Eintritt des Landes Brandenburg: 30.09.1996

Gegenstand des Unternehmens

Förderung der nachfrage- und bedarfsgerechten Sicherung und Entwicklung der Leistungsfähigkeit und Attraktivität des öffentlichen Personennahverkehrs im Sinne der ÖPNV-Gesetze der Länder Berlin und Brandenburg sowie des Einigungsvertrages und der Grundsatzvereinbarungen der Länder Berlin und Brandenburg vom 30.12.1993.

Zur Verwirklichung dieses Zwecks hat die Gesellschaft insbesondere folgende Aufgaben:

- a) *Erarbeitung und Abstimmung eines den regionalen Bedingungen angepassten einheitlichen Bedienungskonzepts, Erstellung eines daraufhin gerichteten integrierten Fahrplans sowie Formulierung von Qualitäts- und technischen Angebotsstandards;*
- b) *Konzipierung, Einführung und Fortentwicklung eines einheitlichen Beförderungstarifsystems, eines einheitlichen Beförderungstarifs für den Verbundverkehr, einheitlicher Tarif- und Beförderungsbedingungen, Fahrgastinformationen, Marketingmaßnahmen und Abfertigungs- und Zahlungssysteme;*
- c) *Erarbeitung und Anwendung eines Einnahmeaufteilungsverfahrens für das Verbundgebiet sowie Durchführung und Kontrolle der Einnahmeaufteilungsrechnungen;*
- d) *Vergabe (einschl. Vertragskontrolle und Abrechnung) der Schienen-Personennahverkehr-Leistungen (SPNV-Leistungen) im Rahmen der für diese Aufgaben vorgesehenen Budgets im Namen und für Rechnung der betroffenen Aufgabenträger.*

Gründe für die Beteiligung (§ 65 Absatz 1 Nr. 1 LHO)

Nachdem das Land zum 01.01.1996 Aufgabenträger für den Schienen-Personennahverkehr geworden war, hat es zum 30.09.1996 eine Landesbeteiligung an der Vorbereitungsgesellschaft erworben, um dort an der Vorbereitung des Verbundes als Gesellschafter mitwirken zu können. Zum 01.01.1997 sind der Gesellschaftsvertrag, insbesondere auch der Unternehmensgegenstand, neu gefasst und die Gesellschaft in "VBB Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg GmbH" umfirmiert worden.

Das Landesinteresse an der Beteiligung an der VBB-GmbH ergibt sich aus den gesetzlichen Rahmenbedingungen. Gemäß § 5 Absatz 4 des Gesetzes über den öffentlichen Personennahverkehr vom 26.10.1995 (GVBl. I, 252) soll insbesondere mit dem Land Berlin unter Beteiligung aller betroffenen Aufgabenträger (Land, Landkreise, kreisfreie Städte) ein Verkehrs- und Tarifverbund gebildet werden. Träger dieses Verbundes ist die VBB. Unter dem Dach der VBB soll eine weitgehend koordinierte Planung, Organisation und Durchführung des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) in Brandenburg und Berlin unter Wahrung der Eigenverantwortlichkeit aller Aufgabenträger realisiert werden. Ziel ist die Einheitlichkeit von Bedienungsoberfläche, Qualitätsstandards und Erscheinungsbild des ÖPNV-Angebots mit einem integrierten Gesamtnetz ohne Trennung zwischen SPNV und übrigen ÖPNV.

Das wichtige Landesinteresse an der Beteiligung besteht fort. Der angestrebte Zweck lässt sich nicht besser und wirtschaftlicher auf andere Weise verwirklichen: Die Gesellschafterstellung sichert dem Land die Mitwirkung an der Gestaltung der Verbundtätigkeit.

<u>Stammkapital</u>	TDM	v.H.
Insgesamt	585,0	100,00
<u>davon:</u>		
Land Brandenburg	195,0	33,34
Land Berlin	195,0	33,34
Brandenburgische Kommunen	195,0	33,34
Stadt Potsdam		
Stadt Frankfurt (Oder)		
Stadt Brandenburg a. d. H.		
Landkreis Potsdam-Mittelmark		
Landkreis Dahme-Spreewald		
Landkreis Teltow-Fläming		
Landkreis Märkisch-Oderland		
Landkreis Oder-Spree		
Landkreis Oberhavel		
Landkreis Barnim		
Landkreis Havelland		
Landkreis Prignitz		
Landkreis Uckermark		
je 15.000,- DM		

<u>Kennzahlen</u>	1999	2000
	TDM	TDM
Anlagevermögen	2.050,5	2.802,9
Eigenkapital	585,0	585,0
Bilanzsumme	14.148,7	8.201,4
Umsatzerlöse	664,5	1.239,6
Erhaltene Zuwendungen insgesamt	19.870,8	20.269,3
Personalaufwand (einschließlich Sozialabgaben)	4.961,6	5.660,6
Jahresergebnis	0,0	0,0
Mitarbeiter (einschließlich Geschäftsführung)	58	63
darunter: Auszubildende	3	4

Kurze Darstellung der Geschäftstätigkeit

Das Geschäftsjahr 2000 ist das erste volle Verbundjahr nach der Einführung des Verbundtarifs. Durch die Einführung des VBB-Tarifs zum 01.04.1999 ließ sich die Wirtschaftlichkeit der Verkehrsunternehmen steigern. Mit der Tarifierpassung zum 01.08.2000 wurde der VBB-Tarif der allgemeinen Kostenentwicklung angepasst. Spezielle tarifliche Angebote des Verbundes, wie z.B. Kombiticketangebote und die Einführung eines verbundweit gültigen Semestertickets zum 01.04.2000 für die Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder) verbesserten die Attraktivität des Verbundes.

Die erzielten Fahrgeldeinnahmen aus dem VBB-Tarif werden über ein Einnahmeaufteilungsverfahren unter den Verkehrsunternehmen aufgeteilt. Der zur Abdeckung von tarifbedingten Mindereinnahmen für die brandenburgischen Unternehmen vom Land Brandenburg eingerichtete Fonds wurde auch im Geschäftsjahr 2000 nicht ausgeschöpft.

Mit der erwarteten Assoziierung des Zweckverbandes ÖPNV Lausitz-Spreewald (ZÖLS) in die Verbundgesellschaft voraussichtlich in 2001 wird der Verbundraum im Sinne der gesetzlichen und vertraglichen Vorgaben vervollständigt.

Beteiligungen

Die Gesellschaft hält keine Beteiligungen.

Geschäftsführung

Uwe Stindt

Aufsichtsrat

Vorsitzender	Giesecke, Peer	Landrat des Landkreises Teltow-Fläming, Luckenwalde
Stv. Vorsitzender	Krautzberger, Maria (seit 04.09.2000)	Staatssekretärin der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Berlin
	Alltschekow, Peter	Staatskanzlei des Landes Brandenburg, Potsdam
	Benthin, Joachim, Dr. (bis 30.01.2002)	Landrat des Landkreises Uckermark, Prenzlau
	Bosse, Hans-Joachim	Finanzdezernent Landeshauptstadt Potsdam
	Hinkefuß, Dietrich	Senatskanzlei, Berlin
	Hoffmann, Ulrich	Ministerium des Innern des Landes Brandenburg, Potsdam
	Ihrke, Bodo	Landrat des Landkreises Barnim, Eberswalde
	Kalender, Ural, Dr.	Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Berlin
	Klinkmüller, Carl-Heinz (bis 01.03.2002)	1. Beigeordneter des Landkreises Dahme- Spreewald, Lübben
	Koch, Lothar	Landrat des Landkreises Potsdam- Mittelmark, Belzig
	Lange, Hans	Landrat des Landkreises Prignitz, Perle- berg
	Mehlmann, Ulrich	Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr des Landes Brandenburg, Potsdam
	Michael, Hans-Werner	Ministerium der Finanzen des Landes Brandenburg, Potsdam

Patzelt, Martin (seit 06.05.2002)	Oberbürgermeister der Stadt Frankfurt (Oder)
Platzeck, Matthias (bis 26.06.2002)	Oberbürgermeister der Stadt Potsdam
Pohl, Wolfgang (bis 06.05.2002)	Oberbürgermeister der Stadt Frankfurt (Oder)
Reinking, Jürgen	Landrat des Landkreises Märkisch- Oderland, Seelow
Schliesing, Helmut, Dr. (bis 06.05.2002)	Oberbürgermeister der Stadt Brandenburg (Havel)
Schmidt, Hellmuth, Prof. Dr. (seit 06.05.2002)	Oberbürgermeister der Stadt Brandenburg (Havel)
Schmitz, Klemens (seit 30.01.2002)	Landrat des Landkreises Uckermark, Prenzlau
Schröder, Burkhard, Dr.	Landrat des Landkreises Havelland, Rathenow
Schröter, Jürgen, Dr. (bis 09.02.2002)	Landrat des Landkreises Oder-Spree, Beeskow
Schröter, Karl-Heinz	Landrat des Landkreises Oberhavel, Oranienburg
Schulz, Günter	Senatsverwaltung für Finanzen, Berlin
Wékel, Julian (bis 11.07.2000)	Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Berlin
Wille, Martin (seit 01.03.2002)	Landrat des Landkreises Dahme-Spree- wald, Lübben
Zalenga, Manfred (seit 09.02.2002)	Landrat des Landkreises Oder-Spree, Beeskow

**2.6.3. DEGES Deutsche Einheit Fernstraßen-
planungs- und -bau GmbH
Zimmerstraße 54
10117 Berlin
Tel.: 030/202 43-0
Fax: 030/202 43-291**

DEGES

Gründungsdatum: 07.10.1991

Gegenstand des Unternehmens

Planung und Baudurchführung (Bauvorbereitung und Bauüberwachung) von und für Bundesfernstraßen oder wesentliche Teile davon im Rahmen der Auftragsverwaltung gemäß Artikel 90 Grundgesetz. Entsprechendes gilt für vergleichbare Verkehrsinfrastrukturprojekte in der Baulast der Gesellschafter einschließlich zugehöriger Aufgaben.

Gründe für die Beteiligung (§ 65 Absatz 1 Nr. 1 LHO)

Die DEGES ist eine gemeinsame Gesellschaft des Bundes und der neuen Bundesländer. Ihr sind die Planung und die schlüsselfertige Erstellung der meisten Strecken der Fernstraßenprojekte Deutsche Einheit auf dem Gebiet der neuen Länder übertragen worden. Anfang 1999 wurden darüber hinaus Zubringerstrecken zu den Fernstraßenprojekten Deutsche Einheit auf die DEGES übertragen. In Brandenburg sind dies die Aus- und Neubaustrecken A 2, A 9, A 20, Teilstrecken der A 10 - Südring sowie die B101.

Das wichtige Landesinteresse an der Beteiligung besteht angesichts der hohen Bedeutung des Ausbaus der Verkehrsinfrastruktur in den neuen Bundesländern fort. Der angestrebte Zweck lässt sich nicht besser und wirtschaftlicher auf andere Weise verwirklichen: Die Beteiligung sichert dem Land die Mitwirkung an der Gestaltung der Tätigkeit sowie den Zugang zu den Leistungen der Gesellschaft.

<u>Stammkapital</u>	TDM	v.H.
Insgesamt	100,0	100,00
<u>davon:</u>		
Bundesrepublik Deutschland	50,0	50,00
Land Brandenburg	10,0	10,00
Land Mecklenburg-Vorpommern	10,0	10,00
Freistaat Sachsen	10,0	10,00
Land Sachsen-Anhalt	10,0	10,00
Freistaat Thüringen	10,0	10,00

<u>Kennzahlen</u>	1999	2000
	TDM	TDM
Anlagevermögen	2.538,3	2.730,6
Eigenkapital	150,0	160,0
Bilanzsumme	1.257.456,7	1.433.271,3
Mittelzuweisungen durch Gesellschafter	1.242.643,9	1.422.827,0
Personalaufwand (einschließlich Sozialabgaben)	35.100,2	36.223,2
Jahresergebnis	10,0	10,0
Mitarbeiter (einschließlich Geschäftsführung)	258	260
darunter: Auszubildende	5	6

Kurze Darstellung der Geschäftstätigkeit

Bis Ende 2000 befanden sich von der Gesamtstreckenlänge der DEGES-Projekte mit 1.352 km sowohl an **Ausbauprojekten** BAB A 2, A 4, A 9 und A 10 als auch - mit Ausnahme der BAB A 143 und der Zubringerprojekte - an den **Neubauprojekten** BAB A 14, A 20, A 38, A 71 und A 73 insgesamt 223 km Strecke und 193 Bauwerke im Bau.

549 km Strecke und 595 Bauwerke sind fertiggestellt und unter Verkehr.

Für 1.175 km wurden Bauentwürfe (RE-Entwürfe) vorgelegt bzw. der Sichtvermerk erteilt und für 1.128 km Planfeststellungs-/Plangenehmigungsverfahren eingeleitet bzw. bereits abgeschlossen. Auf einer Streckenlänge von 1.036 km fand der Grunderwerb statt.

Gemäß den jeweiligen Dienstleistungsverträgen mit den neuen Bundesländern ist es Aufgabe der DEGES, die ihr übertragenen Bundesfernstraßenprojekte nach Abstimmung mit der obersten Landesstraßenbaubehörde im Namen und im Auftrag des Landes zu planen sowie die mit dem Neubau oder Ausbau zusammenhängenden Verträge im Namen und auf Rechnung des Bundes abzuschließen und abzuwickeln.

Die DEGES als Projektmanagementgesellschaft bedient sich dabei vornehmlich Dritter, deren Leistungen sie koordiniert, nach Qualität, Terminen und Kosten optimiert und kontrolliert.

Beteiligungen

Die Gesellschaft hält keine Beteiligungen.

Geschäftsführung

Hans Jörg Klofat

Hans-Jörg Kleffner

Aufsichtsrat

Vorsitzender	Huber, Jürgen, Dr.	Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, Berlin
Stv. Vorsitzender	Rohde, Bernd, Dr.	Sächsisches Staatsministerium für Wirtschaft und Arbeit, Dresden
	Fröhlich, Ines (bis 21.04.2002)	Staatssekretärin im Ministerium für Wohnungswesen, Städtebau und Verkehr des Landes Sachsen-Anhalt, Magdeburg
	Gerbes, Wolfgang	Ministerialdirigent a.D., Adendorf
	Gottschalk, Hans-Joachim, Dr. (seit 21.04.2002)	Staatssekretär im Ministerium für Bau und Verkehr des Landes Sachsen-Anhalt, Magdeburg
	Kunick, Konrad	Mitglied des Deutschen Bundestages, Berlin
	Leber, Berthold	Bundesministerium der Finanzen, Berlin
	Runkel, Peter, Dr.	Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, Berlin
	Vollpracht, Hans-Joachim	Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr des Landes Brandenburg, Potsdam
	Wolkwitz, Hans-Dieter, Dr.	Thüringer Ministerium für Wirtschaft und Infrastruktur, Erfurt
	Zillenbiller, Hans	Ministerialdirigent a.D., Gauting

2.7.1. **InvestitionsBank des Landes Brandenburg**
Anstalt des Öffentlichen Rechts
Steinstr. 104-106
14480 Potsdam
Tel.: 0331/6 60-0
Fax: 0331/6 60-12 34
<http://www.ILB.de>
e-mail: postbox@ilb.de



Aufnahme der Geschäftstätigkeit: 01.07.1992

Gegenstand des Unternehmens

Unterstützung des Landes bei der Erfüllung öffentlicher Aufgaben, insbesondere Förderung von Maßnahmen auf den Gebieten des Wohnungs- und Städtebaus, der gewerblichen Wirtschaft, der Infrastruktur, der Land- und Forstwirtschaft, des Umweltschutzes und der sozialen Versorgungsstruktur durch die Gewährung von Darlehen, die Übernahme von Bürgschaften, das Eingehen von Beteiligungen sowie durch sonstige Finanzierungshilfen. Finanzierung von Vorhaben, die der Verbesserung der wirtschaftlichen und strukturellen Verhältnisse im Land Brandenburg dienen oder im besonderen Interesse des Landes oder seiner Gebietskörperschaften liegen.

Gründe für die Beteiligung

Für die konzentrierte und effektive Umsetzung der Förderaktivitäten des Landes haben sich das Instrumentarium und die Arbeitsweise einer Bank bewährt.

<u>Stammkapital</u>	TDM	v.H.
Insgesamt	200.000,0	100,00
<u>davon:</u>		
Land Brandenburg	50.000,0	25,00
Landesbank Berlin – Girozentrale –	50.000,0	25,00
Westdeutsche Landesbank – Girozentrale –	100.000,0	50,00

<u>Kennzahlen</u>	1999	2000
	TDM	TDM
Eigenkapital	284.493,0	295.448,6
Bilanzsumme	16.766.250,4	18.112.221,0
Barmittel	4.369,7	4.543,8
Kurz- u. mittelfristige Forderungen	1.140.645,0	2.622.265,0
Langfristige Forderungen	7.881.324,0	7.218.803,0
Wertpapiere	2.335.885,0	2.092.017,7
Treuhandvermögen	5.275.912,8	6.149.863,4
Beteiligungen	15.723,2	2.091,0
Kurz- u. mittelfristige Verbindlichkeiten	2.591.537,0	4.668.352,0
Langfristige Verbindlichkeiten	8.551.680,0	6.925.032,0
Rückstellungen	4.689,3	4.456,4
Treuhandverbindlichkeiten	5.275.912,8	6.149.863,4
Rücklagen	66.824,6	76.772,4
Zinsen u. zinsähnliche Erträge	522.179,1	565.955,5
Provisionserträge	50.265,5	48.734,9
Andere Erträge	3.468,3	3.319,7
Zinsaufwendungen	447.454,9	500.962,5
Personalaufwendungen (einschließlich Sozialabgaben)	48.755,2	49.587,0
Jahresergebnis	18.456,1	18.955,6
Mitarbeiter (einschließlich Geschäftsführung)	561	561
darunter: Auszubildende	28	29

Kurze Darstellung der Geschäftstätigkeit

Die InvestitionsBank des Landes Brandenburg (ILB) erteilte im Auftrag der Ministerien im Geschäftsjahr 2000 Fördermittelzusagen aus rd. 50 Förderprogrammen zur Förderung der brandenburgischen Wirtschaft, der Infrastruktur, des Wohnungsbaus sowie sozialer Einrichtungen in Höhe von insgesamt 2 Mrd. DM. Der Auftrag als Bank des Landes wurde auch wahrgenommen, indem unter anderem durch Gründung von Tochterunternehmen mit wirtschafts- oder strukturpolitischem Unternehmenszweck für das Land wichtige Vorhaben strukturiert, finanziert und umgesetzt werden.

Die ILB ist zusammen mit der ZukunftsAgentur Brandenburg GmbH und der BC Brandenburg Capital GmbH Partner im Kooperationsverbund ZukunftsAgentur Brandenburg.

Beteiligungen

Die InvestitionsBank des Landes Brandenburg hielt in den Geschäftsjahren 1999 und 2000 folgende Beteiligungen:

1. BC Brandenburg Capital GmbH

Anmerkung: Die Gesellschaft BC Brandenburg Capital GmbH wurde am 22.12.2000 gegründet. Im Zuge der Umsetzung des Gesellschaftsvertrages wurde die Beteiligung an der KapitalBeteiligungsgesellschaft für das Land Brandenburg mbH und die Beteiligung an der Seed Capital Brandenburg GmbH als Sacheinlage zum 01.01.2001 in die BC Brandenburg Capital GmbH eingebracht.

Sitz des Unternehmens: Potsdam

Gegenstand des Unternehmens: Beteiligung an anderen Unternehmen, insbesondere an der BC Venture GmbH, der KapitalBeteiligungsgesellschaft für das Land Brandenburg mbH und der Seed Capital Brandenburg GmbH, und die Ausübung aller sonstigen Funktionen einer geschäftsleitenden Gesellschaft sowie die Erbringung von Dienst- bzw. Werkleistungen für Beteiligungsgesellschaften und ähnliche Unternehmen sowie für Auftraggeber aller Art. Die Gesellschaft ist ferner zur Vornahme aller Handlungen und Maßnahmen berechtigt, die unmittelbar oder mittelbar zur Förderung dieses Unternehmensgegenstandes geeignet sind.

<u>Stammkapital</u>	T€	v.H.
Insgesamt	8.600,0	100,00
<u>davon:</u>		
InvestitionsBank des Landes Brandenburg	7.740,0	90,00
Technologie-Beteiligungs-Gesellschaft mbH der Deutschen Ausgleichsbank, Bonn	860,0	10,00

<u>Kennzahlen</u>	2000 ¹
	TDM
Anlagevermögen	105,6
Eigenkapital	16.820,1
Bilanzsumme	16.925,8
Jahresergebnis des Rumpfgeschäftsjahres	-99,4

¹ Rumpfgeschäftsjahr

2. BIOTECH CAMPUS POTSDAM GmbH Fördergesellschaft

Sitz des Unternehmens: Potsdam

Gegenstand des Unternehmens: Förderung biotechnischer, medizinischer und der Medizintechnik und Biotechnologie spartenverbundener Forschungseinrichtungen sowie gewerblicher Unternehmen. Die Förderung erfolgt insbesondere durch die Entwicklung von Grundstücken einschließlich der Erstellung oder Sanierung von Gebäuden und anschließende Vermietung von Gebäuden, Gebäudeteilen und sonstigen Flächen. Eine Vermietung an andere ist zulässig, soweit kein Bedarf von Unternehmen aus den genannten Bereichen besteht.

<u>Stammkapital</u>	TDM	v.H.
Insgesamt	50,0	100,00
<u>davon:</u>		
InvestitionsBank des Landes Brandenburg	50,0	100,00

<u>Kennzahlen</u>	1999	2000
	TDM	TDM
Anlagevermögen	27.343,4	26.677,2
Eigenkapital	- 44,7	- 112,6
Bilanzsumme	28.757,2	27.967,2
Umsatzerlöse	1.501,5	1.667,3
Jahresergebnis	195,3	- 67,9

Die Gesellschaft verfügt über kein eigenes Personal. Geschäftsführer und Prokurist sind Mitarbeiter der ILB.

3. Brandenburgische Landgesellschaft mbH i. L. (BLG i.L.)

Sitz des Unternehmens: Wünsdorf

Gegenstand des Unternehmens: Abschluss der laufenden Geschäfte, im Wesentlichen die Verwaltung und Verwertung des noch vorhandenen Vermögens der Gesellschaft, insbesondere des Grundvermögens.

Anmerkung: Das Unternehmen befindet sich in Liquidation. Die ILB hat nach Liquidationseröffnung einen Anteil in Höhe von 1 TDM übernommen.

<u>Stammkapital</u>	TDM	v.H.
Insgesamt	51.681,0	100,00
<u>davon:</u>		
InvestitionsBank des Landes Brandenburg	1,0	0,02
Land Brandenburg	51.680,0	99,98

<u>Kennzahlen</u>	1999	2000
	TDM	TDM
Anlagevermögen	4.129,8	2.338,0
Eigenkapital	- 14.366,7	- 33.414,1
Bilanzsumme	68.231,4	66.941,3
Umsatzerlöse	2.002,2	3.240,8
Personalaufwand (einschließlich Sozialabgaben)	0,0	0,0
Jahresergebnis	- 4.997,3	- 19.047,3

4. Brandenburgische Spielbanken Beteiligungs-GmbH

Sitz des Unternehmens: Potsdam

Gegenstand des Unternehmens: Alle Maßnahmen, die zur Gründung von Spielbanken bzw. deren Einrichtung und Betrieb in Brandenburg notwendig oder nützlich sind, insbesondere die Beteiligung als geschäftsführende, persönlich haftende Gesellschafterin an der Brandenburgischen Spielbanken GmbH & Co. KG.

<u>Stammkapital</u>	TDM	v.H.
Insgesamt	50,0	100,00
<u>davon:</u>		
InvestitionsBank des Landes Brandenburg	12,5	25,00
Land Brandenburg Lotto GmbH	37,5	75,00

<u>Kennzahlen</u>	1999	2000
	TDM	TDM
Anlagevermögen	4,9	7,6
Eigenkapital	45,3	48,2
Bilanzsumme	50,3	53,2
Jahresergebnis	5,1	2,9

Die Gesellschaft verfügt über kein eigenes Personal. Die Geschäftsführer sind in Personalunion Geschäftsführer der Land Brandenburg Lotto GmbH.

5. Brandenburgische Spielbanken GmbH & Co. KG

Sitz des Unternehmens: Potsdam

Gegenstand des Unternehmens: Betrieb von Spielbanken im Land Brandenburg. Die Gesellschaft ist hierzu zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die geeignet sind, den Gesellschaftszweck zu fördern, insbesondere zum Erwerb und zur Veräußerung von Grundstücken, zur Errichtung von Zweigniederlassungen, zur Beteiligung an anderen Unternehmen gleicher und verwandter Art.

<u>Stammkapital</u>	TDM	v.H.
Insgesamt	5.000,0	100,00
<u>davon:</u>		
InvestitionsBank des Landes Brandenburg	1.000,0	20,00
Land Brandenburg Lotto GmbH	4.000,0	80,00

<u>Kennzahlen</u>	1999	2000
	TDM	TDM
Anlagevermögen	2.244,7	2.247,6
Eigenkapital	3.276,4	2.918,3
Bilanzsumme	3.876,0	3.829,8
Umsatzerlöse	7.536,6	8.153,4
Personalaufwand (einschließlich Sozialabgaben)	567,2	827,4
Jahresergebnis	60,2	- 358,2
Mitarbeiter (einschließlich Geschäftsführung) - durchschnittlich -	12	13

6. Filmboard Berlin-Brandenburg GmbH

Sitz des Unternehmens: Potsdam

Gegenstand des Unternehmens: Förderung der Filmkulturwirtschaft mit dem Ziel der Sicherung und Stärkung der medienwirtschaftlichen Infrastruktur in der Region Berlin-Brandenburg unter künstlerischen, technischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten.

<u>Stammkapital</u>	T€ ¹⁾ / TDM	v.H.
Insgesamt	60,0 ¹⁾ / 100,0	100,00
<u>davon:</u>		
InvestitionsBank des Landes Brandenburg	30,0 ¹⁾ / 50,00	50,00
InvestitionsBank Berlin	30,0 ¹⁾ / 50,00	50,00

- 1) Zur Glättung der Euro-Beträge auf ein Stammkapital in Höhe von 60.000 Euro wurde im Wege der Umstellung eine Kapitalerhöhung von bisher 100.000 DM auf 117.349,80 DM (entspricht 60.000 Euro) vollzogen.

<u>Kennzahlen</u>	1999	2000
	TDM	TDM
Anlagevermögen	133,5	242,2
Eigenkapital	100,0	100,0
Bilanzsumme	687,6	2.001,2
Umsatzerlöse	2.664,0	2.635,0
Personalaufwand (einschließlich Sozialabgaben)	1.658,0	1.601,0
Jahresergebnis	0,0	0,0
Mitarbeiter (einschließlich Geschäftsführung) - durchschnittlich -	16	17

7. ILB Beteiligungsgesellschaft mbH (ILB BG)

Sitz des Unternehmens: Potsdam

Gegenstand des Unternehmens: Erwerb und das Halten von Beteiligungen an Unternehmen und Projekten zur Umsetzung struktur-, regional- oder arbeitsmarktpolitischer Ziele im Land Brandenburg. Die Gesellschaft kann alle Geschäfte betreiben, die für den Unternehmensgegenstand der Gesellschaft förderlich sind, insbesondere die Beteiligung an Unternehmen jeder Rechtsform, die Verwaltung von Beteiligungen im eigenen und fremden Namen und auf eigene und fremde Rechnung sowie den Erwerb und die Veräußerung von Grundstücken.

<u>Stammkapital</u>	TDM	v.H.
Insgesamt	100,0	100,00
<u>davon:</u>		
InvestitionsBank des Landes Brandenburg	100,0	100,00

<u>Kennzahlen</u>	1999	2000
	TDM	TDM
Anlagevermögen	499,0	6.855,2
Eigenkapital	47,8	14,0
Bilanzsumme	552,9	6.904,7
Umsatzerlöse	0,0	0,0
Jahresergebnis	- 42,0	- 33,9

Die Gesellschaft verfügt über kein eigenes Personal. Geschäftsführer und Prokurist sind Mitarbeiter der ILB.

8. Sanierungsträger Potsdam Gesellschaft der behutsamen Stadterneuerung mbH

Sitz des Unternehmens: Potsdam

Gegenstand des Unternehmens: Durchführung von städtebaulichen Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen nach dem Baugesetzbuch und die treuhänderische Tätigkeit als Sanierungsträger und die Wahrnehmung von Aufgaben eines Sanierungsbeauftragten; die Entwicklung und Erforschung, die Planung und Durchführung von Verfahren und Maßnahmen zur Beseitigung baulicher Missstände und Mängel, insbesondere die Vornahme jeglicher Instandsetzungs-, Modernisierungs- und Neubaumaßnahmen im Rahmen öffentlicher Programme und nach den "Grundsätzen der behutsamen Stadterneuerung" auch in Gebieten und an Objekten, die außerhalb förmlich festgelegter Sanierungsgebiete liegen.

<u>Stammkapital</u>	TDM	v.H.
Insgesamt	100,0	100,00
<u>davon:</u>		
InvestitionsBank des Landes Brandenburg	19,0	19,00
Stadt Potsdam	51,0	51,00
Evangelische Landeskirche Berlin-Brandenburg	10,0	10,00
GEWOBA	10,0	10,00
Mittelbrandenburgische Sparkasse	10,0	10,00

<u>Kennzahlen</u>	1999	2000
	TDM	TDM
Anlagevermögen	366,0	319,7
Eigenkapital	139,3	109,0
Bilanzsumme	6.498,08	5.495,5
Umsatzerlöse	5.012,3	4.405,6
Personalaufwand (einschließlich Sozialabgaben)	2.982,4	2.890,6
Jahresergebnis	39,3	- 30,4
Mitarbeiter (einschließlich Geschäftsführung) - durchschnittlich -	33	33

9. Tourismusforum Potsdam GmbH (TFP)

Sitz des Unternehmens: Potsdam

Gegenstand des Unternehmens: Die Gesellschaft dient der Förderung des Tourismus im Land Brandenburg, insbesondere durch die Entwicklung bzw. Sanierung von Immobilien in der Stadt Potsdam und deren anschließende Vermietung an Nutzer der Bereiche, die dem Fremdenverkehr im weitesten Sinne dienen oder die Leistungsfähigkeit, Attraktivität und wirtschaftliche Entwicklung des Fremdenverkehrs im Land Brandenburg unterstützen. Eine Vermietung der Immobilien an andere ist zulässig, soweit kein Bedarf von natürlichen und juristischen Personen aus den genannten Bereichen besteht. Die Gesellschaft kann Immobilien oder Teile davon selbst betreiben.

<u>Stammkapital</u>	TDM	v.H.
Insgesamt	100,0	100,00
<u>davon:</u>		
InvestitionsBank des Landes Brandenburg	100,0	100,00

<u>Kennzahlen</u>	1999	2000
	TDM	TDM
Anlagevermögen	2.980,7	8.291,5
Eigenkapital	30,5	1,6
Bilanzsumme	3.091,3	8.547,3
Umsatzerlöse	17,4	10,8
Jahresergebnis	7,8	- 28,8

Die Gesellschaft verfügt über kein eigenes Personal. Geschäftsführer und Prokurist sind Mitarbeiter der ILB.

10. Seed Capital Brandenburg GmbH

Die Anteile an der Seed Capital Brandenburg GmbH wurden von der ILB mit Wirkung zum **01.01.2001** in die BC Bandenburg Capital GmbH eingelegt.

Sitz des Unternehmens: Frankfurt (Oder)

Gegenstand des Unternehmens: Förderung von jungen und im Aufbau befindlichen, innovativen Technologieunternehmen durch Einbrin-

gung von Beteiligungskapital. Neben dem Erwerb, der Verwaltung und der Verwertung von Beteiligungen berät die Gesellschaft die Technologieunternehmen in allen kaufmännischen und technischen Fragestellungen.

<u>Stammkapital</u>	TDM	v.H.
Insgesamt	2.631,6	100,00
<u>davon:</u>		
InvestitionsBank des Landes Brandenburg	750,0	28,50
T.IN.A. Brandenburg GmbH	750,0	28,50
Business und Innovation Centre Frankfurt (Oder)	500,0	19,00
Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Berlin-Brandenburg GmbH	500,0	19,00
Technologie-Beteiligungs-Gesellschaft mbH	131,6	0,5

<u>Kennzahlen</u>	1999	2000
	TDM	TDM
Anlagevermögen	13.995,7	19.745,0
Eigenkapital	3.399,8	3.053,5
Bilanzsumme	27.231,3	30.627,3
Sonstige betriebliche Erträge	2.977,6	3.698,5
Personalaufwand (einschließlich Sozialabgaben)	951,5	1.089,1
Jahresergebnis	430,8	- 346,4
Mitarbeiter (einschließlich Geschäftsführung und Auszubildende)	10	12

11. KBB KapitalBeteiligungsgesellschaft für das Land Brandenburg mbH

Die Anteile an der KBB KapitalBeteiligungsgesellschaft für das Land Brandenburg mbH wurden von der ILB mit Wirkung zum **01.01.2001** im Wege der Sacheinlage in die BC Brandenburg Capital eingelegt.

Sitz des Unternehmens: Potsdam

Gegenstand des Unternehmens: Der Erwerb und das Halten von Beteiligungen und die Überlassung von Risikokapital auf sonstige Weise an kleine und mittlere Unternehmen im Land Brandenburg für deren Existenzsicherung die Zufüh-

rung von Eigen- bzw. Risikokapital erforderlich ist und die eine reale Chance haben, sich bei ausreichender Kapitalausstattung und Durchführung notwendiger Umstrukturierungen am Markt behaupten zu können und an denen das Land Brandenburg wirtschafts- und strukturpolitisches Interesse hat.

<u>Stammkapital</u>	TDM	v.H.
Insgesamt	15.000,0	100,00
<u>davon:</u>		
InvestitionsBank des Landes Brandenburg	13.500,0	90,00

<u>Kennzahlen</u>	1999	2000
	TDM	TDM
Anlagevermögen	49.098,4	59.489,2
Eigenkapital	10.843,1	9.244,8
Bilanzsumme	75.387,7	81.602,9
Personalaufwand (einschließlich Sozialabgaben)	1.170,7	1.269,1
Jahresergebnis	31,4	-1.598,3
Mitarbeiter (einschließlich Geschäftsführung und Auszubildende)	9	10

12. World Trade Center Frankfurt (Oder) GmbH

Die Beteiligung der ILB an der World Trade Center GmbH wurde zum **31.12.2000** veräußert und auf die Stadt Frankfurt (Oder) übertragen.

Sitz des Unternehmens: Frankfurt (Oder)

Gegenstand des Unternehmens: Bereitstellung von Dienstleistungen zur Förderung der Wirtschaft unter Ausschluss aller politischen, konfessionellen und weltanschaulichen Gesichtspunkten, Vertretung in der World Trade Center Association, New York, aufrechtzuerhalten und zu pflegen.

<u>Stammkapital</u>	TDM	v.H.
Insgesamt	250,0	100,00
<u>davon:</u>		
InvestitionsBank des Landes Brandenburg	9,0	3,60
Stadt Frankfurt (Oder)	217,0	86,80
Stadt Slubice	10,0	4,00
Wirtschaftsförderung Brandenburg GmbH	10,0	4,00
Sparkasse Frankfurt (Oder)	4,0	1,60

<u>Kennzahlen</u>	1999
	TDM
Anlagevermögen	0,4
Eigenkapital	108,5
Bilanzsumme	154,6
Umsatzerlöse	132,7
Personalaufwand (einschließlich Sozialabgaben)	523,8
Jahresergebnis	- 69,0
Mitarbeiter (einschließlich Geschäftsführung) - durchschnittlich -	6

Nachrichtlich:

Im Februar 2001 ist durch die ILB als Alleingeschafter die FEBB Flughafenumfeld-Entwicklungsgesellschaft Berlin-Brandenburg mbH gegründet worden. Gesellschaftszweck ist im Wesentlichen die Vorbereitung und Durchführung von Maßnahmen der Standort- und Strukturentwicklung im Flughafenumfeld des BBI in Zusammenarbeit mit den Ländern Berlin und Brandenburg, den Landkreisen, Kommunen und Privatpersonen. Die ILB hielt zum Stichtag 31.12.2001 noch 71 v.H. des Stammkapitals von 50 T€ der Gesellschaft; weitere Veräußerungen von Geschäftsanteilen der ILB sind geplant.

Die ILB Verwaltungsgesellschaft mbH wurde im Mai 2001 errichtet. Gegenstand der Gesellschaft ist das Eingehen und die Verwaltung von Beteiligungen sowie die Verwaltung eigenen Vermögens, insbesondere Immobilien.

Die Grundstücksgesellschaft „Tiefer See“ mbH wurde im November 2001 gegründet. Gegenstand ist die Ansiedlung von Unternehmen oder sonstigen Institutionen, insbesondere durch die Entwicklung, Sanierung und anschließende Vermietung von Immobilien in der Stadt Potsdam.

Vorstand der InvestitionsBank des Landes Brandenburg

Klaus-Dieter Licht (Vorsitzender)

Dieter Kleemann
(bis 30.06.2002)

Jacqueline Tag
(seit 01.08.2001)

Verwaltungsrat

Vorsitzende	Ziegler, Dagmar (seit 20.10.2000)	Ministerin der Finanzen des Landes Brandenburg, Potsdam
	Simon, Wilma, Dr. (bis 19.09.2000)	Ministerin a. D., Potsdam
Stv. Vorsitzender	Kulartz, Hans Jürgen (seit 29.04.2002)	Mitglied des Vorstandes Landesbank Berlin – Girozentrale, Berlin
	Auermann, Jörg (seit 29.04.2002)	Generalbevollmächtigter InvestitionsBank, Berlin
	Birthler, Wolfgang	Minister für Landwirtschaft, Umweltschutz und Raumordnung, Potsdam
	Decken, Ulf-Wilhelm (bis 10.04.2001)	Vorsitzender des Vorstandes Landesbank Berlin - Girozentrale, Berlin
	Descher, Christine	Arbeitnehmersvertreterin
	Dreißig, Cornelia	Unternehmerin, Guben
	Fürniß, Wolfgang, Dr.	Minister für Wirtschaft des Landes Bran- denburg, Potsdam
	Herberg, Götz, Dr.	Geschäftsführer der Berlin-Brandenburg Flughafen Holding GmbH, Schönefeld
	Hildenbrandt, Dietlind	Arbeitnehmersvertreterin
	Kühn, Hans-Jürgen	Arbeitnehmersvertreter
	Lancelle, Eike	Staatssekretär im Ministerium des Innern, Potsdam
	Leukers, Hans (bis 10.04.2002)	Mitglied des Vorstandes der Landesbank Berlin - Girozentrale, Berlin

Meyer, Hartmut	Minister für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr des Landes Brandenburg, Potsdam
Morgenroth, Bernd-Peter (seit 10.09.2001 bis 18.04.2002)	Mitglied des Vorstandes Landesbank Berlin - Girozentrale, Berlin
Nizurawski, Silke	Arbeitnehmersvertreterin
Osten, Kerstin	Vorsitzende des Ausschusses für Haushalt und Finanzen des Landtages Brandenburg, Potsdam
Prautzsch, Wolf-Albrecht, Dr. (bis 31.07.2002)	Stellvertretender Vorsitzender des Vorstandes der Westdeutschen Landesbank – Girozentrale, Düsseldorf
Prochnow, Hartmut, Dr.	Arbeitnehmersvertreter
Ringel, Johannes, Dr. (bis 31.07.2002)	Mitglied des Vorstandes der Westdeutschen Landesbank – Girozentrale, Düsseldorf
Voigt, Bernd	Arbeitnehmersvertreter

2.7.2. Land Brandenburg Lotto GmbH
Steinstr. 104-106
14480 Potsdam
Tel.: 0331/64 56-110
Fax: 0331/62 30 78
<http://www.lotto-brandenburg.de>
e-mail: zentrale@lotto-brandenburg.de



LAND BRANDENBURG
 LOTTO GmbH

Gründungsdatum: 03.04.1991

Gegenstand des Unternehmens

Veranstaltung von Lotterie-, Spiel- und Wettgeschäften jeder Art.

Gründe für die Beteiligung (§ 65 Absatz 1 Nr. 1 LHO)

Die Land Brandenburg Lotto GmbH (LBL) veranstaltet im Land Brandenburg auf der Grundlage staatlicher Konzessionen Lotterien und Sportwetten. Sie ist für das Landesgebiet insbesondere die Anbieterin der Veranstaltungen des Deutschen Lotto- und Totoblocks.

Es besteht aus ordnungsrechtlichen Gründen ein wichtiges Landesinteresse daran, dass das Spielangebot in den Händen eines Unternehmens in staatlicher Trägerschaft liegt. Der angestrebte Zweck lässt sich nicht besser und wirtschaftlicher auf andere Weise erreichen: Die Konzessionserteilung für die Veranstaltung von Lotterien und Sportwetten im Land Brandenburg setzt – aus den genannten ordnungsrechtlichen Gründen - voraus, dass das Land Anteilseigner des Veranstaltungsunternehmens ist; eine Beendigung der Landesbeteiligung ist daher nicht möglich.

<u>Stammkapital</u>	TDM	v.H.
Insgesamt	2.000,0	100,00
<u>davon:</u>		
Land Brandenburg	2.000,0	100,00

1. Konzerndaten

<u>Kennzahlen</u>	1999 TDM	2000 TDM
Anlagevermögen	9.798,7	13.452,6
Eigenkapital	10.231,5	14.565,0
Bilanzsumme	64.894,9	63.128,2
Umsatzerlöse	358.971,8	373.582,8
Personalaufwand (einschließlich Sozialabgaben)	7.520,4	8.200,3
Konzessionsabgabe	65.458,9	66.893,7
Lotteriesteuer	58.572,6	60.904,9
Zweckertrag aus der GlücksSpirale	3.192,6	5.476,0
Spielbankabgabe	5.118,7	5.943,7
Jahresergebnis	4.572,0	4.605,1

2. Jahresabschlüsse der Gesellschaft Land Brandenburg LOTTO GmbH

<u>Kennzahlen</u>	1999 TDM	2000 TDM
Anlagevermögen	11.480,0	16.140,7
Eigenkapital	10.952,2	15.643,6
Bilanzsumme	65.134,3	63.404,4
Umsatzerlöse (aus Spieleinsätzen)	338.574,7	353.336,7
Spielscheinbearbeitungsgebühren	12.860,5	12.092,7
Personalaufwand (einschließlich Sozialabgaben)	6.953,2	7.372,9
Konzessionsabgabe	65.458,9	66.893,7
Lotteriesteuer	58.572,5	60.904,9
Zweckertrag aus der GlücksSpirale	3.192,6	5.476,0
Jahresergebnis	4.511,6	4.963,1
davon Ausschüttung an Gesellschafter	272,0	1.358,0
Mitarbeiter (einschließlich Geschäftsführung)	83	88
darunter: Auszubildende	7	8
Aushilfen	23	23

Kurze Darstellung der Geschäftstätigkeit

Die Gesellschaft steigerte im Geschäftsjahr 2000 - das fünfte Jahr in Folge - ihren Umsatz gegenüber den Vorjahren um 14,8 Mio DM auf 353,3 Mio DM. Die Umsatzzuwächse betrafen insbesondere LOTTO am Samstag (10,9 Mio DM) und die GlücksSpirale (6,8 Mio DM). Die Sportwette ODDSET hat mit 6,6 Mio DM im Angebotszeitraum von 20 Kalenderwochen seit Einführung in 2000 als neues Produkt zum Umsatzergebnis beigetragen.

Das Vertriebsnetz umfasste am Jahresende 2000 insgesamt 769 Lotto-Verkaufsstellen (LVS), 24 LVS mehr als 1999. Der durchschnittliche Umsatz je LVS und Woche betrug 8.641 DM.

Als Lotteriesteuer und Konzessionsabgabe flossen im Jahr 2000 über 133 Mio DM an das Land.

In 2000 wurden die Erlaubnisse für die Sportwetten ODDSET-Die Sportwette, Toto-Ergebnis- und Toto-Auswahlwette, für die Ziehungslotterie Lotto 6 aus 49, Spiel 77 und Super 6 und die Losbrieflotterien für einen Zeitraum von 15 Jahren neu erteilt. Damit erhielt die LBL die Grundlage für eine langfristige strategische Ausrichtung am Markt.

Die LBL ist zusammen mit der InvestitionsBank des Landes Brandenburg Kommanditistin der Brandenburgischen Spielbanken GmbH & Co. KG. Diese betreibt seit Mai 1998 die Spielbank „Joker's Place“ in Cottbus. In 1999 wurde ein Bruttospielertrag von 7.537 TDM und in 2000 ein Bruttospielertrag von 8.153 TDM erzielt. Die Brandenburgische Spielbanken GmbH & Co. KG hat im Geschäftsjahr 2000 einen Standort für eine Spielbank in Potsdam gefunden, welche im Januar 2002 eröffnet wurde.

Beteiligungen

Die Land Brandenburg LOTTO GmbH hält folgende Beteiligungen:

1. Brandenburgische Spielbanken Beteiligungs-GmbH

Sitz des Unternehmens: Potsdam

Gegenstand des Unternehmens: Alle Maßnahmen, die zur Gründung von Spielbanken bzw. deren Einrichtung und Betrieb in Brandenburg notwendig oder nützlich sind, insbesondere die Beteiligung als geschäftsführende, persönlich haftende Gesellschafterin an der Brandenburgischen Spielbanken GmbH & Co. KG.

<u>Stammkapital</u>	TDM	v.H.
Insgesamt	50,0	100,00
<u>davon:</u>		
Land Brandenburg Lotto GmbH	37,5	75,00
InvestitionsBank des Landes Brandenburg	12,5	25,00

<u>Kennzahlen</u>	1999	2000
	TDM	TDM
Anlagevermögen	4,9	7,6
Eigenkapital	45,3	48,2
Bilanzsumme	50,3	53,2
Jahresergebnis	5,1	2,9

Die Gesellschaft verfügt über kein eigenes Personal. Die Geschäftsführer sind in Personalunion Geschäftsführer der Land Brandenburg Lotto GmbH.

2. Brandenburgische Spielbanken GmbH & Co. KG

Sitz des Unternehmens: Potsdam

Gegenstand des Unternehmens: Betrieb von Spielbanken im Land Brandenburg. Die Gesellschaft ist hierzu zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die geeignet sind, den Gesellschaftszweck zu fördern, insbesondere zum Erwerb und zur Veräußerung von Grundstücken, zur Errichtung von Zweigniederlassungen, zur Beteiligung an anderen Unternehmen gleicher und verwandter Art.

<u>Stammkapital</u>	TDM	v.H.
Insgesamt	5.000,0	100,00
<u>davon:</u>		
Land Brandenburg Lotto GmbH	4.000,0	80,00
InvestitionsBank des Landes Brandenburg	1.000,0	20,00

<u>Kennzahlen</u>	1999	2000
	TDM	TDM
Anlagevermögen	2.244,7	2.247,6
Eigenkapital	3.276,4	2.918,3
Bilanzsumme	3.876,0	3.829,8
Umsatzerlöse	7.536,6	8.153,4
Personalaufwand (einschließlich Sozialabgaben)	567,2	827,4
Jahresergebnis	60,2	- 358,2
Mitarbeiter (einschließlich Geschäftsführung) - durchschnittlich -	12	13

Geschäftsführung der Land Brandenburg LOTTO GmbH

Klaus Walkenbach

Dr. Horst Mentrup
(seit 17.04.2001)

Aufsichtsrat

Vorsitzender Padberg, Heinz, Dr.

Staatssekretär a. D., Potsdam

Stv.

Vorsitzender Vogel, C. Wolfgang, Dr.

Staatssekretär im Ministerium für Wirtschaft des Landes Brandenburg, Potsdam

Bork, Torsten
(seit 23.10.2001)

Unternehmensberater

Brouër, Dirk
(bis 23.10.2001)

Staatssekretär in der Staatskanzlei des Landes Brandenburg, Potsdam

Genrich, Karin
(seit 23.10.2001)

Unternehmerin

Nottelmann, Angela
(bis 23.10.2001)

Ministerium der Finanzen des Landes Brandenburg, Potsdam

Schubert, Walter

Vorsitzender des Vorstandes der Mittelbrandenburgischen Sparkassen, Potsdam

**2.7.3. Brandenburgische Boden
Gesellschaft für Grundstücksverwaltung
und -verwertung mbH
Hauptallee 116/6
15838 Wünsdorf-Waldstadt
Tel.: 03377/3 88-0
Fax : 03377/3 88-4 00
<http://www.bbg-immo.de>
e-mail: kontakt@bbg-immo.de**



Gründungsdatum: 23.06.1994

Gegenstand des Unternehmens

Unternehmensgegenstand ist

- a) *die Verwaltung und Verwertung der Liegenschaften des durch das brandenburgische Gesetz über die Verwertung der Liegenschaften der Westgruppe der Truppen vom 03.06.1994 (GVBl. I, S. 170) gebildeten Sondervermögens "Grundstücksfonds Brandenburg"; ferner die Beschaffung und Verwaltung von Finanzierungsmitteln, insbesondere zur Sanierung, Bepflanzung und Entwicklung der Liegenschaften. Soweit es zur Verbesserung der Verwertbarkeit der Liegenschaften erforderlich ist, darf die Gesellschaft weitere Grundstücke erwerben;*
- b) *die Verwertung im Eigentum des Landes Brandenburg stehenden Liegenschaften;*
- c) *die Verwaltung und Verwertung von Liegenschaften im Auftrag von Unternehmen, an denen das Land Brandenburg unmittelbar oder mittelbar beteiligt ist.*

Gründe für die Beteiligung (§ 65 Absatz 1 Nr. 1 LHO)

Das Land hat die Brandenburgische Boden GmbH (BBG) für die Wahrnehmung der Aufgaben der Verwertung, Entwicklung und Verwaltung der ehemaligen WGT-Liegenschaften des „Grundstücksfonds Brandenburg“, eines Sondervermögens des Landes, gegründet. Die Gesellschaft nimmt diese Tätigkeiten auf der Grundlage eines mit dem Land geschlossenen Geschäftsbesorgungsvertrages sowie der Richtlinie für die Verwaltung, Entwicklung und Verwertung von Liegenschaften der WGT wahr. In das Sondervermögen sind zwischenzeitlich zusätzlich die Liegenschaften überführt worden, die dem Land im Zuge der Abwicklung der Bodenreform zugefallen sind; der Verwaltungs- und Verwertungsauftrag an die BBG in dem Geschäftsbesorgungsvertrag ist auf diese Flächen erweitert worden.

An der zügigen Verwertung und der Verwaltung der Liegenschaften des Sondervermögens besteht nach wie vor ein wichtiges Landesinteresse. Im Haushaltsstrukturgesetz 2002 ist bestimmt, dass das Sondervermögen aufgelöst und in den allgemeinen Landeshaushalt überführt wird. Jedoch ist vorgesehen, die Liegenschaften weiterhin von der BBG verwalten, entwickeln und verwerten zu lassen. Der angestrebte Zweck lässt sich nicht besser und wirtschaftlicher auf andere Weise erreichen: Die staatliche Liegenschaftsverwaltung kann die Aufgabe aus Kapazitätsgründen nicht selbst wahrnehmen.

<u>Stammkapital</u>		
	TDM	v.H.
Insgesamt	1.000,0	100,00
<u>davon:</u>		
Land Brandenburg	1.000,0	100,00

<u>Kennzahlen</u>		
	1999 TDM	2000 TDM
Anlagevermögen	530,0	804,0
Eigenkapital	1.602,1	2.187,7
Bilanzsumme	6.168,1	8.150,4
Umsatzerlöse	10.308,8	10.943,7
Personalaufwand (einschließlich Sozialabgaben)	6.438,2	6.785,1
Jahresergebnis	501,9	665,6
Mitarbeiter (einschließlich Geschäftsführung)	76	76
darunter: Auszubildende	4	4

Kurze Darstellung der Geschäftstätigkeit

Die Brandenburgische Boden Gesellschaft ist als Managementgesellschaft konzipiert; bei der Erfüllung ihrer Aufgaben bedient sie sich gerade im technischen Bereich weitgehend der Leistungen Dritter.

Schwerpunkt der Geschäftstätigkeit der Brandenburgischen Boden GmbH ist die Verwertung und Verwaltung der ehemaligen WGT-Flächen des Sondervermögens „Grundstücksfonds Brandenburg“. Von den im Jahr 2000 erzielten Gesamtumsatzerlösen in Höhe von 10,9 Mio. DM entfallen auf dieses Geschäftsfeld Umsatzerlöse in Höhe von 9,6 Mio. DM. Die Umsatzerhöhung gegenüber 1999 beträgt 282 TDM.

Seit 1997 wurden der Brandenburgischen Boden GmbH verstärkt die dem „Grundstücksfonds Brandenburg“ zugeführten Bodenreformflächen zur Verwaltung und Verwertung übergeben. Waren es zum Abschluss 1999 übernommene 1.517 Grundstücke, so sind es per 31. Dezember 2000 bereits 13.201.

Im Jahr 1998 hat die Brandenburgische Boden GmbH auf der Grundlage eines weiteren Geschäftsbesorgungsvertrages die Verwertung ausgewählter landeseigener Liegenschaften (Schlösser und Herrenhäuser) übernommen.

Im Jahr 2000 wurden der Gesellschaft mit ehemaligen Forsthäusern bebaute Grundstücke des Allgemeinen Grundvermögens des Landes zur Verwertung übergeben. Grundlage hierfür ist der Geschäftsbesorgungsvertrag vom 30. März 2000.

Zudem ist die Gesellschaft seit 01.04.2000 als Liquidatorin der Brandenburgischen Landgesellschaft mbH i. L. eingesetzt und betreibt die Verwertung der restlichen Liegenschaften dieser Gesellschaft.

Beteiligungen

Die Gesellschaft hält treuhänderisch für das Sondervermögen "Grundstücksfonds Brandenburg" folgende Beteiligung:

Grundstücksgesellschaft Vorstadt Nord mbH

Sitz des Unternehmens: Neuruppin

Gegenstand des Unternehmens: Erwerb der Liegenschaft Flugplatz Neuruppin, die Entwicklung, Erschließung sowie die Verwaltung und Verwertung dieser Liegenschaft.

<u>Stammkapital</u>	TDM	v.H.
Insgesamt	200,0	100,00
<u>davon:</u>		
Brandenburgische Boden GmbH	98,0	49,00
Stadt Neuruppin	102,0	51,00

<u>Kennzahlen</u>	1999	2000
	TDM	TDM
Anlagevermögen	2.081,6	2.027,2
Eigenkapital	141,9	143,4
Bilanzsumme	3.191,6	3.222,7
Umsatzerlöse	482,0	752,5
Personalaufwand (einschließlich Sozialabgaben)	62,3	42,7
Jahresergebnis	- 94,5	1,5
Mitarbeiter (einschließlich Geschäftsführung) - durchschnittlich -	2	1

Geschäftsführung der Brandenburgischen Boden GmbH

Joachim Klinke

Wolfgang Heitmann
(seit 01.04.2000)

Aufsichtsrat

Vorsitzender	Licht, Klaus-Dieter	Vorsitzender des Vorstandes der InvestitionsBank des Landes Brandenburg, Potsdam
Stv. Vorsitzender	Padberg, Heinz, Dr.	Staatssekretär a. D., Potsdam
	Fritz, Torsten (seit 13.04.2000)	Ministerium für Wirtschaft des Landes Brandenburg, Potsdam
	Muth, Michael, Dr.	Ministerium des Innern des Landes Brandenburg, Potsdam
	Oppermann, Robert	Ministerium der Finanzen des Landes Brandenburg, Potsdam
	Remde, Bernhard	Ministerium für Landwirtschaft, Umweltschutz und Raumordnung des Landes Brandenburg, Potsdam
	Richter, Heinz-Joachim	Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr des Landes Brandenburg, Potsdam
	Wentz, Thomas	Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen des Landes Brandenburg, Potsdam
	Westphal, Gabriele (bis 23.03.2000)	Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt- schutz und Raumordnung des Landes Brandenburg, Potsdam

2.7.4. Kreditanstalt für Wiederaufbau
Palmengartenstraße 5 - 9
60325 Frankfurt
Tel.: 069/74 31-0
Fax: 069/74 31-29 44
<http://www.kfw.de>



Niederlassung Berlin
Charlottenstraße 33/33 a
10117 Berlin
Tel.: 030/20264-0
Fax: 030/20264-188

Gründungsdatum: 18.11.1948

Eintritt des Landes Brandenburg: 10.12.1991

Gegenstand des Unternehmens

Bereitstellung von Kreditmitteln zur Förderung von Investitionen und Exportgeschäften deutscher Unternehmen; Vergabe von Krediten und Zuschüssen im Rahmen der finanziellen Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern; Finanzierungen und Beratungsleistungen für mittel- und osteuropäische Länder.

Gründe für die Beteiligung

Zur Förderung der deutschen Wirtschaft vergibt die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) hauptsächlich Kredite zur Investitionsförderung und zur Finanzierung von Exportgeschäften deutscher Unternehmen. Im Bereich der langfristigen Investitionsfinanzierung im Inland fördert sie kleine und mittlere Unternehmen und vergibt Kredite für Umweltschutzmaßnahmen, für Innovationen sowie Risiko- und Beteiligungskapital. Weitere KfW-Programme finanzieren kommunale Infrastrukturinvestitionen, z. B. in den Bereichen Wasserversorgung, Abwasserentsorgung, Abfallwirtschaft, Energie und Verkehr. Ein großer Teil des Finanzierungsangebots der KfW ist auf die Förderung von Investitionen in den neuen Bundesländern gerichtet. Um eine angemessene Berücksichtigung der Interessen des Landes Brandenburg zu gewährleisten, ist eine Beteiligung des Landes an der KfW erforderlich.

Die KfW hat als zentrales Kreditinstitut des Bundes und der Länder u. a. die Aufgabe, Vorhaben, die der Förderung der deutschen Wirtschaft dienen, durch Gewährung von Darlehen aus eigenen Mitteln und aus Mitteln des ERP-Sondervermögens zu unterstützen.

Gezeichnetes Kapital	TDM	v.H.
Insgesamt	1.000.000,0	100,00
<u>darunter:</u>		
Land Brandenburg ¹⁾	7.240,0	-, -

¹⁾ Die Kapitaleinlage des Landes wird unter den freien Rücklagen bilanziert.

1. Unternehmensdaten der Kreditanstalt für Wiederaufbau

<u>Kennzahlen</u>	1999	2000
	Mio DM	Mio DM
Bilanzsumme	384.598	436.295
Barmittel	98	59
Forderungen an Kreditinstitute	167.710	184.738
Forderungen an Kunden	137.207	161.706
Wertpapiere	50.486	59.774
Beteiligungen / Anteile an verbundenen Unternehmen	57	57
Treuhandkredite	14.506	14.698
Sonstige Aktiva	14.534	15.263
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	89.966	93.987
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	165.983	197.265
Begebene Schuldverschreibungen	89.800	101.502
Rückstellungen	1.140	1.160
Treuhandverbindlichkeiten	14.506	14.698
Sonstige Passiva	12.060	16.065
Nennkapital	999	999
Rücklagen	10.143	10.618
Zinsen u. zinsähnliche Erträge	17.166	20.620
Andere Erträge	688	827
Zinsaufwendungen	15.023	18.745
Personalaufwendungen (einschließlich Sozialabgaben)	313	336
Jahresergebnis	530	401
Mitarbeiter (einschließlich Geschäftsführung)	1.900	2.032
darunter: Auszubildende	36	44

2. KfW-Konzernangaben

<u>Kennzahlen</u>	1999	2000
	Mio DM	Mio DM
Bilanzsumme	384.647	436.301
Barmittel	98	59
Forderungen an Kreditinstitute	167.759	184.748
Forderungen an Kunden	137.205	161.702
Wertpapiere	50.486	59.774
Beteiligungen / Anteile an verbundenen Unternehmen	57	57
Treuhandkredite	14.506	14.698
Sonstige Aktiva	14.536	15.263
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	89.966	93.987
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	61.869	63.813
Begebene Schuldverschreibungen	193.962	234.954
Rückstellungen	1.144	1.166
Treuhandverbindlichkeiten	14.506	14.698
Sonstige Passiva	12.056	16.067
Nennkapital	999	999
Rücklagen	10.145	10.616
Zinsen u. zinsähnliche Erträge	17.166	20.618
Andere Erträge	704	864
Zinsaufwendungen	15.023	18.745
Personalaufwendungen		354
(einschließlich Sozialabgaben)	321	
Jahresergebnis	530	401

Kurze Darstellung der Geschäftstätigkeit

Die KfW erteilte im Geschäftsjahr 2000 Zusagen zur Förderung der deutschen und europäischen Wirtschaft in Höhe von insgesamt 34,7 Mrd € (Vorjahr: 41,8 Mrd €), darunter 21,9 Mrd € (Vorjahr: 32,0 Mrd €) für Investitionsfinanzierungen in Deutschland sowie 11,2 Mrd € (Vorjahr: 9,3 Mrd €) für den Bereich der Export- und Projektfinanzierung. Insgesamt 4,2 Mrd € (Vorjahr: 9,7 Mrd €) davon dienten der Förderung in den neuen Bundesländern, die damit seit der deutschen Einheit Förderkredite in Höhe von über 80 Mrd € zugesagt erhielten.

In der finanziellen Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern einschließlich der Verbundfinanzierung hat die KfW im Jahr 2000 Kredite und Zuschüsse von 1,5 Mrd € (Vorjahr: 1,6 Mrd €) zugesagt.

Zur Refinanzierung ihrer Geschäfte hat die KfW längerfristige Mittel von 32,7 Mrd € (Vorjahr: 35,5 Mrd €) auf den nationalen und internationalen Finanzmärkten aufgenommen.

Zuschüsse aus öffentlichen Mitteln vergab die KfW im Geschäftsjahr 2000 in Höhe von 811 Mio € (Vorjahr: 729 Mio €); darunter 541 Mio € (Vorjahr: 638 Mio €) in der finanziellen Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern, 105 Mio € (Vorjahr: 5 Mio €) zur Förderung des Schiffbaus und 17 Mio € (Vorjahr 21 Mio €) für Beratung und andere Dienstleistungen insbesondere für die Neuen Unabhängigen Staaten in Mittel- und Osteuropa.

Beteiligungen

Die Kreditanstalt für Wiederaufbau hält u. a. folgende Beteiligungen:

Firma und Sitz des Unternehmens	Stammkapital (T €)	Beteiligung (v.H.)
ASTRA Grundstücksgesellschaft mbH & Co. Bauträger KG, Frankfurt am Main	153,4	100,00
ASTRA Grundstücksgesellschaft mit beschränkter Haftung, Frankfurt am Main	51,1	100,00
KfW-Finanzierungsplanungs- und Beratungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	25,6	100,00
KfW International Finance Inc., Delaware, USA	9,3	100,00
Central and Eastern Europe Power Fund, Ltd., Bermudas	2.686,7	21,30
Qualitech Steel Holding Corporation, Delaware, USA	-	23,90
TelecomAsia Corporation PCL, Bangkok, Thailand	552.499,2	24,00
Deutsche Post AG, Bonn*	1.112.800,0	21,30
Telecom AG*	7.755.786,0	16,80

* Die Beteiligung der KfW an der Deutschen Post AG wie auch an der Telekom ist im Rahmen von der Privatisierung von Bundesvermögen als Platzhaltermodell ausgelegt.

Vorstand

Hans W. Reich (Sprecher)
Dr. Peter Klaus
Detlef Leinberger
Ingrid Matthäus-Maier
Wolfgang Kroh (seit 01.12.2000)
Rudolf Klein (bis 30.11.2000)

Verwaltungsrat

Vorsitzender	Eichel, Hans	Bundesminister der Finanzen, Berlin
Stv. Vorsitzender	Müller, Werner, Dr.	Bundesminister für Wirtschaft und Technologie, Berlin
	Benz, Peter (seit 01.01.2001)	Oberbürgermeister der Stadt Darmstadt
	Birkmann, Andreas, Dr. (bis 31.12.2000)	Staatssekretär im Thüringer Finanzmi- nisterium, Erfurt
	Bodewig, Kurt (seit 20.11.2000)	Bundesminister für Verkehr-, Bau- und Wohnungswesen, Berlin
	Börner , Anton (seit 01.01.2001)	Präsident des Bundesverbandes des Deutschen Groß- und Außenhandels e.V., Berlin
	Breuer, Rolf, Dr.	Präsident des Bundesverbandes deutscher Banken e. V.
	Brixner, Ulrich, Dr. (seit 01.01.2002)	Vorstandsvorsitzender der DZ BANK AG
	Faltlhauser, Kurt, Prof. Dr. (bis 31.12.2001)	Staatsminister der Finanzen des Freistaates Bayern, München
	Fischer, Joschka	Bundesminister des Auswärtigen Amtes, Berlin
	Freitag, Lutz (seit 01.01.2002)	Präsident des GdW Bundesverbandes deutscher Wohnungsunternehmen e. V.
	Frenzel, Michael, Dr. (bis 31.12.2000)	Vorsitzender des Vorstandes der Preussag AG, Hannover

Freyberg, Rolf-Jürgen, Dr.	Vorsitzender des Vorstandes der BGAG Beteiligungsgesellschaft der Gewerkschaften AG, Frankfurt am Main
Fuchs, Michael, Dr. (bis 31.12.2000)	Präsident des Bundesverbands des Deutschen Groß- und Außenhandels e.V., Bonn
Funke, Karl-Heinz (bis 09.01.2001)	Bundesminister a.D.
Gerhards, Wolfgang (seit 01.01.2001)	Minister der Finanzen des Landes Sachsen-Anhalt, Magdeburg
Henkel, Hans-Olaf (bis 31.12.2000)	Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie e. V.
Hoppenstedt, Dietrich H., Dr.	Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes e. V., Berlin
Klimmt, Reinhard (bis 16.11.2000)	Bundesminister für Verkehr, Bau und Wohnungswesen, Berlin
Köller von, Karsten, Dr.	Mitglied des Vorstandes der RHEINHYP Rheinische Hypothekenbank AG, Frankfurt am Main
Kohlhaussen, Martin (bis 27.03.2000)	Sprecher des Vorstandes der Commerzbank AG
Konitzer, Ursula	ver.di Bundesvorstand
Krajewski, Christiane (bis 16.01.2002)	Senatorin a. D. , Berlin
Künast, Renate (seit 18.01.2001)	Bundesministerin für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft, Bonn
Kurth, Peter (seit 01.01.2001 bis 16.06.2001)	Senator a. D. , Berlin
Kwaschik, Johannes (bis 31.12.2000)	Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Schwerin
Mirow, Thomas, Dr. (bis 31.12.2000)	Senator der Wirtschaftsbehörde der Freien und Hansestadt Hamburg
Mittler, Gernot (bis 31.12.2000)	Staatsminister der Finanzen des Landes Rheinland-Pfalz, Mainz

Perschau, Hartmut (seit 01.01.2001)	Bürgermeister der Freien und Hanse- stadt Bremen
Putzhammer, Heinz	Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstandes des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Düsseldorf
Rogowski, Michael, Dr. (seit 01.01.2001)	Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie e. V.
Sarrazin, Thilo, Dr.	Senator für Finanzen des Landes Berlin
Schleyer, Hanns-Eberhard	Generalsekretär des Zentralverbands des Deutschen Handwerks, Bonn
Schoser, Franz, Dr. (seit 01.01.2001)	Hauptgeschäftsführer des Deutschen Industrie- und Handelstages, Berlin
Schulte, Dieter	Vorsitzender des Deutschen Gewerk- schaftsbundes, Berlin
Sonnleitner, Gerhard	Präsident des Deutschen Bauernver- bandes e. V., Bonn
Steinbrück, Peer	Minister für Wirtschaft, Mittelstand, Technologie und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf
Teufel, Erwin	Ministerpräsident des Landes Baden- Württemberg
Thiemann, Bernd, Dr. (bis 31.12.2001)	Vorsitzender des Vorstandes der Deutschen Genossenschaftsbank, Frankfurt am Main
von Tippelskirch, Alexander, Dr.	Sprecher des Vorstands IKB Deutsche Industriebank AG, Düsseldorf
Trittin, Jürgen	Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Berlin
Upmeier, Werner, Dr. (bis 31.12.2001)	Vorsitzender des Bundesverbandes Freier Wohnungsunternehmen e. V., Bonn
Wieczorek-Zeul, Heidemarie	Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Berlin

**2.7.5. Neue Länder Grundstücksverwertung
und Verwaltung GmbH i. L.
Nalepastraße 10 - 50
12459 Berlin
Tel.: 030 / 53 80 51 20
e-mail: nlg@firstweb.de**



Neue Länder Grundstücksverwertung und Verwaltung GmbH i.L.

Gründungsdatum: 27.11.1991

Liquidation: 27.10.1994

Gegenstand des Unternehmens

Verwaltung und Verwertung der gemäß Artikel 36 in Verbindung mit Artikel 21 Einigungsvertrag (EV) auf die Länder Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen übergebenen Grundstücke des "Rundfunks der DDR" und des "Deutschen Fernsehfunks", sowie die Abwicklung von Arbeits- und Dienstverhältnissen früherer Mitarbeiter der Rundfunk-„Einrichtung" gemäß Artikel 36 EV.

Gründe für die Beteiligung

Nachdem die Gesellschafterversammlung am 27.10.1994 die Auflösung der NLG beschlossen hat, sind weitere Grundstücke verwertet worden. Da die Verwertung der beiden in Berlin gelegenen ehemaligen Rundfunkstandorte erhebliche Schwierigkeiten bereitet, ist derzeit noch nicht abzusehen, wann die Liquidation abgeschlossen werden kann.

<u>Stammkapital</u>	TDM	v.H.
Insgesamt	50,0	100,00
<u>davon:</u>		
Land Brandenburg	8,2	16,40
Land Berlin	4,3	8,60
Land Mecklenburg-Vorpommern	5,8	11,60
Freistaat Sachsen	15,0	30,00
Land Sachsen-Anhalt	9,4	18,80
Freistaat Thüringen	7,3	14,6

<u>Kennzahlen</u>	1999	2000
	TDM	TDM
Anlagevermögen	1,6	1,0
Eigenkapital	734,7	50,0
Bilanzsumme	14.834,8	6.524,7
Sonstige betriebliche Erträge	4.500,5	1.494,1
Personalaufwand (einschließlich Sozialabgaben)	226,6	248,5
Jahresergebnis	-535,5	-2.780,1
Mitarbeiter	3	3

Beteiligungen

Die Neue Länder Grundstücksverwertung und Verwaltung GmbH i. L. hält keine Beteiligungen.

Liquidator

Dietrich Fischer

Aufsichtsrat

Vorsitzender	Walther, Ingrid	Senatsverwaltung für Wirtschaft und Betriebe, Berlin
Stv. Vorsitzender	Gerst, Hans-Erich	Ministerium der Finanzen des Landes Sachsen-Anhalt, Magdeburg
	Claaßen, Ursula	Finanzministerium des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Schwerin
	Janka, Hans-Dietrich	Sächsisches Staatsministerium der Finanzen, Dresden
	Michael, Hans-Werner	Ministerium der Finanzen des Landes Brandenburg, Potsdam
	Schober, Doris	Thüringer Finanzministerium, Erfurt

**2.7.6. LBR Grundstücksverwaltungsgesellschaft
Bergholz-Rehbrücke mbH
Arthur-Scheunert-Allee 40/41
14558 Bergholz-Rehbrücke
Tel.: 033200/89-0
Fax: 033200/89-220**



Gründungsdatum: 29.06.1990

Eintritt des Landes Brandenburg: 13.10.1994

Gegenstand des Unternehmens

Verwaltung eigenen Vermögens, insbesondere des Grundeigentums in Bergholz-Rehbrücke, Arthur-Scheunert-Allee 40/41.

Gründe für die Beteiligung (§ 65 Absatz 1 Nr. 1 LHO)

Die Gesellschaft ist aus der Umwandlung des vormaligen VEB Institut für Getreideverarbeitung entstanden. Sie führte zunächst die Firma Institut für Getreideverarbeitung GmbH (IGV); Gesellschafterin war die Treuhandanstalt. Unter deren Regie veräußerte die Gesellschaft ihren Institutsbetrieb mit Ausnahme des Betriebsgrundstücks an eine Management-Buy-Out-Gesellschaft; diese übernahm auch die Firma IGV. Anschließend veräußerte die Treuhandanstalt den Geschäftsanteil an der Gesellschaft, bei der das Betriebsgrundstück verblieben war, an das Land, das der Gesellschaft die Firma LBR Grundstücksverwaltungsgesellschaft Bergholz-Rehbrücke mbH (LBR) gab. Die LBR überließ der IGV das Betriebsgrundstück im Wege der Erbbaurechtsbestellung.

Die Treuhandanstalt hatte es seinerzeit zur Bedingung für die Privatisierung des Institutsbetriebes gemacht, dass das Land sich auf die v. g. Weise beteiligt. Demnach konnten nur so die Voraussetzungen für einen Erhalt des Instituts geschaffen werden, das international beachtete Forschungsleistungen im Bereich der Bio- und Lebensmitteltechnologie erbringt.

Das wichtige Landesinteresse an der Beteiligung besteht fort. Der angestrebte Zweck lässt sich angesichts der bestehenden und kurzfristig nicht zu ändernden Vertragsbindungen – in den nächsten Jahren – nicht besser und wirtschaftlicher auf andere Weise verwirklichen.

<u>Stammkapital</u>	TDM	v.H.
Insgesamt	500,0	100,0
<u>davon:</u>		
Land Brandenburg	500,0	100,0

<u>Kennzahlen</u>	1999¹	2000¹
	TDM	TDM
Anlagevermögen	2.331,7	2.331,7
Eigenkapital	4.919,4	4.683,3
Bilanzsumme	4.944,5	4.703,2
Sonstige betriebliche Erträge	15,0	18,0
Personalaufwand (einschließlich Sozialabgaben)	8,6	9,3
Jahresergebnis	-2,8	-236,2
Mitarbeiter (einschließlich Geschäftsführung)	1	1

¹ Vorläufiger Jahresabschluss

Beteiligungen

Die LBR - GmbH hält keine Beteiligungen.

Geschäftsführung

Kornelia Wiesele

TEIL 3

Tabellarische Übersichten

3.1. Unmittelbare Beteiligungen des Landes Brandenburg an Unternehmen des privaten und des öffentlichen Rechts im Überblick Stand: 31.07.2002 (Redaktionsschluss)

Lfd. Nr.	Gesellschaft	Abk.	Stammkapital	Anteil des Landes	Anteil des Landes	Darstellung auf Seiten
			TDM	TDM	v. H.	
I. Unternehmen mit aktivem Geschäftsbetrieb						
1.	Berlin Brandenburg Flughafen Holding GmbH	BBF	452.162,4	109.750,0	24,27	63
2.	BICC - Internationales Konversionszentrum Bonn – Bonn International Center for Conversion GmbH	BICC	50,0	7,5	15,00	95
3.	Brandenburgische Boden Gesellschaft für Grundstücksverwaltung und -verwertung mbH	BBG	1.000,0	1.000,0	100,00	159
4.	Brandenburgische Schlösser GmbH Gemeinnützige Betriebsgesellschaft	BSG	250,0	125,0	50,00	32
5.	DEGES Deutsche Einheit Fernstraßenplanungs- und -bau GmbH	DEGES	100,0	10,0	10,00	136
6.	FWU Institut für Film und Bild in Wissenschaft und Unterricht gemeinnützige GmbH	FWU	320,0	20,0	6,25	29
7.	GKSS-Forschungszentrum Geesthacht GmbH	GKSS	80,0	0,5	0,63	44
8.	fiscus GmbH*	fiscus	32.000 Euro	2.000 Euro	6,25	-
9.	HIS Hochschul-Informations-System GmbH	HIS	49.200 Euro	2.050 Euro	4,17	35
10.	IIC The New German Länder Industrial Investment Council GmbH	IIC	1.000,0	112,7	11,27	98
11.	IHP GmbH - Innovations for High Performance Microelectronics / Institut für innovative Mikroelektronik	IHP	26.000 Euro	26.000 Euro	100,00	39
12.	InvestitionsBank des Landes Brandenburg	ILB	200.000,0	50.000,0	25,00	139
13.	Kreditanstalt für Wiederaufbau	KfW	1.000.000,0	7.240,0	0,72	163
14.	Kunst- und Ausstellungshalle der Bundesrepublik Deutschland GmbH	KAH	82,0	2,0	2,44	50
15.	Land Brandenburg Lotto GmbH	LBL	2.000,0	2.000,0	100,00	154
16.	LASA Landesagentur für Struktur und Arbeit Brandenburg GmbH	LASA	300,0	300,0	100,00	55
17.	LBR Grundstücksverwaltungsgesellschaft Bergholz-Rehbrücke mbH	LBR	500,0	500,0	100,00	172
18.	Märkische Entsorgungsanlagen-Betriebsgesellschaft mbH	MEAB	50.000,0	25.000,0	50,00	110
19.	Polnisch-Deutsche Wirtschaftsförderungsgesellschaft Aktien-gesellschaft	TWG	PLN 1.600.000,00	PLN 395.000,00	24,70	90
20.	Ruppiner Kliniken GmbH	RKG	51,0	13,3	26,08	59
21.	SBB Sonderabfallgesellschaft Brandenburg/Berlin mbH	SBB	3.000,0	750,0	25,00	114
22.	TMB Tourismus-Marketing Brandenburg GmbH	TMB	200,0	76,0	38,00	102
23.	VBB Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg GmbH	VBB	585,0	195,0	33,34	131
24.	ZukunftsAgentur Brandenburg GmbH**	ZAB	223.000 Euro	167.100 Euro	74,93	72
II. Unternehmen in Liquidation						
25.	Brandenburgische Landgesellschaft mbH i. L.		51.681,0	51.680,0	99,98	118
26.	Brandenburgische Lotto GmbH i. L.		150,00	150,00	100,00	-
27.	Landesentwicklungsgesellschaft für Städtebau, Wohnen und Verkehr des Landes Brandenburg mbH i.L.		100.000,0	100.000,0	100,00	120
28.	Neue Länder Grundstücksverwertung und Verwaltung GmbH i. L.		50,0	8,2	16,40	170
29.	Trägergesellschaft Deutscher Pavillon mbH i.L.		113,3	1,0	0,88	107

Lfd. Nr.	Gesellschaft	Abk.	Stammkapital	Anteil des Landes	Anteil des Landes	Darstellung auf Seiten
			TDM	TDM	v. H.	
III. Wohnungsbaugenossenschaften						
30.	Wohnungsbaugenossenschaft 1903 e. G.			39,0		-
31.	Wohnungsbaugenossenschaft "Stadt Cottbus" e. G.			43,8		-
IV. Unternehmen in Gesamtvollstreckung						
32.	System Microelektronik Innovation GmbH i. Gv.		100,0	51,0	51,00	-
<u>nachrichtlich:</u>						
Umfirmt / fusioniert zur ZAB ZukunftsAgentur Brandenburg GmbH						
	T.IN.A. Technologie- und Innovations-Agentur Brandenburg GmbH	T.IN.A.	135,0	100,0	74,07	75
	BEA-Brandenburgische Energiespar-Agentur GmbH	BEA	100,0	100,0	100,00	81
	Wirtschaftsförderung Brandenburg GmbH	WFB	200,0	151,4	75,70	84
* Im Jahr 2001 hat das Land Brandenburg eine Beteiligung an der Fiscus GmbH erworben.						
** Im Jahr 2001 wurde T.IN.A., BEA und WFB zur ZAB verschmolzen.						

3.2. Mittelbare Beteiligungen im Überblick Stand: 31.07.2002 (Redaktionsschluss)

unmittelbare Landesbeteiligung	Mittelbare Beteiligung	Stammkapital	Anteil der unmittelbaren Landesbeteiligung	
		in TDM	in TDM	in %
BBF	Berliner Flughafen-Gesellschaft mbH (BFG)	75.000,0	75.000,0	100,00
	Flughafen Berlin-Schönefeld GmbH (FBS)	50,8	50,8	100,00
	Flughafen Projektplanungsgesellschaft Schönefeld GmbH (FPS)	50,1	50,1	100,00
	Projektplanungsgesellschaft mbH für die Entwicklung des Flughafenstandortes Berlin-Schönefeld (PPS)	50,8	50,8	100,00
	Training und Ausbildung Cooperation Berlin Brandenburg GmbH (TRAINICO)	120,0	30,0	25,00
BBG	Grundstücksgesellschaft Vorstadt Nord mbH	200,0	98,0	49,00
GKSS	Deutsches Klimarechenzentrum GmbH (DKRZ)	110,0	10,0	9,09
	Geesthachter Innovations- und Technologiezentrum GmbH (GITZ)	1.020.000 Euro	204.000 Euro	20,00
IHP	lesswire AG	195,0	49,0	25,10
	Communicant Semiconductor Technologies AG	50.000 Euro		35,00
ILB	BC Brandenburg Capital GmbH	8.600.000 Euro	7.740.000 Euro	90,00
	BIOTECH CAMPUS POTSDAM GmbH (PCP)	50,0	50,0	100,00
	Brandenburgische Landgesellschaft mbH i. L. (BLG i.L.)	51.681,0	1,0	0,02
	Brandenburgische Spielbanken Beteiligungs-GmbH	50,0	12,5	25,00
	Brandenburgische Spielbanken GmbH & Co. KG	5.000,0	1.000,0	20,00
	Filmboard Berlin-Brandenburg GmbH	60.000 Euro	30.000 Euro	50,00
	ILB Beteiligungsgesellschaft mbH	100,0	100,0	100,00
	Sanierungsträger Potsdam Gesellschaft der behutsamen Stadterneuerung mbH	100,0	19,0	19,00

unmittelbare Landesbeteiligung	Mittelbare Beteiligung	Stammkapital	Anteil der unmittelbaren Landesbeteiligung	
		in TDM	in TDM	in %
	Tourismusforum Potsdam GmbH (TFP)	100,0	100,0	100,00
	FEBB Flughafenumfeld-Entwicklungsgesellschaft Berlin-Brandenburg mbH	50.000 Euro	35.500 Euro	71,00
	ILB Verwaltungsgesellschaft mbH	25.000 Euro	25.000 Euro	100,00
	Grundstücksgesellschaft "Tiefer See" mbH	50.000 Euro	50.000 Euro	100,00
KfW	ASTRA Grundstücksgesellschaft mbH & Co. Bauträger KG	153.400 Euro	153.400 Euro	100,00
	ASTRA Grundstücksgesellschaft mbH	51.100 Euro	51.100 Euro	100,00
	KfW Finanzierungsplanungs- und Beratungsgesellschaft mbH	25.600 Euro	25.600 Euro	100,00
	KfW International Finance Inc., Delaware/USA	9.300 Euro	9.300 Euro	100,00
	Central and Eastern Europe Power Fund	2.686.700 Euro	572.267 Euro	21,30
	Qualitech Steel Holding Corporation	-	-	23,90
	TelecomAsia Corporation PCL	552.499,2 TEuro	-	24,00
	Deutsche Post AG	1.112.800,0 TEuro	-	21,30
	Deutsche Telekom AG	7.755.786,0 TEuro	-	16,80
LBL	Brandenburgische Spielbanken Beteiligungs-GmbH	50,0	37,5	75,00
	Brandenburgische Spielbanken GmbH & Co. KG	5.000,0	4.000,0	80,00
LEG i. L.	Entwicklungsgesellschaft Waldstadt Wünsdorf/Zehrendorf mbH	8.500,0	8.480,0	99,76
	LEG Landesentwicklungsgesellschaft Berlin-Brandenburg mbH	100,0	50,0	50,00
	Projektentwicklungsgesellschaft Potsdam Verwaltungs-GmbH	600,0	600,0	100,00
	Projektentwicklungsgesellschaft Potsdam mbH & Co. KG	9.779,2	9.779,2	100,00
	GbR Neu Döberitz	1.000,0	500,0	50,00
MEAB	SBB Entsorgungswirtschaft GbR	3.000,0	39,0	1,30
RKG	RCS Ruppiner Catering Service GmbH	200,0	200,0	100,00
	OPR - Kabelfernsehen GmbH i. L.	51,0	12,5	24,50
TMB	DIRG - Deutschland Informations- und Reservierungsgesellschaft mbH i. L. ¹⁾	120,0	5,0	4,17
ZAB	Gesellschaft für Innovationsförderung und Technologietransfer mbH an der BTU Cottbus (UNITEC)	63,0	3,0	4,76
	UP Transfer Gesellschaft für Wissens- und Technologietransfer mbH an der Universität Potsdam	50,0	3,0	6,00
Änderungen bei mittelbaren Beteiligungen seit dem Geschäftsjahr 2000				
ILB	Seed Capital Brandenburg GmbH ²⁾	2.631,6	750,0	28,50
	World Trade Center Frankfurt (Oder) GmbH ³⁾	250,0	9,0	3,60
	KBB KapitalBeteiligungsgesellschaft für das Land Brandenburg mbH ⁴⁾	15.000,0	13.500,0	90,00
LEG	Grundstücksverwaltungsgesellschaft "Gundbesitz Premnitz, Döberitz und Rathenow" GbR ⁵⁾	39.680,0	22.347,8	56,32
	Brandenburgische Landeswohnungsgesellschaft – LEG Wohnen -mbH ⁶⁾	80.000,0	40.000,0	50,00

unmittelbare Landesbeteiligung	Mittelbare Beteiligung	Stammkapital	Anteil der unmittelbaren Landesbeteiligung	
		in TDM	in TDM	in %
T.IN.A.	Seed Capital Brandenburg GmbH ⁷⁾	2.631,6	750,0	28,50
WFB	Wirtschaftsförderung Uckermark GmbH ⁸⁾	70,0	5,0	7,14
	World Trade Center Frankfurt (Oder) GmbH ⁹⁾	250,0	10,0	4,00
¹⁾ Die DIRG befindet sich seit 01.07.2000 in Liquidation				
²⁾ SCB wurden von ILB mit Wirkung zum 01.01.2001 in BC Brandenburg Capital GmbH eingebracht.				
³⁾ Die Anteile an World Trade Center Frankfurt (Oder) GmbH wurden mit Wirkung zum 31.12.2000 an Stadt Frankfurt (Oder) übertragen.				
⁴⁾ Die Anteile an der KBB wurden von der ILB mit Wirkung zum 01.01.2001 in BC Brandenburg Capital GmbH eingebracht.				
⁵⁾ Am 01.04.2001 hat die LEG die von der LEG-Wohnen gehaltenen Anteile an der GbR erworben. Die Vereinigung aller Geschäftsanteile bei der LEG führte zur Auflösung der GbR.				
⁶⁾ Die Anteile der LEG-Wohnen wurden zum 01.01.2001 an die DKB veräußert.				
⁷⁾ Die Anteile an SCB wurden mit Wirkung zum 01.01.2001 an ILB angetreten.				
⁸⁾ Anteil an Wirtschaftsförderung Uckermark GmbH abgetreten am 18.06.2001.				
⁹⁾ Die Anteile an World Trade Center Frankfurt (Oder) GmbH wurden mit Wirkung zum 01.01.2002 an Stadt Frankfurt (Oder) veräußert.				